



17. Heft | 29. August 1912

## KARL SEVERING · DIE TRAGÖDIE DES SYNDIKALISMUS



S ist keine beneidenswerte Aufgabe aus dem erfolglosen Ausgang einer Lohnbewegung die für das künftige Verhalten notwendigen Lehren zu ziehen, wenn man die Entstehung und den Verlauf der Bewegung nur aus der Perspektive beobachten konnte. Die Gefahr ist nicht gering bei einer kritischen Besprechung derartiger Vorgänge in den Fehler pedantischer Splitterrichterei zu verfallen. An den Ausgängen der letzten großen Streiks in England, besonders an dem Zusammenbruch des Londoner Hafenarbeiterstreiks, aber darf und kann ein Gewerkschafter nicht achtlos vorübergehen. Schon vor seiner Beendigung hat der große Ausstand der Dockarbeiter in der gesamten Presse Deutschlands eine ausgiebige Erörterung erfahren. Nicht allein sozialdemokratische und Gewerkschaftsblätter haben in ausführlichen Betrachtungen der Entstehungsursache und der Methode des Kampfs die verdiente Würdigung zuteil werden lassen, sondern auch die bürgerlichen Zeitungen haben sich in ihrer Art eingehend mit dem Streik beschäftigt. Dazu zwangen seine Ausdehnung, seine Bedeutung für das ganze Wirtschaftsleben Londons und, *last not least*, die Methode seiner Kampfführung. Für die Haltung der Arbeiterpresse kam besonders der letzte Umstand in Frage. Denn Entstehung, Verlauf und Ende des Streiks der Londoner Docker sind ein Schulbeispiel dafür, wie ein Streik nicht geführt werden soll.

In der bürgerlichen Presse Deutschlands ist es so dargestellt worden, als ob der Ausstand die *Mache* einiger Arbeiterführer gewesen sei, als ob die Führer Gosling, Orbell und Ben Tillet den Hafenarbeitern die Bewegung aufgezwungen hätten. So schrieb nach der Beendigung des Streiks selbst die *Vossische Zeitung*:

»Einer der größten Ausstände, die die Welt kennt, hat einzig und allein der Frage gegolten, ob die gesamte Arbeiterschaft des Londoner Hafenverkehrs sich dem Befehl eines kleinen Ausschusses der Arbeiter fügen solle oder nicht; ob die Kommandogewalt der Herren Ben Tillet, Gosling und Orbell, die sich selbst zu Diktatoren gemacht hatten, über die ganze Arbeiterschaft ohne Einschränkung anerkannt werden müsse oder nicht. Wenn je ein Kampf um die Macht ausgefochten werden

sollte, so war es dieser. Das gesamte Problem spitzt sich jetzt immer mehr dahin zu, ob die Verbandsleiter ihre tyrannische Herrschaft über die Arbeiter behalten und gar noch weiter ausdehnen, oder ob der Staat und die bürgerliche Gesellschaft Mittel finden die Arbeitswilligen, die doch ihre letzten Freunde und Parteigänger sind, gegen Vergewaltigung jeglicher Art zu schützen.«

Das ist alles ganz falsch. Umgekehrt ist den Führern ein Vorwurf daraus zu machen, daß sie dem Drängen der Arbeitermassen nachgegeben haben, als diese aus einem verhältnismäßig geringfügigen Anlaß den Streik verlangten. Seine Ursache bestand nämlich darin, daß eine Hafenfirma, *The Mercantile Lighterage Company*, einen Arbeiter anstellen wollte, der nicht der Gewerkschaft angehörte. Die Hafenarbeiter erblickten in diesem Vorgehen der Firma eine Verletzung der Abmachungen des Vorjahrs und weigerten sich darum mit dem Nichtorganisierten zusammen zu arbeiten. Aus dem partiellen Streik im Hafen wurde schließlich ein allgemeiner Streik im Londoner Transportgewerbe.

Nun kann man ohne weiteres zugeben, daß der oben geschilderte Vorfall nicht allein sondern nur in Verbindung mit tatsächlichen schweren Mißständen im Arbeitsverhältnis die Erbitterung erzeugt hat, aus der heraus der Streikbeschluß resultierte. Das erklärt die Sachlage, rechtfertigt die Haltung der Führer aber noch nicht. Man mag über die Abmachungen des Vorjahrs denken wie man will, man wird aber immer anerkennen müssen, daß den Unternehmern einige sehr beachtenswerte Erfolge abg er u n g e n worden waren. Jeder, der sich auf die Psychologie des Unternehmertums in derartigen Situationen auch nur oberflächlich versteht, weiß, daß ein formeller Friedensschluß noch nicht die Einstellung aller Angriffe bedeutet. Das besiegte Unternehmertum rächt sich nicht selten durch die allerkleinsten Schikanen. Die Klagen der Dockarbeiter über Nichterfüllung der vertraglichen Verpflichtungen, die die Abmachungen des Vorjahrs den Unternehmern auferlegten, scheinen mir eine neue Bestätigung dieser alten Erfahrung zu sein. Umsomehr aber hätten die Führer ihren Einfluß geltend machen müssen, um zu verhindern, daß die beabsichtigte Einstellung eines Nichtorganisierten zum Anlaß einer Art Generalabrechnung mit den vertragsbrüchigen Unternehmern wurde. Es gibt nichts, was die Unternehmer so leicht veranlaßt über Anzettelung von Machtproben zu reden, als Arbeiterforderungen, die mit der Anstellung und Entlassung des Personals im Zusammenhang stehen. *Beschränkung in der Freiheit zu disponieren, Verletzung der Autorität* und ähnliche Redewendungen sind es in der Regel, mit denen die Unternehmer ihren grundsätzlichen Widerstand gegen derartige Forderungen zu erklären versuchen. Kommt es um ihretwillen zu Kämpfen, dann sind es in den meisten Fällen Prinzipienkämpfe in des Wortes ernstester Bedeutung, das heißt Kämpfe, die auf beiden Seiten die Tendenz zeigen den Streik bis ans bittere Ende, bis zum Verbluten zu führen. Ich bin der letzte, der den Gewerkschaften das Wort reden möchte derartigen Kämpfen unter allen Umständen auszuweichen. Es kann Umstände geben, wo es zur Ehrensache einer Organisation wird ihn aufzunehmen. Das Schillerwort »Nichtswürdig ist die Nation, die nicht alles freudig setzt an ihre Ehre« gilt auch für die gewerkschaftlichen Organisationen. Immer aber sollte bei den Entschlüssen der Gewerkschaftsführer die Antwort auf die Frage bestimmend sein, ob das Objekt oder das Ziel des Kampfs im richtigen Verhältnis zu den persönlichen und materiellen Opfern steht, die er erfordert.

Dieses elementare Gebot gewerkschaftlicher Kampfführung scheint beim Dockerstreik nicht beachtet worden zu sein. Die Forderungen materieller

Natur, die sich auf die Innehaltung der Abmachungen bezogen, sind nach unwidersprochen gebliebenen Zeitungsmeldungen erst nach dem Ausbruch des ersten Streiks erhoben worden. Das anfängliche und hauptsächlichste Ziel der Bewegung war und blieb also die Entlassung des unorganisierten Arbeiters. Dieses Ziel rechtfertigte die große Bewegung aber nicht. Es ist nicht zu leugnen, daß eine massenhafte Einstellung nichtorganisierter Arbeiter in England wie bei uns zur Gefahr für eine friedliche Gestaltung und Entwicklung des Arbeitsverhältnisses werden kann. Das ist ein Gesichtspunkt, der besonders bei uns zu beachten ist. Die Träger der tariflichen Vereinbarungen sind die Gewerkschaften, und solange die Frage nicht gesetzlich entschieden ist, ob die für einen Betrieb oder für ein Gewerbe getroffenen Abmachungen auch für alle darin beschäftigten Arbeiter Geltung haben, wird es immer Unternehmer geben, die durch die Einstellung nichtorganisierter Arbeiter getroffene Abmachungen außer Wirkung zu setzen versuchen. Davon konnte im vorliegenden Fall aber nicht die Rede sein, zumal es sich bei der Einstellung des Nichtorganisierten eigentlich gar nicht einmal um eine Neueinstellung sondern um eine Versetzung handelte. Und daß die Beschäftigung des nichtorganisierten ehemaligen Aufsehers als Lichterschiffer die gewerkschaftliche Ehre der Arbeiterkoalitionen verletzt hätte, wird ebenfalls niemand im Ernst behaupten wollen. Es bleibt darum die Proklamation des Streiks um seiner geringfügigen Ursachen willen ein schwerer Fehler, den die Führer hätten verhindern sollen. Ähnlichen Bemerkungen ist vor einigen Wochen in einem Parteiblatt entgegengehalten worden, daß das »leicht gesagt« sei. Man hat dabei auf die Erregung der Massen verwiesen, die durch die Vertragsverletzungen der Arbeitgeber aufs höchste gestiegen gewesen sei. Das soll alles zugegeben sein, und doch entschuldigt diese Erregung der Massen das Verhalten der Führer nicht im geringsten. Jeder, der in der Gewerkschaftsbewegung auf exponiertem Posten steht, weiß, daß der Zorn ein schlechter Berater, und daß nirgends mehr Ruhe und kühle Überlegung erforderlich ist, als bei der Einleitung und Führung wirtschaftlicher Kämpfe. Es ist nicht leicht erregten Massen das auseinanderzusetzen, und es gibt Beispiele in nicht geringer Zahl, die da lehren, daß es mit der sogenannten *Popularität* des Führers sofort vorbei war, der ungeachtet aller Erregung und Verstimmung den Ausbruch eines Aufstands zu verhindern suchte, wenn die nach seiner Überzeugung erforderlichen Voraussetzungen für ein gutes Gelingen nicht gegeben waren. Wer sich dem nicht aussetzen will, darf sich nicht auf vorgeschobene Posten in der Arbeiterbewegung stellen lassen. Der Beruf des Gewerkschaftsführers ist nicht leicht. Immerhin: auf die Dauer bringen schließlich die Massen dem das größere Vertrauen entgegen, der sich nicht scheut in kritischen Situationen Ansehen und wirtschaftliche Existenz dem Allgemeininteresse zu opfern, wenn er, einer Augenblicksstimmung der Massen zum Trotz, der kühlen Überlegung zum Sieg verhilft. Und dann ist es in allen Fällen besser und leichter eine aussichtslose Sache zurückzuhalten als sie unter niederdrückenden Bedingungen abubrechen oder auf den Trümmern der Organisation zu klagen.

Dagegen läßt sich nun freilich einwenden, daß die englischen Arbeiter und ihre Führer an die Aussichtslosigkeit ihres Beginns gar nicht gedacht hätten sondern fest vom Sieg überzeugt gewesen wären. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß das für die Arbeiter zutrifft. Die Führer aber wußten, daß der Kampf unter weit ungünstigeren Verhältnissen begonnen wurde als im

Vorjahr. Die kriegerischen Verwickelungen des Vorjahrs, die Englands Bourgeoisie und Regierung in Atem hielt, drohten diesmal nicht. Damit war ein wesentlicher Faktor, dem das Gelingen der vorjährigen Lohnbewegung mit zu danken war, außer Rechnung zu stellen. Wer das noch nicht vor Ausbruch des Streiks wußte, dem wurde es bald klar gemacht. Schon die ersten Tage zeigten mit aller Deutlichkeit, daß die Unternehmer es nicht nur auf eine *M a c h t p r o b e* sondern auf eine empfindliche *S c h w ä c h u n g* der Arbeiterorganisation abgesehen hatten. Davon sprach ja auch der bekannte Aufruf, den die Führer zur Beendigung des Kampfes verbreiten ließen. Wenn diese Situation aber einmal erkannt war, dann hätte der Streik nach einer Dauer von 1 oder 2 Wochen abgebrochen werden müssen. Das wäre für die Organisation viel vorteilhafter gewesen als jedes Beginnen den Kampf auf breiterer Grundlage und in verschärften Formen weiter zu führen. Statt dessen versuchten die Führer durch einen allgemeinen nationalen Streik der Hafenarbeiter die Unternehmer gefügig zu machen. Der Versuch ist nicht zur Ausführung gelangt. Das Solidaritätsgefühl der englischen Arbeiter ist noch nicht so ausgeprägt wie bei den Deutschen. Vielleicht kam hinzu, daß die allzu offenkundigen Fehler der Londoner Führer von anderen Gewerkschaftern erkannt waren und der Unterstützung nicht für wert gehalten wurden. Genosse Weingartz hat diesem Gedanken hier Ausdruck gegeben.<sup>1)</sup> Ich meine aber, daß auch die lokale und berufliche Eigenbrödelei der englischen Arbeiter als Erklärung für die Ablehnung mit heranzuziehen ist. Aber sei dem wie ihm wolle: diesmal war die *A b l e h n u n g* des sogenannten *Sympathiestreiks* eine *v e r d i e n s t v o l l e* Tat. Eine andere Entscheidung wäre die größte der vielen Torheiten gewesen, die der Streik aufzuweisen hat. Wenn es nicht möglich war für 56 000 streikende Londoner Arbeiter die notwendige Unterstützung bei den englischen Gewerkschaften aufzubringen, woher hätten die Leiter der Bewegung die Mittel nehmen wollen, um weitere 40 000 zu unterstützen?

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat die Art Sympathiestreiks wie er in England inszeniert werden sollte aus der Liste ihrer Kampfesmittel gestrichen. Die Anwendung dieser Kampfesmethode bedeutet nichts weniger als eine Stärkung der Position des Unternehmertums. Sie ist nichts anderes als eine *f r e i w i l l i g e* *A u s s p e r r u n g* und hat, wie jede Aussperrung durch die Unternehmer, die Wirkung die finanziellen Mittel der kämpfenden Organisation schneller zur Erschöpfung zu bringen. Diese Wirkung zu erreichen kann und darf aber niemals das Ziel einer vorsichtigen Gewerkschaftsstrategie sein. Es soll nicht verschwiegen werden, daß in Arbeiterversammlungen auch in Deutschland schon recht oft gefordert worden ist bei Teilaussperrungen, die von den Unternehmern verfügt wurden, auch die nicht von der Aussperrung betroffenen Arbeiter zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Diesen Wünschen ist in der Regel aber nur dann von den Leitungen der Bewegung entsprochen worden, wenn der Zweck der Bewegung damit gefördert, das heißt die Fertigstellung dringlicher Arbeiten und Lieferungen verhindert wurde. Die Erkenntnis von der Nützlichkeit dieser Taktik ist, das darf man ohne Übertreibung sagen, Gemeingut auch der Massen geworden, die sehr wohl wissen, daß der Kamerad, der weiter beschäftigt bleibt, durch Lieferung der Kampfsmunition ihnen mehr nützen kann als einer, der seine Sympathie nur dadurch bekundet, daß er den

<sup>1)</sup> Siehe Weingartz *Rückblick auf die letzten englischen Riesenstreiks* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 844.

Streikfonds aufzehren hilft. Diese ganz nüchternen Erwägungen haben in Deutschland längst dazu geführt den Sympathiestreik als ein durchaus ungeeignetes Mittel im wirtschaftlichen Kampf abzulehnen. Daß der Ausgang des englischen Streiks den Beteiligten die gleiche Erkenntnis verschaffen möge, ist ein Ziel aufs innigste zu wünschen.

Es läßt sich nicht verkennen, daß sich in einigen der letzten englischen Arbeiterkämpfen ein starker syndikalistischer Einschlag zeigte. Syndikalistische Theorien waren es auch, die bei den Führern der Transportarbeiter die eigenartige Kampfeskampftaktik aufkommen ließen, die Theorien, daß es im wirtschaftlichen Kampf weniger auf einen beträchtlichen Kampffonds und eine geschulte und disziplinierte Masse als vielmehr auf eine begeisterte Kerntruppe ankomme, die im gegebenen Moment die Massen zu großen und allgemeinen Kundgebungen und Bewegungen fortreißt. Begeisterung in allen Ehren: auch auf den wirtschaftlichen Kampf ist das Wort Saint-Simons anzuwenden, daß man begeistert sein müsse, um große Dinge zu vollbringen. Aber Begeisterung ist nicht mit Phrasenrausch und Augenblickswallungen identisch. Auch beim wirtschaftlichen Kämpfer gehen Mut und Begeisterung durch den Magen, und wer bei den Aussperrungspraktiken der Unternehmer, die in nahezu allen Ländern jetzt in Übung sind, noch glaubt mit Begeisterung allein die Massen zum Widerstand bewaffnen zu können, der ist kaum mehr ernst zu nehmen. Der Hunger und das Elend der Londoner Ducker haben diese eine Theorie der Syndikalisten grausam ins Unrecht gesetzt. Auch der Appell der Arbeiterführer an die Mildtätigkeit des Bürgertums und die Königspende sind nicht gerade als Beweise für die Richtigkeit ihrer Lehren anzusprechen.

Auch die antiparlamentarischen Neigungen der Hafnarbeiterführer haben durch ihr Verhalten in einigen Phasen des Kampfs keine Rechtfertigung erfahren. Sie haben sich an die Arbeiterpartei und an die Regierung gewandt, um die Gesetzgebung zum Einschreiten zu veranlassen. Das wird jeder Gewerkschafter billigen, auch derjenige, der vor einer Überschätzung des Parlamentarismus warnen zu müssen glaubt. Zu tadeln ist nur, daß dieser Schritt erst dann erfolgte, als nichts mehr zu retten war, als die Absicht der Unternehmer feststand den Kampf unter allen Umständen bis ans bittere Ende durchzuführen. Wie man den Schritt aber auch bewerten mag, jedenfalls bedeutet er eine vollständige Verleugnung der Lehre, daß die parlamentarische Aktion zur Besserung der Lebenshaltung der Arbeiter ungeeignet sei.

Ob diese Abkehr vom Antiparlamentarismus anhalten wird? Es ist dringend zu wünschen, wenn nicht die schweren Opfer des Riesenstreiks umsonst gebracht sein sollen. In einer Besprechung des Streiks durch den Londoner Korrespondenten der *Leipziger Volkszeitung* heißt es unter anderm:

»Der große Bergarbeiterstreik hat gar keine Lehre gebracht, wenn er nicht bewiesen hat, daß auch die stärkste Arbeiterschicht wenig Aussicht hat gegen ein mächtiges und verbündetes Kapital aufzukommen, daß die Regierung offen oder verdeckt stets auf die Seite der Ausbeuter tritt, und daß die Regierung sich nur dann dazu bequemt die Unternehmer zu einem Kompromiß zu zwingen, wenn die kämpfenden Arbeiter wirtschaftlich stark genug sind das ganze wirtschaftliche Leben in Unordnung zu bringen, und wenn sie auch politisch einen merkbaren direkten Einfluß ausüben können. Alle diese Lehren haben die Führer der Hafnarbeiter mißachtet und sich nur die Illusion vom alleinseligmachenden Sympathiestreik bewahrt. Und noch dazu dem Sympathiestreik in seiner hoffnungslosesten Form, nämlich wenn er einen tatsächlich bereits verlorenen Kampf retten soll.«

Diesen Ausführungen kann man im allgemeinen zustimmen, wie sich überhaupt in der deutschen Parteipresse eine fast einmütige Beurteilung und Bewertung des Streiks gezeigt hat. Der Bergarbeiterausstand ging die Hafendarbeiter nicht direkt an. Jetzt aber ist es der eigene Schaden, der sie klug machen und davor bewahren sollte die begangenen Fehler zu wiederholen. Der heroische Opfermut der kämpfenden Dockarbeiter (der einzige Lichtblick auf den vielen trüben Bildern), gepaart mit der Zielklarheit einer geschulten und disziplinierten Arbeiterschaft, hätte Wunderdinge verrichten können. So aber mußte die Bewegung zur Katastrophe führen, die mit Fug als die Tragödie des Syndikalismus bezeichnet werden kann.

Politische und gewerkschaftliche Organisationsarbeit, befreit von den engen beruflichen Schranken, Schaffung einer den deutschen Gewerkschaftszeitungen ähnlichen Presse für die Mitglieder der Gewerkschaftsverbände, Erziehung zur gewerkschaftlichen Solidarität: das sind die Formeln, deren Erfüllung die begangenen Fehler vermeiden läßt; in England wie überall,

XX

## EDUARD BERNSTEIN · LANDTAGSWAHLPOLITIK IN PREUSSEN



IN Artikel des Genossen Eisner hat die Frage zur Diskussion gestellt, welches die Taktik der Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus sein soll. Die Debatte kommt kaum zu früh. Denn wenn die preußische Regierung es auch in der Hand hat die Wahlen bis gegen den Herbst des kommenden Jahrs hinauszuschieben, so können doch Rücksichten verschiedener Art sie veranlassen den Wahltermin in das Frühjahr 1913 zu verlegen. Zu warten, bis die Wahlen angesetzt sind, und dann erst die Wahltaktik zu diskutieren wäre aber sicherlich verfehlt. Jede tiefgreifende Neuerung braucht in einer so demokratischen Partei wie die Sozialdemokratie eine Vorbereitung der Geister. Man muß sich also mindestens darüber klar werden, ob zu solcher Änderung Anlaß und Möglichkeit vorliegen.

Eisners Artikel schlägt eine sehr tiefgreifende Änderung vor. Um die konservativ-klerikale Mehrheit des Abgeordnetenhauses, wenn nicht zu sprengen, so doch mindestens so sehr zu reduzieren, daß das Abgeordnetenhaus ein neues Gesicht erhält, soll die Sozialdemokratie schon bei den Urwahlen überall dort, wo sie selbst nicht Aussicht auf Sieg hat, ihre Stimmen für die liberalen Parteien in die Wagschale werfen. Eine Taktik wie die Sozialdemokratie sie in Preußen noch zu keiner Zeit beobachtet hat. Sie bedeutet in verschiedener Hinsicht einen Bruch mit der bisherigen Praxis.

Da es sich nicht darum handeln kann uns selbst etwas vorzumachen, die Partei vielmehr die Beschlüsse, die sie faßt, mit voller Kenntnis ihrer Natur und Tragweite fassen will und fassen soll, ist es angebracht uns zunächst zu vergegenwärtigen, was die Sozialdemokratie bei der vorgeschlagenen Taktik aufzugeben hätte. Sie würde nach dem Eisnerschen Vorschlag generell verzichten

1. auf die möglichst erschöpfende Zählung ihrer Stimmen im Lande;
2. auf die Verpflichtung der Liberalen zur Gegenseitigkeit im Wahlkampf;

3. auf die Festlegung der Liberalen auf bestimmte Forderungen, respektive ein Mindestprogramm;

4. auf die Differenzierung der zu unterstützenden liberalen Kandidaten.

Diesen sehr bestimmten Verzichtleistungen gegenüber läßt sich das Resultat der neuen Wahltaktik vor der Hand weder, was die Zahl der den Parteien der Rechten abzunehmenden Mandate noch was die Rückwirkung der Mandatsverschiebung auf die Wahlrechtsreform anlangt, mit annähernder Sicherheit abschätzen.

So in Vergleich gestellt scheinen daher Verzicht und Gewinn in keinem Verhältnis zu einander zu stehen, gäbe die Sozialdemokratie bei dem Eisnerschen Vorschlag für einen undefinierten politischen Effekt wertvolle Waffen und Kraftmesser aus der Hand. Man kann sich also nicht wundern, wenn Genossen, die die Dinge in dieser Weise ansehen, zu einer Verwerfung des Eisnerschen Vorschlags gelangten. Zum Verwundern ist nur, daß man dem Genossen Eisner einen Vorschlag zutraut, der weiter nichts als das im obigen Aufgezählte zu bedeuten hätte. In Wirklichkeit hat Eisner mit seinem Vorschlag jedoch viel mehr im Auge, wovon freilich die Leser des *Vorwärts* und anderer dem Vorschlag gegnerisch gesinnter Parteiblätter herzlich wenig oder gar nichts erfahren haben. Für Eisner ist, wie er in der Chemnitzer *Volksstimme* in zwei Artikeln ausführt (die wohl zum Besten gehören, was er in Fragen der Politik geschrieben hat) die Verschiebung der Mandatsverteilung im Abgeordnetenhaus gar nicht das allein Entscheidende. Sein Vorschlag zielt auf mehr. Er will durch die Unterstützung der Liberalen im Wahlkampf, wie er sie vorschlägt, zwar unmittelbar eine möglichst starke Vermehrung der Mandate der Linken im Landtag, mittelbar aber auch eine andere politische Disposition der liberalen Parteien der Sozialdemokratie und der politischen Reform gegenüber bewirken. Er leugnet nicht, daß soweit die Nationalliberalen in Betracht kommen, die andere Verteilung der Mandate ohne Änderung der politischen Disposition dieser Partei in der Tat von sehr problematischem Wert wäre. Er behauptet aber, daß dieser letztere Wechsel sich als Folge der proponierten Änderung unserer Wahltaktik mit Notwendigkeit einstellen werde.

Bevor wir uns der Untersuchung der Frage zuwenden, wie es mit dieser Erwartung aussieht, wird es angezeigt sein nachzuprüfen, wie es sich in Wirklichkeit mit den Verzichtleistungen verhält, die Eisners Vorschlag anscheinend in sich begreift. Gehen wir sie nach der obigen Zusammenstellung Punkt für Punkt durch.

1. Verzicht auf möglichst erschöpfende Stimmenzählung. Bei der Reichstagswahl von 1907 erhielt die Sozialdemokratie in Preußen rund 1 800 000 Stimmen, bei den Wahlen von 1908 zum preußischen Abgeordnetenhaus wurden für sie dagegen nur rund 600 000 Stimmen abgegeben. Sicher wird die Partei im Jahr 1913 bei der Landtagswahl mehr Wähler auf die Beine bringen als 5 Jahre vorher. Aber kein Mensch mit gesunden Sinnen, der die Tücken des preußischen Wahlrechts kennt, wird sich der Vorstellung hingeben, daß selbst bei der intensivsten Agitation es gelingen wird die Zahl unserer Wähler auf mehr als 900 000 zu bringen. Schon die Erreichung dieser Zahl wäre eine Riesenleistung. Und doch bedeutete sie, wie die Reichstagswahl von 1912 gezeigt hat, noch nicht 50 % jetziger Stärke der Wählerschaft der Sozialdemokratie in Preußen. Das Stimmenzählen bei der Landtagswahl hat unzweifelhaft

seinen großen Wert, aber sein Wert ist ein anderer als bei der Reichstagswahl. Es bringt nicht das volle Zahlengewicht der Partei zum Ausdruck sondern hat die Bedeutung einer nur relativen Kraftprobe. Diese bei jeder Wahl in der gleichen Form abzulegen ist deshalb keine Notwendigkeit. Die schreiende Mißvertretung des preußischen Volks beim jetzigen Wahlsystem ist durch den Ausgang der Wahl von 1908 so anschaulich demonstriert worden, daß es dafür keiner erneuten Beweisführung bedarf. Der Sturz dieses Systems ist jetzt die Hauptsache. Wir sind aber darüber alle einig, daß wir, solange nach ihm gewählt wird, niemals aus eigener Kraft so viel Abgeordnete werden durchbringen können, um eine Wahlreform zu erzwingen, die nur annähernd unseren Forderungen entspricht. Für diese Aufgabe sind wir im Abgeordnetenhaus auf die Mitwirkung anderer Parteien angewiesen. Nehmen wir nun an, wir hätten es in der Hand durch eine Verteilung unserer Stimmen, bei der die Zählung in der hergebrachten Form preisgegeben wird, eine Mehrheit für eine uns genehme Wahlreform zustande zu bringen, würde es sich alsdann rechtfertigen lassen zu sagen: Wahlreform hin, Wahlreform her, *in puncto* Zählen muß es beim alten bleiben? Ich denke, die Mehrheit der Genossen würde im Angesicht des bedingten Wertes dieser Zählung anders entscheiden. Sie würde sich sagen, daß man aus keiner Aktionsform einen Fetisch machen darf, dem große Interessen zu opfern sind. Was aber unter dieser Voraussetzung angeht, kann auch unter anderen nicht von vornherein abgewiesen werden.

2. Verzicht auf Gegenseitigkeit im Unterstützen von Kandidaten. Daß wir unsere Stimmen für liberale Kandidaten in die Wagschale werfen sollen, ohne die Liberalen zu Gegenleistungen bei der Wahl zu verpflichten, erscheint vielen Genossen als eine Ungeheuerlichkeit und ist auch mir seinerzeit, als Ignaz Auer im Jahr 1897 mir in einem längern Brief dies als notwendig auseinandersetzte, als eine seltsame Zumutung erschienen. Im normalen Verlauf der Dinge würde ich mich nicht dafür erwärmen können, und auch jetzt sind meines Erachtens hier einige Vorbehalte am Platz. So viel ist aber klar, daß man nicht, um es drastisch zu bezeichnen, zwei Füchse gleichzeitig jagen kann. Will man Mandatspolitik treiben, dann muß man die Idee aufgeben die Position der konservativ-klerikalen Brüderschaft im Landtag empfindlich zu schwächen. Will man aber eine neue Konstellation im Abgeordnetenhaus herbeiführen, dann muß man, wie die Dinge einmal liegen, von der Mandatspolitik große Abzüge machen. Wir wissen ja, wie es selbst bei der Reichstagswahl mit der Gegenseitigkeit zwischen uns und den Liberalen steht. Die Wähler der Liberalen sind in ihrer Mehrheit unsichere Kantonisten, von denen nur ein Teil der Parole der Führer oder Komitees Folge zu geben pflegt. Der Rest rekrutiert sich aus Bevölkerungsschichten, deren politischer Sinn nicht weit reicht. Ist daher schon bei der Reichstagswahl, wo es sich bloß um Überwindung von Vorurteilen, Ärger oder sonstigen seelischen Schwierigkeiten handelt, die Gegenseitigkeit nur in ziemlich beschränktem Maß durchzuführen, so wird sie bei der Landtagswahl, wo zu jenen ideellen noch allerhand recht materielle Unbequemlichkeiten und das Risiko von Maßregelungen hinzukommen, vollends problematisch. Selbst wenn wir Mandatspolitik treiben, würde beim jetzigen Wahlsystem Eingehen der Liberalen auf die Forderung der Gegenseitigkeit im besten Fall für uns immer nur die Möglichkeit des Gewinns etlicher städtischer Wahlkreise bedeuten.

Wir opfern daher *de facto* nur wenig, wenn wir die Verpflichtung der Libe-



ralen zur Gegenseitigkeit nicht zur Hauptbedingung machen. Allgemein durchführen läßt sie sich eben nicht. Sie zur Hauptbedingung der Unterstützung liberaler Kandidaten durch unsere Partei machen hieße dem konservativ-klerikalen Bund die jetzige Mehrheit verbürgen. Immerhin sind hier Ausnahmen möglich und angezeigt. Es gibt städtische Wahlkreise, wo die Sozialdemokratie heute so viele Wahlmänner aus eigener Kraft durchbringt, daß von seiten der Liberalen nur wenig guter Wille dazu gehört den Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten herbeizuführen. Hier muß den Genossen am Ort in Verbindung mit dem Zentralwahlkomitee der Sozialdemokratie Preußens die Freiheit gelassen werden den guten Willen der Liberalen auf die Probe zu stellen. Diese Orte schlechthin in den generellen Verzicht einzubeziehen ist für den Erfolg der in Frage kommenden Taktik durchaus nicht nötig und schon darum nicht empfehlenswert. Es sprechen aber noch bei anderer Gelegenheit zu erörternde Gründe gegen ihre Einbeziehung in den Verzicht.

3. Verzicht auf ein Mindestprogramm der Liberalen. Hier kann es sich nur um die Nationalliberalen handeln, da das Programm der freisinnigen Volkspartei das Reichstagswahlrecht für die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus verlangt, und unsere Partei dies als ein Mindestprogramm anerkannt hat. Wie steht es jedoch mit den Nationalliberalen?

In einem Artikel, der gegen den Eisnerschen Vorschlag gerichtet ist, weist Genosse Paul Hirsch darauf hin, daß die Nationalliberalen nicht nur Gegner der Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen sind sondern sogar danach streben die seinerzeit vom Zentrum erwirkte Drittelung der Landtagswähler nach Wahlbezirken wieder durch die Drittelung nach ganzen Wahlkreisen zu ersetzen. Womit, wenn dies durchginge, in der Tat der Sozialdemokratie die Erkämpfung neuer Mandate abgeschnitten und die Behauptung der paar erkämpften Mandate, mit vielleicht 1 oder 2 Ausnahmen, unmöglich gemacht wäre. Die Nationalliberalen zur ausschlaggebenden Partei im Landtag erheben hieße nach Hirsch somit unsererseits die Hand dazu bieten, daß die Sozialdemokraten aus dem Landtag vertrieben würden. Wäre dem wirklich so, so könnte man unseren Genossen in der Tat nicht zumuten für Nationalliberale zu stimmen. Eisner weist aber in einer Replik darauf hin, daß erstens Interessengegensätze zwischen Nationalliberalen und Zentrum jener Verschlechterung im Weg stünden, und daß zweitens die Nationalliberalen, wenn sie die durch uns erlangte Verstärkung dazu ausnutzten das Wahlrecht noch schlechter zu machen als es jetzt ist, sich selbst um die Möglichkeit bringen würden in der uns zu verdankenden großen Zahl später wieder im Landtag zu erscheinen. Das letztere ist nicht das stärkste Argument Eisners, aber es rechtfertigt darum noch keineswegs den Vorwurf »kaum glaublicher politischer Kurzsichtigkeit«, den Hirsch in einem Artikel im *Vorwärts* gegen Eisner zum besten gibt. Denn am Wahlrecht nur die Drittelung ändern und es im übrigen so lassen, wie es jetzt ist, wollen auch die Nationalliberalen nicht. Ich kann mich aus verschiedenen Gründen nur sehr schwer mit dem Gedanken befreunden die Nationalliberalen in die von Eisner proponierte Unterstützungspolitik einzubeziehen, aber das eine kann ich ohne Furcht von den Ereignissen Lügen gestraft zu werden behaupten: Zu einer Wahlrechtsänderung, die den jetzt 2 Millionen sozialdemokratischer Wähler Preußens eine eigene Vertretung unmöglich machen würde, werden, eine Handvoll Scharfmacher ausgenommen, auch die Nationalliberalen nicht die Hand bieten. So steht die Frage nun

doch nicht mehr. Die Nationalliberalen wollen das jetzige Klassenwahlrecht durch ein Pluralwahlrecht ersetzen, das anfechtbar genug ist, aber unsere jetzige Vertretung im Landtag voraussichtlich etwa verzehnfachen würde. Haben doch bei dem nur wenig andern Pluralwahlrecht Belgiens die dortigen Sozialdemokraten von insgesamt 150 Parlamentssitzen alsbald aus eigener Kraft über 30 erobert. Die Koalition Konservative und Zentrum aber wird unter keinen Umständen auch nur so viel bieten, obwohl das Zentrum die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf den Landtag auf dem Programm hat. Solange diese Koalition im preußischen Landtag die unbestrittene Mehrheit hat, wird sie vielmehr jede auch nur leidliche Besserung schaffende Teilreform zu hintertreiben suchen. Soll ein Anfang gemacht werden, soll eine Wiederholung des schnöden Spiels von 1909 und 1910 verhindert werden, so muß die jetzige Mehrheit von Konservativen und Ultramontanen gesprengt werden. Darüber helfen uns die volltönendsten Schlagworte nicht hinweg.

Ohne die Nationalliberalen ist aber jene Mehrheit nicht zu sprengen, und die Nationalliberalen über Nacht zu Anhängern der Einführung des gleichen Wahlrechts für das preußische Abgeordnetenhaus zu machen wird keine Taktik fertig bringen. Einige wenige Schwalben machen da keinen Sommer. Will man mit der ganzen Partei rechnen, dann muß man sich darin finden, daß sie für das demokratische Wahlrecht zurzeit nicht zu haben ist. Das zunächst zu Erreichende ist eine andere Parteikonstellation im preußischen Abgeordnetenhaus, eine andere Stellung der Parteien im Land zu einander und die daraus sich ergebenden Rückwirkungen auf das politische Leben und Denken im allgemeinen. Das aber ist das Ziel, das Eisner im Auge hat. Er ist der Ansicht, daß, wenn die Sozialdemokratie die Nationalliberalen bei der Wahl gegen Zentrum und Konservative mit ihrer ganzen Kraft unterstützt, dies von selbst die Haltung der ersteren im Sinn einer kräftigern Verfechtung liberaler Grundsätze beeinflussen und so eine Gesundung des politischen Lebens in Preußen zur Folge haben müsse. Diese Voraussetzung zugegeben, wird seine Taktik manchem, dem sie nach den unvollkommenen Berichten der meisten Blätter unverständlich erschien, mindestens verständlich und manchem auch annehmbar erscheinen.

Es bleibt aber selbst dann noch die Frage, wie man es mit den unter national-liberaler Flagge segelnden Freikonservativen halten soll. Sie führt zum 4. Punkt der Verzichte.

4. Verzicht auf Differenzierung der liberalen Kandidaten. Wenn im vorhergehenden gesagt wurde, daß es für die vorgeschlagene Taktik nicht genüge einzelne Nationalliberale als unterstützungswürdig herauszusuchen, vielmehr die Partei als Ganzes in Frage komme, so ist damit noch nicht jede Art Aussonderung abgewiesen. Denn es handelt sich ja nicht um ein Bündnis oder Kompromiß sondern um eine freihändige Unterstützung. Einer der Vorteile dieser vor dem Bündnis aber ist, daß unsere Partei bei ihr jederzeit die Linie der Unterstützungsberechtigten dort ziehen kann, wo es ihr beliebt. Sie kann also sehr wohl die Parole ausgeben im allgemeinen für die nationalliberalen Kandidaten zu stimmen, aber notorischen Scharfmachern die Unterstützung zu versagen. Das aber ist in Norddeutschland ganz u n u m g ä n g l i c h. Ohne diesen Vorbehalt würde die vorgeschlagene Taktik vielen Genossen unannehmbar sein, die sonst geneigt wären sie in Betracht zu ziehen. Da jedoch bei Ausnahmen,

die zu machen wären, keine Entscheidung ohne Zustimmung des Zentralwahlkomitees gefaßt würde, ist auch die Furcht unbegründet, daß durch einen solchen Vorbehalt die einheitliche Durchführung der Taktik ernsthaft beeinträchtigt werden würde.

Es haben also, um zusammenzufassen, die schrecklichen *Verzichte* bei näherem Zusehen herzlich wenig auf sich. Sie bedeuten kein ernsthaftes materielles Opfer und keine Beeinträchtigung der Entschließungsfreiheit der Partei. Wie aber steht es auf der Gegenseite mit dem in Aussicht gestellten politischen Gewinn?

Es lag in Hinblick auf Eisners persönliche Veranlagung sehr nahe ihm vorzuwerfen, sein Vorschlag sei pure Phantastik, und seine Kritiker haben sich das auch nicht entgehen lassen. Er hat ihnen aber mit gutem Witz geantwortet, das Glück der Herrschenden sei der »Phantasiemangel bei den Unterdrückten«. In der Tat, wann wäre ein Vorschlag von traditionellen Bahnen abzugehen nicht zunächst als phantastisch bezeichnet worden? Aber nicht jeder solche Vorschlag war und ist Phantastik. Von Leuten, die gewöhnt sind in stereotyper Anwendung von Sätzen des Lexikons des Marxismus Parteien und Klassen sich als Fossilien vorzustellen, ist der seit Jahren in den *Sozialistischen Monatsheften* verfochtene Gedanke durch die Taktik auf andere Parteien erzieherisch einzuwirken als phantastisch verhöhnt worden. Aber wer sich gegenwärtig hielt, daß Parteien und Klassen aus Menschen von Fleisch und Blut bestehen und, wie alle Organismen, dem Gesetz der Veränderung unterworfen sind, der mußte gerade die Idee als grobe Phantastik erkennen, daß in unserer bewegten Zeit die politischen Parteien versteinerte Wesen sein sollen. Eisner ist in der glücklichen Lage für seine Auffassung mit konkreten Beispielen aufwarten zu können. Er verweist auf die große Wandlung, die sich im bayrischen Liberalismus seit der Zeit vollzogen hat, wo dieser die Unterstützung der Sozialdemokratie genießt. Noch vor wenigen Jahren geneigt mit allen Scharfmachern und *Reichsverbändlern* Hand in Hand zu gehen, tritt der bayrische Liberalismus jetzt in der Politik im bessern Sinn des Wortes liberal auf und legt dabei eine früher bei ihm unbekannte Entschiedenheit an den Tag. Das ist auf dem kürzlich in Landshut abgehaltenen Jahreskongreß der bayrischen Sozialdemokratie von den dortigen Vertretern der Partei offiziell anerkannt worden. Ähnlich steht es, wie man weiß, in Baden.

Dieser Hinweis wird dadurch nicht entkräftet, daß man etwa sagt, das seien eben süddeutsche Staaten, in Norddeutschland lägen die Dinge ganz anders. Die Erfahrung ist keineswegs auf Süddeutschland beschränkt. Blicken wir über die schwarzweißbroten Pfähle hinaus, so zeigt uns Belgien fast das gleiche Bild. Der heutige Liberalismus Belgiens ist nicht über allen Zweifel erhaben. Aber vom alten Liberalismus der Schule Frère-Orban unterscheidet er sich wie einst ein Franz Ziegler sich von einem Hans von Unruh unterschied. An dem Einwand, daß Wandlungen wie in Süddeutschland in Norddeutschland unmöglich seien, ist nur soviel richtig, daß solche Wandlungen nicht unter allen Umständen zu erwarten sind. Aber gerade darum darf eben die Taktik nicht als etwas für ewige Zeiten Gebundenes betrachtet werden. Was gestern unwahrscheinlich war, kann heute sehr wohl möglich sein. Liegt in Preußen gar nichts vor, was die liberalen Elemente veranlassen könnte sich zu einer wirklich liberalen Politik aufzuraffen? Gärt es nicht hier im Liberalismus wesentlich

stärker als noch vor wenigen Jahren in Bayern? Mit Recht hebt Eisner hervor, daß der Großgrundbesitz, dessen Herrschaft in Preußen das liberale Bürgertum so bitter empfindet, in Bayern wirtschaftlich wie politisch keine erhebliche Rolle spielt. Das selbe gilt für den Einfluß der Magnaten von Kohle und Eisen. Nicht umsonst verbinden sich in den meisten Landesteilen Preußens die Nationalliberalen mit ihren Nachbarn auf der Linken, den Volksparteilern. Es fehlen in den bürgerlichen Klassen Preußens durchaus nicht die materiellen und ideologischen Interessen, die nach einer entschieden liberalen Politik rufen. Wohl aber fehlt es ihrer politischen Vertretung an *K r a f t*. Und die werden sie ohne Unterstützung durch die Sozialdemokratie schwerlich erringen. Ob die Unterstützung der Liberalen durch die Sozialdemokratie ausreichen wird die Herrschaft der konservativ-klerikalen Mehrheit im preußischen Landtag zu brechen, kann bezweifelt werden. Daß aber ohne diese Unterstützung an der Herrschaft jener Koalition nichts geändert wird, steht außer allem Zweifel.

Es ist daher mindestens am Platz den Vorschlag Eisners nicht auf ein oberflächliches Anschauen hin *ad acta* zu legen sondern ihn unbeeinflußt durch traditionelle Schlagworte ernsthaft zu prüfen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß er seine Schwierigkeiten hat, daß seine Durchführung große Überwindung kosten wird. Aber ich habe zu dem politischen Sinn unserer Arbeiter das Vertrauen, daß diese Gefühlsmomente keine unüberwindliche Schwierigkeit darbieten. Unsere Genossen haben unterscheiden gelernt. Auf den Einwand, daß durch diese Taktik die Genossen verwirrt werden könnten, antwortet Eisner sehr gut: »Ich habe nicht das Recht und keinen Anlaß zu vermuten, daß die Parteigenossenschaft irgendeines preußischen Wahlkreises mindere Intelligenz hat als etwa die Münchener, die Anfang dieses Jahres zu gleicher Zeit die erheblich kompliziertere Aufgabe leistete: bei den Reichstagswahlen gegen einen liberalen Kandidaten mit äußerster Schärfe vorzugehen und dann bei den Landtagswahlen mit den selben Liberalen gemeinsam gegen das Zentrum zu kämpfen, sogar unter Verzicht auf eigene sichere Mandatsgewinne. Es hat das in München jeder verstanden, und niemand ist verwirrt worden.«

Wo es gegen Konservative und deren antisemitisch-zünftlerische Schleppträger geht, wird unseren Genossen in Norddeutschland die Sache gegebenenfalls nicht allzu schwer fallen. Nicht ganz so einfach steht es, wo Zentrums kandidaten in Frage kommen. Bis vor noch gar nicht langer Zeit zum Beispiel wäre mir der Eintausch eines Nationalliberalen gegen einen Zentrums mann als ein sehr zweifelhaftes politisches Geschäft erschienen. Das Zentrum, das einen erheblichen Prozentsatz seiner Wähler aus den ärmsten Volksklassen rekrutiert, hielt an gewissen demokratischen Überlieferungen fest und war einem überwuchernden Militarismus gegenüber immerhin noch ein mäßiger Faktor. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Tendenzen bei allen seinen Leuten erstorben sind. Ich unterlasse es Namen zu nennen, aber von einzelnen Parlamentariern des Zentrums halte ich es für wahrscheinlich, daß sie in diesen Dingen noch die *Alten* sind. Wo solche Leute gegen Nationalliberale in Betracht kommen, würde deren Wahl nicht gerade leicht fallen. Indes, als *P a r t e i*, als ein politisches Ganzes, hat sich das Zentrum unter den bezeichneten Gesichtspunkten unbedingt verschlechtert. Nach der Art, wie es im Jahr 1910 bei der Beratung der Wahlrechtsvorlage der preußischen Regierung die von dieser vorgeschlagene direkte Wahl preisgab und in die öffentliche Wahl der Abgeordneten willigte, muß man auch in Zukunft von ihm Mitwirkung bei der Hintertreibung der Reform des

Wahlrechts gewärtigen. Und im Reich ist es mit fliegenden Fahnen ins Lager der nationalistischen Rüstungspolitiker abgeschwenkt. Für die großen politischen Entscheidungen kann aber nur die Zusammensetzung und das Verhalten der Parteien, und nicht das Wünschen oder Wollen einzelner Persönlichkeiten den Ausschlag geben.

XX

## KARL LEUTHNER · DIE ENTENTE UND DAS ENDE DER DEUTSCHEN ORIENTPOLITIK



ER denkt heute noch der Tage von Baltischport? Ihr höfischer Glanz ist im Nebel trüber Wochen erloschen. Wer möchte mit den Rosenmalern der Berliner Journalistik holde Hoffnung aus der dürftigen Selbstverständlichkeit schöpfen, daß die Petersburger Offiziösen nach Poincarés Abfahrt in allgemeinen, andeutenden Redensarten sprachen und sogar die Verbeugung vor Berlin nicht vergaßen? War der Empfang des Ministerpräsidenten (wie er noch nie einem Ministerpräsidenten zu teil geworden) nicht ein überzeugender Anschauungsunterricht? Und wem er nicht Klarheit genug vermittelte, dem haben die Londoner und Pariser Ankündigungen der gemeinsam gefaßten Beschlüsse der Ententemächte für den Fall der innern Auflösung der Türkei wohl die Schuppen von den Augen genommen. Doch womöglich noch vernehmlicher redet die Reaktion der Wiener Politik. Nie wird man ergründen, was Berchtold vorschlug, als er nichts vorschlug und es einen Vorschlag nannte. Die Absicht ist gleichwohl unverkennbar. Ich bin auch da, ruft das Wiener Kabinett den Ententemächten zu. Nicht drohend wie Anno 1908 sondern fast flehend. Allein falls der Sukkurs nicht ausbleibt, würde man wohl den Ton wieder verstärken. Ob sich Kiderlen-Waechter, der Balkankenner, Gedanken darüber macht, daß Deutschland zum drittenmal im Lauf von 4 Jahren höflich aufgefordert wurde als Dreibundbürge für die Fehlbeträge der Balkanrechnungen seiner Verbündeten aufzukommen? Ob er nicht darüber nachsinnt, wie seltsam sich das Bismarcksche Bild vom Hammer und Amboß verkehrt hat? Ob Berchtold naiv genug ist dem Verlegenheitswort der großmächtlichen Uneinigkeit in der Orientpolitik wirkende Kraft beizumessen? Ob er wohl vergleichend erwägt, wie man früher bei türkischen Dingen stets in Wien sorglich anfragte, und wie laut er jetzt schreien muß, um sich in empfehlende Erinnerung zu bringen?

Doch reden wir nicht von Kiderlen-Waechter und Berchtold. Reden wir von uns selber, wobei das *uns* alle politisch denkenden und beobachtenden Deutschen Deutschlands und Österreichs bezeichnen soll. Denn es scheint, als müßten wir alle ohne Unterschied der Parteifarbe die Anfangsgründe des äußerpolitischen Denkens uns erst aneignen, sofern es zu diesen gehört, daß man sich bemüht die Tatsachen zu sehen wie sie sind und sie nicht wegzuträumen, wegzuleugnen oder zu verkleinern. Als das englisch-französisch-russische Bündnis jung war, mochte es noch angehen. Aber nun, da 4 Jahre seit Reval vergangen sind, wirkt unsere Selbsttäuschungslust ein wenig kindlich. Schon der Name *Bündnis* wird manchem nicht gefallen: Es heiße doch amtlich nur *Entente*. In diesem Fall wäre jedoch gewiß die Entente dem Bündnis vorzuziehen. Die Entente hat Persien geteilt, Marokko verspeist, die Kriegsbereitschaft (fertigt zum Auslaufen der Flotte des einen Ententeglieds für das andere) den erstaunten Blicken geoffenbart. Sie hat weltgeschichtliche Gegensätze, die ein

Jahrhundert den Drehpunkt der Politik gebildet haben, wie die orientalische und indische Frage, für die Nebenbuhler von gestern, für Rußland und England, entweder aus der Gefühlsweite gerückt oder gar zu Gegenständen vertraglicher Auseinandersetzung gemacht. Sie reicht in der *Intimität* so weit, daß die Engländer halb und halb ihren Weg nach Indien dem französischen Wächter anvertrauen. Soll man diesen Leistungen die Früchte des sogenannten *mitteleuropäischen Dreibunds* entgegenhalten, auch wenn man die 25 Jahre seiner Dauer jenen 4 Jahren gleich setzt? Diese Gegenrechnung erübrigt sich wohl.

Aber einen recht wichtigen Posten in beiden Rechnungen wird man doch vergleichen müssen, weil darüber manche Unklarheiten walten: Er betrifft die Beziehungen der einzelnen Glieder beider Bündnisse zu den außenstehenden Mächten. England unterhält weiter sein Bündnis mit Japan, aus dem der russische Krieg und die demütigendste Niederlage der russischen Geschichte entsprungen ist. Aber das bedeutet hier keine Extratour, sondern aus diesem Bündnis ist ein russisch-japanischer Vertrag hervorgegangen, der, was immer man von seiner Haltbarkeit meine, augenblicklich sehr gut funktioniert und beiden Beteiligten bei den Erwerbsmöglichkeiten, die das innerlich zerfallende Chinareich der Herren Yuanschikkai und Genossen darzubieten scheint, lockende Aussichten eröffnet. Und das japanisch-englische Bündnis ist schon deshalb im Verhältnis zur Entente keine Extratour, weil es seit seiner *Revision* für Rußland (und Amerika) sozusagen entgiftet ist: durch die Bestimmung, daß England von der Verpflichtung frei bleibt Japan beizustehen, sobald es von einer Macht angegriffen wird, die mit England einen Schiedsgerichtsvertrag geschlossen hat. Die Frage, was ein solches Bündnis jetzt noch den Japanern fromme, braucht wenigstens den Engländern nicht den Schlaf zu scheuchen. Sie wissen den Großen Ozean, den zu beherrschen ihre Seemacht nicht ausreicht, unter der Kontrolle der wechselseitigen Eifersucht Japans, Amerikas und Rußlands. Glaubte man aber einst, glaubten vor allem die Amerikaner selbst Japan auf seiner Siegesbahn vorwärtsstürmend nach den Philippinen, so bedeutet jetzt der Landbesitz für die Japaner, wie immer deutlicher wird, eine fühlbare Fessel, namentlich solange Rußland seine Anlehnung an die Entente hat. Und inzwischen nähert sich die Eröffnung des Panamakanals.

Wie man sieht, das Pazifiksystem der englischen Politik gliedert sich der Entente vortrefflich an. Doch gilt wohl Ähnliches auch vom Mittelmeer-system. Churchill hat allerdings in seiner Flottenrede die Schiffe Italiens auf die Gegenseite gestellt. Allein man rechnet in London stets mit den äußersten Möglichkeiten, wenn man Flottenrechnungen aufstellt: und hier wurde diese äußerste Möglichkeit sogar ausdrücklich als außerhalb der Grenzen des Wahrscheinlichen liegend hervorgehoben. In der Tat wäre es ein drolliger Einfall sich vorzustellen, wie Italien etwa Brust an Brust mit dem ihm so lieben und teuern Österreich kämpfend den vereinigten Flotten der Entente seine langgestreckte angreifbare Seeküste bloßstellt. Sind die Tage von *Racconigi* vergangen? Wer war es wohl eigentlich, der Italien ermunterte Tripolis zu überfallen? Seltsam, daß diese Frage so wenig erörtert wird, in der doch das Geheimnis der augenblicklichen Lage im Orient verborgen liegt. Österreich-Ungarn wird es kaum gewesen sein, da es fast zu kriegsdrohenden Vorkehrungen griff, um die italienischen Schiffe von der albanischen Küste fernzuhalten; bei vorheriger Vereinbarung wäre das wohl nicht nötig gewesen. Da-

gegen hat Rußland den Augenblick der Bedrohung der Dardanellen ausersehen der Türkei ihre beste Schutzwaffe, die Möglichkeit der Meerengensperre, zu rauben. Die Angelegenheit der Extratouren läßt sich wohl am raschesten im Zusammenhang mit den Balkanwirren erledigen. An wessen Seite würde Italien in internationalen Entscheidungen über das Schicksal der Türkei stehen? An der Seite Rußlands, Montenegros, Griechenlands oder an der Seite Österreichs und seiner ängstlich die Unversehrtheit der östlichen Adriaküste bewachenden Politik? In der Frage liegt die Antwort. Italien erklärt sich für die Erhaltung des Bestehenden auf dem Balkan (wie Rußland, Bulgarien, Montenegro und Griechenland auch), aber es hat vorgreifend Tripolis und die ägäischen Inseln von dem Bestehenden, gegen das es zu Land und See im Krieg liegt, für den eigenen, dauernden oder vorübergehenden Gebrauch ausgenommen.

Vergessen wir nicht noch eines, was gewöhnlich vergessen wird: Die Ententemächte haben jede ein dienendes Gefolge von Kleinstaaten. Rußland ist da am reichsten ausgestattet: Der ganze Troß der Baikanfürsten zieht ihm nach. Außerdem gebietet es mit England gemeinsam über Dänemark. Und was Belgien und die Niederlande anlangt: sollten sie stark genug sein ihre Neutralität englisch-französischen Wünschen gegenüber aufrechtzuerhalten? Es gibt manchen in Deutschland, der es hofft, keinen, der es so recht glaubt. Auch Spanien wollen wir nicht übersehen: Als ein Stein im Spiel Englands gegen Frankreich verwendbar, dient es zur Rückversicherung der Entente. Was aber die Bedeutung des Gefolges erst im richtigen Licht erscheinen läßt, ist die schnurrige Tatsache, daß die Balkangefolgstaaten Rußlands zugleich auch Italien zu Dienst stehen; freilich bloß dann, wenn es gegen den österreichischen *Bundesgenossen* Front macht. Und das Gefolge der mitteleuropäischen Staaten? Rumänien? Im Frieden sicherlich. Aber sonst?

Überschlagen wir das Gesagte, das lauter bekannte, von niemandem bestrittene Tatsachen in dürren Worten zusammenfassen sollte. Es läßt nur die eine Feststellung übrig: daß die Entente die mächtigste und furchtbarste Vereinigung von Staaten darstellt, von der die Geschichte zu erzählen weiß. Die größte Seemacht der Erde, der zweitstärkste Militärstaat und der Staat der wohl nicht stärksten, aber zahlreichsten Armee, begleitet von einem Gefolge zum Teil waffenstarker Kleinstaaten und berechtigt in gewissen, jedem bekannten Fällen auf die Hilfe Italiens, der dritten sogenannten *Dreibundsmacht*, zu rechnen: das verkörpert eine Zusammenballung von Gefahr für die Ausgeschlossenen, die wahrlich auf die Berliner und Wiener Staatsmänner wie ein Alp drücken müßte. Es muß Nichtdeutschen ein psychologisches Rätsel sein, wie die Bedrohten angesichts solcher Bedrohung ihre Seelenruhe zu wahren vermögen. Kein Nichtdeutscher kennt nämlich die deutsche Harmlosigkeit. Dies Völkchen spürt den Teufel nie. Man braucht nur ein Berliner oder ein Wiener Blatt, beliebig welcher Parteifarbe, in die Hände zu nehmen, und man wird das ganze System von Trostgründen überschauen, mit denen sich die Politiker aller Grade die Wirklichkeit hinwegtäuschen: die Wirklichkeit, die doch jeder kennt. Die einen Trostgründe betreffen die Absichten der Gegner. Man erklärt sie schlankweg für ebenso harmlos wie man selbst ist. Da soll die Revanche erloschen sein, in dem Augenblick, wo Millerand durch ihre geschickte Verwendung zum populärsten Mann Frankreichs geworden ist. Da werden die persönlichen Gefühle des Zaren für Wilhelm II. als deutsches Gut-

haben gebucht, als ob jemand diese persönlichen Gefühle kennte. Da tröstet man sich (namentlich in Wien) mit Vereinbarungen zur Erhaltung des Bestehenden auf dem Balkan, wie wenn Rußland durch solche Abmachungen je einen andern Zweck verfolgt hätte als in Tagen seiner Schwäche oder Beschäftigung an anderen Orten Österreich die Hände zu binden. Frankreichs finanzielles Interesse an der Erhaltung der Türkei muß gleichfalls herhalten. Und doch bewahrt dieses Interesse nur so lange Wirksamkeit als die Türkei in sich erhaltungsfähig ist; über diesen Punkt hinaus müssen gerade die Gläubigersorgen Frankreichs die Beweggründe vermehren, die es an sich schon hat, mit Rußland gemeinsam ein Arrangement wegen der Umordnung oder Umgestaltung des Orients zu treffen. Endlich erinnert man sich sogar des italienischen Bündnisses, obwohl Tag und Nacht gegen Italien gerüstet wird. Noch leichtfertiger und in ihrer Leichtfertigkeit unbegreiflicher sind die namentlich in Berlin geläufigen Berechnungen der Kraftverhältnisse. Für manche deutschen Politiker scheint Rußland seit Mukden von der Landkarte gestrichen zu sein. Sie rechnen so, als würde an die deutsche Grenze gleichfalls nur der eine Schienenstrang der sibirischen Bahn führen, und als wäre die Tatsache, daß die Russen auf eine Entfernung von Tausenden von Kilometern nahezu 800 000 Mann schaffen konnten, nicht für seine europäischen Nachbarn eine schreckhafte Mahnung. Und doch würde Deutschland mit Rußland, dessen Grenze ihm so nahe an die Reichshauptstadt rückt, hart zu kämpfen haben, während alle seine Kräfte gegen Frankreich gebunden wären. Denn Frankreich, das keine russische und keine dänische Grenze hat, kann den letzten Mann gegen Deutschland stellen. Italien? Dessen ist man in Paris so sicher, daß man gemütsruhig die Gebirgskanonen veralten läßt, und die Kriegspropheten mit der Entblößung der Alpengrenze rechnen. Welche Bedeutung kommt noch der Überlegenheit der deutschen Volkszahl zu, von der stets die Rede ist, als wäre ein französisch-deutsches Duell zu erwarten, und nicht ein Krieg nach allen Fronten der einzig denkbare, der einzige, in den sich Frankreich einlassen wird? Warum hört man so selten in Deutschland das bezeichnende englische Wort zitieren, daß an den deutschen Kolonien die einzige bemerkenswerte Eigenschaft ihre Unverteidigtheit sei? Warum macht man spöttische Bemerkungen darüber, daß England mit seinem Sicherheitsüberschuß zur See von 2 auf 1,6 herabgegangen sei, und sagt sich nicht lieber, daß der Dreimächtestandard bloß für Deutschland praktisch werden könnte? Denn es würde sich mindestens 3 Flotten gegenübersehen, von denen die verachtete russische zweifellos imstande wäre die Ostseehäfen lahmzulegen. Und endlich, wo gibt es in Deutschland oder in Wien einen Menschen, der von der Tiefgründigkeit des Deutschenhasses der Slawen eine Vorstellung hat? Auch gibt sich niemand Rechenschaft darüber, was das englische Wort bedeutet: »Hamburg, Bremen, der Kaiser-Wilhelm-Kanal und die baltischen Häfen würden unter unseren Kanonen liegen, bis die Kriegsentschädigung bezahlt wäre. Wäre unser Werk getan, so könnten wir, das Wort Bismarcks verändernd, Frankreich und Rußland zurufen: Sucht euch Kompensationen in Deutschland!« Bismarck meinte Kompensationen im Orient oder in Übersee. Die Deutschen werden nie verstehen, welcher Abgrund der Verachtung, welche kalte und entschlossene Ausprägung des Vernichtungsgedankens in diesem Satz liegt. Nur weil sie Spießbürger sind, die von der Welt draußen nichts wissen, gibt es Alldutsche. Spießbürgertum, das sich übernimmt, hat in Beziehung auf Frankreich die famose Geiseltheorie erfunden. Von Österreich aber und seiner gleichzeitig



gegen Italien, Serbien und Rußland Front machenden Politik wollen wir doch lieber nicht erst reden.

Wir wollen in keine Einseitigkeiten nach der entgegengesetzten Richtung verfallen. Es ist, wie hier schon wiederholt ausgeführt wurde, sehr die Frage, ob England die Erfolge seiner Ententepolitik durch Zugeständnisse an Frankreich und Rußland nicht überzahlt hat, und es ist kaum noch die Frage, daß die neugeschaffenen Verhältnisse in Marokko, in Persien, die gemeinsame Orientpolitik von Staaten mit gegensätzlichen Interessen die Keime schwerer Konflikte in der Zukunft in sich tragen. Aber die Nachricht aus London, mit der diese Auseinandersetzungen eröffnet wurden, gestattet uns nicht mehr an eine ferne Zukunft zu denken. Sie ist ein Alarmschuß, ein furchtbares *Hütet euch!*; sie fordert sich für den Augenblick einzurichten, zu retten, was für den Frieden zu retten ist. Die Gefahr der Revaler Tage ist vor unseren Blicken wieder aufgestiegen, aber unendlich vergrößert durch den Zerfall der Türkei. Es wäre nichts verhängnisvoller als zu glauben, man könnte ihr in der Weise begegnen, wie es während des bosnischen Konflikts geschah. Die schimmernde Wehr wird es nicht tun. Wir sind nicht mehr 3 Jahre nach Mukden. Die Kräfte und Möglichkeiten, die in dem deutsch-österreichischen Bündnis zusammengefaßt sind, reichen ebenfalls für die Aufgaben nicht zu, die in der Orientfrage verborgen sind. Der Segen, der aus diesem Bündnis floß, war der Friede, es war eines der wenigen echten Friedensbündnisse der Geschichte, aber es war dies darum, weil überall dort, wo die Möglichkeit angreifender Absichten eines der beiden Verbündeten begann, das Interesse des andern aufhörte. Österreich-Ungarn hat keine unbeglichenen Rechnungen mit Frankreich, Deutschland keine mit Italien; für Deutschland gibt es keine albanische, keine serbische, keine adriatische Frage und keine heimlich gehegten Wünsche seiner Polen in einem Krieg mit Rußland ihre Freiheit zurückzuerobern. Deutschland nimmt gegen Frankreich wie gegen Rußland die bestehenden Grenzen als endgültige hin, nach Osten wie nach Westen steht es bloß in Abwehr.

Und die Bagdadbahn? Die türkische Freundschaft? Es ist das Wort des Rätsels, der lösende Spruch des Augenblicks, daß Deutschland seine Orientpolitik liquidieren muß, wie es seine Marokkopolitik und noch früher seine chinesische Politik liquidiert hat. Die ganze Staatskunst der letzten 20 Jahre, so reich an Worten und Illusionen und so ungenügend im Augenmaß für die Wirklichkeiten der internationalen Machtverhältnisse und darum so arm an Erfolgen, ist jetzt daran abgetragen zu werden. Wo sind heute die Illusionen des Panislamismus? Der reale Wert dieses einst wie eine wirkliche und wirkende Kraft im Völkerleben eingeschätzten Gebildes der Phantasie und der Wünsche vergleicht sich etwa dem der Hoffnungen auf das *erwachende China*, das manche wohl gar als den östlichen Bundesgenossen gegen Rußland gewertet haben. Die militärische Tüchtigkeit aber der türkischen Armee mag noch so groß sein (sie hat ja vor allem die Nation der erfolgreichen Instruktoren getäuscht), aber eine Armee, die meutert und angesichts der dringendsten Lebensgefahr des Staats in Parteilager zerfällt, bildet keinen politischen Faktor mehr, mit dem man rechnen könnte. Sie besitzt vielleicht noch den innern moralischen Trieb einen Verzweiflungskrieg zu führen: Als schöpferische Kraft in dem Staat und Volk, dessen einzige Lebenskraft sie war, kann sie der begeistertste Türkenfreund nicht mehr ansprechen. War die Türkei der große Posten in den Machtrechnungen der deutschen Politik, so ist dieser Posten so

gut wie gestrichen. Damit wird es aber unmöglich die Politik der 20 letzten Jahre deutscher Geschichte fortzusetzen. Ist die Türkei nichts werdendes, Zukunftsvolles mehr, so wäre alle deutsche Türkenpolitik nur Handlangertum im Dienst Österreichs, aber zum Verderben Österreichs. Bei den Leuten, die sich anschicken in Wien zu erben und das Erbe zum Teil bereits verwalten, überwiegt das Selbstbewußtsein die Überlegung, der Großmachtstraum die klare Machtrechnung. Das deutsch-österreichische Bündnis war ein Friedensbündnis, und wenn es an dem Einspruch Deutschlands gegen ausgreifende Wiener Pläne zugrunde gehen sollte, hat es dem Frieden und den beiden Bundesgliedern einen letzten Dienst getan.

XX  
**MAX SCHIPPEL · KOLONIALPOLITISCHE GLOSSEN**  
**ZU DEN PUTUMAYOGREUELN**



ANCHER Leser wird sich vielleicht noch erinnern, wie ich es vor Jahren einmal unternahm einem sogenannten *prinzipiellen Kolonialgegner*, der die Berliner und Hamburger Wahlkreise heimsuchte, das lapidare Marxsche Wort begrifflich zu machen: »Ökonomisch gesprochen [und wie könnte ein wirklicher Marxist jemals von dieser ökonomischen *materialistischen* Auffassung der Geschichte abweichen wollen?] sind die Vereinigten Staaten immer noch [1867] Kolonialland Europas.« Mein Versuch war selbstverständlich durchaus fruchtlos, was aber sicherlich nicht an Karl Marx lag und auch kaum an mir. Es blieb also nach der bezeichneten Seite auch fernerhin dabei, daß mit der Unabhängigkeitserringung, mit der Abschüttelung der Abhängigkeit von irgendeinem europäischen Mutterland auch der koloniale Charakter einer Gebietsentwicklung erlösche: »Wie kann man den Mut haben nach der 100jährigen Selbständigkeit Nordamerikas noch von einer Kolonie zu sprechen?« »Die Belehrung, daß die Vereinigten Staaten bereits seit 140 Jahren (der Unabhängigkeitskrieg begann 1774) keine Kolonie mehr seien, war sachlich notwendig.« (Usw.<sup>1)</sup>)

Das war 1907.

Jetzt mit einemmal, da wir 1912 schreiben, klingt es aus der selben Ecke ganz anders heraus. Im Innern Südamerikas, in einem der weltfernten, verlorensten Grenzwinkel zwischen Peru, Ecuador, Kolumbien haben sich unsagbare Greuel gegen zwangsweise kautschuksammelnde Indianer abgespielt. In dem Telegramm des britischen Ministers des Auswärtigen an den englischen Vertreter in Lima hieß es schon im Januar 1911 halb warnend, halb drohend, nachdem der erste vorläufige Bericht Sir Roger Casements eingegangen war:

»Viele der obersten Beamten der *Peruvian Amazon Company* haben sich zweifelsohne der empörendsten Grausamkeiten gegen die Indianer schuldig gemacht, worüber reichliche und unwiderlegliche Beweise gesammelt wurden, die von Senor Tizon, dem Vertreter der Gesellschaft in La Chorrera, ohne Widerspruch als unwiderleglich anerkannt worden sind. Unter den Verbrechen, deren diese Leute beschuldigt werden, sind Mord, Tortur, Schändung, beständiges Auspeitschen in einer barbarischen Art und andere Handlungen von unsäglichlicher Grausamkeit. Dies sind nicht isolierte Fälle sondern der Teil eines Systems.«

Die grauenvollen Enthüllungen selber dürfen wir hier als bekannt voraussetzen.

<sup>1)</sup> Siehe meinen Artikel *Was ist eigentlich eine Kolonie, und was ist Kolonialpolitik?* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1907, 2. Band, pag. 817.

Die Presse der verschiedensten Länder und der verschiedensten Parteien hat der grenzenlosen Entrüstung aller Bevölkerungsschichten berechneten Ausdruck gegeben: im allgemeinen, möchte man sagen, sogar die bürgerlichen Zeitungen und Kolonialfreunde noch mehr als die Arbeiterpresse und Kolonialfeinde, wenigstens Deutschlands. Heute interessiert uns der Fall nur für die oben erwähnte theoretische Auseinandersetzung.

»Koloniale« Greuel, »kolonial« politische Bestialitäten, heißt es angesichts der tatsächlichen Mitteilungen abwechselnd im *Vorwärts*. Über »Kolonial«-barbarei schreibt das Hallesche *Volksblatt*. Die *Leipziger Volkszeitung* und die *Bremer Bürgerzeitung* ziehen aus den peruanischen Vorgängen gleich eine umfassende »Kolonialbilanz«, die sich natürlich zu einem vernichtenden Urteil über die ganze bisherige Weltgeschichte und Weltwirtschaft auswächst und schließlich nach der Heraufbeschwörung von Cortes und Pizarro in nachstehendem gipfelt:

»Ein ähnlicher Kolonialskandal, der, was teuflische Grausamkeit gegenüber den unglücklichen Opfern dieser Kolonialpolitik betrifft, den schlimmsten Taten der westindischen Eroberer würdig an die Seite gestellt werden kann, wird jetzt wieder aus Peru gemeldet. Und zwar handelt es sich bei diesen Mitteilungen nicht um unbestätigte, schwer nachkontrollierbare Pressemeldungen sondern um einen amtlichen Bericht der englischen Regierung, der jetzt in Form eines Blaubuches der Öffentlichkeit übergeben worden ist. Wir entnehmen darüber der Scherlpresse . . .«

Ist so etwas möglich: Peru und Kolonialskandal? »Wie kann man den Mut haben nach der 100jährigen Selbständigkeit Perus /1821/, Ecuadors /1820/ und Kolumbiens /1813/ noch von Kolonie zu sprechen?«, so könnte ich jetzt die Frage an den damaligen Berliner Redner zurückgeben.

In der Tat, es ist schon lange her, daß Peru noch spanische Kolonie war, und unter andere Oberherrschaft ist es niemals geraten. 1810 bis 1811 hatte unter Bolivar, dem südamerikanischen Washington, in Venezuela der langjährige Freiheitskampf gegen das alte Mutterland eingesetzt, wie 1774 bis 1876 die Erhebung der nordamerikanischen Freistaaten gegen England. Bald waren alle spanischen Festlandsgebiete von der Aufstandsbewegung ergriffen, zuletzt auch Peru, das, neben Mexiko, vielleicht am wenigsten unter dem spanischen Joch gelitten hatte und dem alten Regime nun noch am längsten einigen Rückhalt gewährte. 1820 brachten jedoch die verbündeten Argentinier und Chilenen durch ihren Einfall dieses letzte Bollwerk ins Wanken, sie drangen ins Innere Perus vor, besiegten die spanischen Besatzungen und zwangen den Vizekönig zur Räumung des Landes. Am 28. Juli 1821 wurde die Unabhängigkeit auch Perus proklamiert und nach ein paar Jahren wechselnden Kriegsglücks allseitig, von Spanien, von ganz Europa und erst recht natürlich von der schicksalsverwandten nordamerikanischen Union anerkannt. Ähnlich, wenn andere Staaten für das strittige Kautschukwaldland an den Nebenflüssen des obern Amazonenstroms in Frage kommen sollten. In der Republik Kolumbien, einer Vereinigung des alten Kolumbiens mit Venezuela und Ecuador (Quito), war bekanntlich Bolivar selber Präsident. Als die etwas künstliche Verbindung wieder auseinanderfiel, blieb die Selbständigkeit der Teilstaaten unversehrt. Also war es mit aller kolonialen Entwicklung aus?

Und dennoch spricht man allseits, in Berlin und Halle, in Leipzig und Bremen, weiter von Kolonialvorgängen, Kolonialgreueln und zieht mit der Unerbittlichkeit eines prinzipiell geeichten Weltgeschichtsrevisors Kolonialbilanzen. Mit

Recht. Aber warum? Einfach, weil alle maßgebenden Grundzüge der kolonialen Entwicklung nach wie vor vorliegen, Farbige Eingeborene und tieferstehende Vorbesitzer des Landes finden sich hier in Peru unter der politischen Herrschaft von weißen Eindringlingen. Was kann es da weiter ausmachen, daß diese eingenisteten weißen Eindringlinge, die Neueingewanderten oder die voll- und halbblütigen Nachfahren der einstigen Konquistadoren, keine Befehle mehr von spanischen Königen oder Vizekönigen entgegennehmen sondern nunmehr auf eigene Faust vorgehen? Europäisches Kapital stößt hier in Peru nach dem Innern eines fremden kulturniedrigern Erdteils vor und gliedert die Eingeborenen in seine Produktions- oder auch nur Okkupations- und Handelsbetriebe ein. Was macht es da für einen wesentlichen Unterschied, ob man dabei, wie früher, die mutterländisch-spanische oder die tochterstaatlich-peruanische Flagge über dem Ganzen wehen läßt? Die Grundentwicklung bleibt immer die gleiche — koloniale. Und so ist denn der erwähnte Sprachgebrauch unserer Radikalen durchaus kein *lapsus linguae* sondern der Ausdruck zielbewußt klarer Unterscheidung zwischen historisch Wesentlichem und Unwesentlichem.

Oder nochmals mit anderen Worten: Das Wesen, der Kern der Kolonialzustände und Kolonialentwicklung liegt in den Vorwärtsbeziehungen zwischen den europäischen Eindringlingen und den eingeborenen Vor- und Urbewohnern, keinesfalls aber in den immer recht sekundären, mitunter sogar ganz gleichgültigen Rückwärtsverbindungen zwischen den überseeischen Eindringlingen und ihrem europäischen Ursprungs- oder Schutzstaat. Die verbindenden Drähte zwischen weißem europäischen Mutterland und weißem überseeischen Tochtergemeinwesen können, wie in Nordamerika seit 1776 und 1783, oder wie in Zentral- und Südamerika seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts, vollkommen zerschnitten sein, und der wirtschaftliche und politische Vorstoß gegen Eingeborene und Einöden, das heißt die koloniale Expansion bleibt genau die selbe; nur daß dabei die alte Oberinstanz in Europa nicht mehr wie früher zu Rate gezogen wird. Es ist einfach eine Instanz weggefallen. In diesem ganz nebensächlichen und deshalb oft schon frühzeitig entbehrlichen, mitunter gleich von vornherein nur dekorativen Oberinstanzen aufsatz die Grundlage und das Wesen der Kolonialpolitik sehen zu wollen, dazu muß man wirklich schon — K. Kautsky sein: »Kein Land bleibt ewig im Stadium der Kolonie, das heißt im Stadium der Abhängigkeit.«<sup>2)</sup>

Aus den dargelegten Gründen sind in der Tat, um das Marxsche Urteil konsequent fortzuführen, die nordamerikanischen Vereinigten Staaten während des ganzen letzten Jahrhunderts neben England und in gewissem Sinn sogar im Vorrang vor England die aktivste Kolonialmacht des europäischen Kulturkreises. Im Jahr 1800, also lange nach der Unabhängigkeitserklärung und dem Versailler Frieden, betrug ihr Gebiet 827 844 englische Quadratmeilen, 1900 dagegen 3 026 789. Das ist allein schon fast eine Vervielfachung, den Begriff der Grenzen rein politisch-staatsrechtlich gefaßt. Aber ökonomisch waren am Anfang des 19. Jahrhunderts selbst die etwas über 800 000 Quadratmeilen Unionsstammland zum größten Teil noch unerschlossen, noch Hinterland im Sinn der heutigen Kolonialpolitik, noch strittig zwischen alteinge-

<sup>2)</sup> Siehe Kautsky, Vorrede zu *Atlanticus Ein Blick in den Zukunftsstaat* / Stuttgart 1898/, pag. XX. Über die ganze, interessante *Atlanticus*-Kautskysche Koloniallehre siehe meinen Artikel *Koloniallegitimation, Atlanticus und K. Kautsky* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 784 ff.

sessenen Rothäuten und vordringenden Bläßgesichtern, die nach der neuesten *revolutionären* Geschichtsauffassung eigentlich in Amerika *überhaupt gar nichts zu suchen* hatten. Die einigermaßen zusammenhängende weiße Bevölkerung erreichte damals, wie sich aus der Zählung von 1800 ergibt, erst die Alleghanies, also im Durchschnitt noch lange nicht die Mitte zwischen Küste und Mississippi; nur am obern Ohio, in Kentucky und Tennessee schoben sich einige halbverlorene Vorposten weiter nach dem Mississippi zu vor. Nordwärts, nach den Großen Seen hin, riet noch 1823 der Kommandant des Indianerforts Dearborn, des heutigen Chicago, selbst auf den bloßen befestigten Posten zu verzichten, weil aus dem ganzen umliegenden Land doch nie etwas Gescheites werden könne, das die Kosten einer noch so kleinen Besatzung und die Gefahr eines Eingeborenenkriegs jemals zu lohnen verspräche. Erst 1825 wurde unter dem Präsidenten Monroe der Beschluß gefaßt die im Osten des Mississippi wohnenden Indianervölker wenigstens über den Mississippi hinüber zu verpflanzen. So sahen, ein viertel und selbst ein halbes Jahrhundert nach der Unabhängigkeitserringung die alten Unionsgebiete mit ihren 800 000 Quadratmeilen in Wirklichkeit aus. Etwa wie heute Südafrika oder wie bis vor kurzem die südamerikanischen, kanadischen, australischen, sibirischen Siedlungsstriche: verhältnismäßig schmale Siedlungsstreifen, von den Haupteinbruchsstellen der modernen weißen Völkerwanderung ausgehend, nach dem Innern zu jedoch ein unermeßliches, unerschlossenes Hinterland. Nun sind aber selbst in den heute 3 Millionen Quadratmeilen nicht mit eingerechnet: Alaska (erst in den letzten sechziger Jahren erworben) mit seinen 577 390 Quadratmeilen, die Philippinen (1898) mit gegen 832 968 Quadratmeilen, Portoriko (seit 1901 Territorium) mit 3600 Quadratmeilen, Hawai (1896 annektiert, seit 1900 Territorium), die Panamakanalzone (1904), von Kuba gar nicht zu reden. Man sieht, unsere neuesten Parteitheoretiker sind vorzüglich beschlagen: Mit der Selbständigkeitsklärung eines überseeischen Gebiets hört die koloniale Expansion und der koloniale Grundzug der ganzen ökonomischen Entwicklung auf — sobald man nur, ähnlich dem Vogel Strauß, im gleichen Augenblick das Sehen und Überlegen einstellt.



**N**ACH eine andere kolonialpolitische Lehre legen die peruanischen Erfahrungen von neuem nahe. So sehr die staatliche Unabhängigkeitsgewinnung der überseeischen Weißen, deren ferneres Regieren auf eigene Faust, ohne den Einfluß der europäischen Oberinstanz, einen sozialen Fortschritt bedeuten kann, so wenig ist der Wegfall des europäisch-staatlichen Einflusses immer schon an sich eine Besserung. Er kann ebenso gut die Ausschaltung eines ausbeutungsmildernden, die Eingeborenen vor dem Allerschlimmsten schützenden Faktors bedeuten. Je nachdem. Die Engländer haben im Lauf der Zeit auf einigen westindischen Zuckerinseln mehrfach die Selbstregierung bald erweitert, bald eingeschränkt. Nach der Erweiterung stand man gewöhnlich recht bald vor um so gefährlicheren inneren Gärungen; kaum fühlten die Pflanzer das Heft fester in ihren Händen, kaum wußten sie sich vor dem Veto der Londoner Regierung oder ihres Gouverneurs sicherer als früher, so schnitten sie Gesetzgebung und Verwaltung um so unbekümmerter lediglich nach ihrem beschränktesten Profitstandpunkt zu, so daß die Neger und indischen Kulis aus dem Regen in die Traufe gerieten, während das Mutterland bei drohenden oder wirklich ausbrechenden Tumulten und Un-

ruhen schließlich doch in der Aufbietung von Schiffen und Truppen die Kosten zu tragen hatte. Die älteren Burengeschlechter in Südafrika flüchteten (unter andern) deshalb aus dem Bereich der britischen Oberherrschaft, weil sie bei voller Selbstregierung jenseits des Vaal in der Sklavenhaltung und Kaffernvertreibung freier zu werden hofften. Bei der Dinuzuluaffäre von 1908 waren die nächstinteressierten und zunächst auch politisch maßgebenden Natalweißen die Feuerbrände, die britischen Reichsvertreter, die noch mancherlei höhere und zukünftige Interessen zu wahren hatten, die beschwichtigenden Löschmannschaften. In Britisch Ostafrika toben weiße Siedler immer von neuem gegen das mutterländische Eingreifen, das einer allzu rücksichtslosen Arbeiterbeschaffung und Landaneignung im Weg steht. Das grandioseste Beispiel jedoch von im Grunde ähnlichen Erfahrungen gewähren abermals die Vereinigten Staaten. Als der demokratische Norden, mit seinem bäuerlich-bürgerlichen europäischen Zuschnitt, die aristokratische südstaatliche Pflanzwirtschaft mit ihrem Sklavereisystem allzusehr zu beengen begann, proklamierten nach endlosen parlamentarischen Kongreßkämpfen die Südstaaten — die Unabhängigkeit und entfesselten so den geschichtlich denkwürdigsten, vieljährigen Bürgerkrieg, um ihr ungeheures Sklavereigebiet ohne nordstaatliche Antisklavereipolitik selber zu regieren. Welch eine Naivetät also die Lösung aller derartigen Kolonialfragen einfach in Unabhängigkeitserklärungen erblicken zu wollen. Vielfach setzt gerade die uneingeschränkte Unabhängigkeit die schlimmsten Böcke direkt zu Gärtnern ein, während das Mutterland, die europäische Vormacht diese Böcke mehr an die Leine legen würde.

Bei den jetzt enthüllten peruanischen Greueln wird gleichfalls niemand leugnen, daß wenn England als etwaiges Mutterland die Vollmacht zum Einschreiten im Putumayoquellgebiet hätte, es auch einschreiten würde: gegen die *Peruvian Amazon Company* und für die Eingeborenen. Ob genügend und nachhaltig, ist eine andere Frage; tatenlos zusehen würde es sicherlich nicht; die öffentliche Meinung Englands und Europas würde das unzweifelhaft erzwingen. Was wird Peru, das seit einem Jahrhundert unabhängige, tun? Anscheinend hat es in der Greuelzone überhaupt noch keine Anfänge einer wirklichen staatlichen Organisation herauszubilden vermocht, und eine energische Zusammenraffung der mehr zentralen Staatskräfte nach den Urwald- und Innengebieten dürfte ihm fernliegen, schon wegen der Belastung für die seit langem spottschlecht gefüllte Staatskasse. Nach anderen Mitteilungen wäre der schwache überseeische Pflanzstaat sogar auf die wüste Konzessionswirtschaft und die Nebeneinnahmen aus den großkapitalistischen Ausbeutungsgesellschaften wie ein armer Bettler finanziell angewiesen. Mit der bloßen Selbstregierung (immer der Weißen, nicht der Eingeborenen!) war hier also den schutzbedürftigen Indianern wirklich nicht geholfen.

Nun verstieg sich, als ich im 6. Berliner Wahlkreis einmal das Kolonialproblem anzuschneiden versuchte, der Korreferent sogar zu der vermeintlich ganz radikalen Forderung: müsse schon Kolonisation sein, dann solle das Kapital selber auf eigene Faust, auf eigenen Gedeih und Verderb, diese Entwicklung für sich vollziehen, Staaten und Reiche aber sollten überhaupt mit verschränkten Armen beiseite bleiben. Das wäre nun vollends, wie Putumayo gleichfalls von neuem beweist, das Reaktionärste, das sich denken ließe. Privatkapitalisten und private Kolonialgesellschaften, mit allen modernen Machtmitteln gegen hilflose Eingeborene leicht auszurüsten, aber ohne jede Verant-

wortung gegenüber der Gesamtheit, ohne jeden Zwang auch die Zukunft und die Interessen anderer zu berücksichtigen, haben sich jederzeit als die brutalsten Repräsentanten der kolonialen Ausbeutung entpuppt. Dies lehrte zuletzt die Kongogesellschaft, dieses späteste und seltsamste Großgebilde der Privatkolonisation, bis es durch die Unterordnung unter Belgien zu normaleren Entwicklungsbedingungen zurückgeführt wurde. Dies lehrt soeben die kleinere *Peruvian Amazon Company*. Mag der heutige, auf Klassengegensätzen aufgebaute Staat noch so wenig ein einheitliches, allseitiges Kulturgesamtinteresse verkörpern: selbst in seiner einseitigsten und rückständigsten Gestalt steht er turmhoch über der Beschränktheit und Brutalität des ersten besten großkapitalistischen Flibustierhaufens, der bei seinem überseeischen Tun und Treiben nur den augenblicklichen Profit der Nächstbeteiligten kennt, wenn auch nachher die Sündflut hereinbrechen mag.

Sagt man deshalb überhaupt Kolonisation, so muß man auch Kolonisationspolitik sagen: Unterordnung der zunächst aktiven ökonomischen Kräfte unter die weiteren Gesichtspunkte, die das gesamtstaatliche Leben und die allgemeinere soziale Entwicklung vorschreibt.

XX

## LUDWIG QUESSEL · DAS RUSSISCHE IMPERIUM



**M**EHRERE Ereignisse der letzten Tage: die Kaiserbegegnung in den finnischen Schären, die Zusammenkunft des deutschen Reichskanzlers mit dem Leiter der russischen Auslandspolitik und der Besuch des Fürsten Katsura in Petersburg, haben das Interesse für die russische Weltmachtspolitik wieder in den Vordergrund politischer Erörterung gerückt. Man beginnt sich darauf zu besinnen, daß die Vernichtung der russischen Flotte bei Tsuschima das drohende Gespenst russischer Vorherrschaft in Europa, das viele Jahrzehnte hindurch alle demokratischen Politiker ängstigte, wohl verscheuchen konnte, daß dieses Ereignis aber doch nicht imstande war Rußland aus der Reihe der Weltmachtpolitik treibenden Staaten zu streichen. Solange freilich die russische Konterrevolution ihr Ziel noch nicht vollständig erreicht hatte, war die aggressive Kraft des Zarenreichs nach außen gelähmt. Jetzt aber, wo so ziemlich in allen Klassen der russischen Gesellschaft der Glaube an die wundertätige Mission der sozialen Revolution verworfen ist, zeigt sich uns wieder die bedeutungsvolle Tatsache, daß das russische Reich die einzige europäische Großmacht ist, die Weltmachtpolitik als kontinentale Politik treiben kann. Wie das Zarenreich auch ohne Verfügungsgewalt über eine Flotte sein Imperium ausbreiten kann, zeigt uns das russische Vordringen in Nordpersien, dem das seegewaltige britische Weltreich nicht Einhalt zu gebieten vermag. Das Zarenreich braucht nicht zu warten, bis die patriotische Gebärde der Milliardenbewilligung zur Wiederherstellung der Flotte greifbare Wirkungen gezeitigt hat; seine geographische Lage gestattet es ihm der Vorherrschaft in Asien auf dem Landweg zuzustreben. Auf Grund des kürzlich erst gemeldeten Abkommens mit Japan, dazu noch gestützt auf Frankreichs und Englands Freundschaft, die ihm angesichts des sich täglich verschärfenden deutsch-englischen Gegensatzes nicht so leicht gekündigt werden wird, kann das Zarenreich auch ohne Hilfe einer Flotte, allein durch Verwendung seiner Landstreitkräfte überall seine Positionen in Asien stärken.

Gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo die Geschichte Asiens vor einer großen Wendung steht, ist es nützlich sich daran zu erinnern, daß die gewaltige Ausdehnung des russischen Imperiums nach Osten, sich durch unaufhörliche Landkriege, bei denen die Flotte nur eine bescheidene Rolle spielte, vollzogen hat. Die berausenden Erfolge russischer Eroberungspolitik, die nur einen Vergleich mit dem Siegeszug des britischen Imperiums zulassen, und angesichts deren der slawophile Professor Pogodin »seinen Gedanken stille stehen und seinen Geist erschauern« fühlte, sind ohne erhebliche maritime Streitkräfte errungen worden. Und wenn Friedrich Engels bei seinem historischen Rückblick auf den stürmischen Aufstieg des einstigen Großfürstentums Moskau aus dem blutigen Schlamm tartarischer Unterjochung zu dem Glanz eines zwei Erdteile umspannenden Weltreichs voll Bewunderung ausruft, daß ein Russe, der Imperialist sei, »früher oder später vor dem Zarentum auf die Knie fallen müsse«, so dürfen wir heute, wo große asiatische Reiche, vom kapitalistischen Maulwurf untergraben, rettungslos zusammenbrechen, nicht vergessen, daß die großartige Entwicklung des russischen Imperiums in Asien nicht der Beherrschung der See und ihrer Verbindungswege sondern der zähen, durch keine Mißerfolge entmutigten Beharrlichkeit der russischen Landmacht zu danken ist.

Was die russische Auslandspolitik heute erfüllt, ist nicht das Gefühl der Enttägung sondern das kraftvolle Bewußtsein erweiterter Ziele. Ein kräftiger imperialistischer Hauch dringt wieder durch alle Schichten der Gesellschaft und weckt die panslawistischen Traditionen aus den dumpfen Banden des Schlafs. Lauter als je jauchzt man in Moskau und Petersburg der hell aufstrahlenden Sonne des russischen Weltreichs entgegen, das sich vom Archipel bis zum Eismeer, von Konstantinopel bis zum Stillen Ozean aufbaut, ein Reich, für das Kleinasien, Persien, Ostturkestan, die Mongolei und die Mandchurei als neue Herrschafts- und Kolonisationsgebiete dienen sollen. Mit wollüstigem Behagen empfindet der russische Imperialist die furchtbare Tragik der revolutionären Kämpfe im osmanischen und persischen Reich, die alle Kräfte dieser Länder verzehren und sie zur wehrlosen Beute ihrer Gegner machen. In der Tat, nie war die Gelegenheit zur Erweiterung des russischen Imperiums so günstig wie jetzt. Versuchen wir daher die historischen und ökonomischen Triebkräfte des russischen Imperialismus uns klar zu machen.

Wesentlich einfacher als die historischen sind die ökonomischen Triebkräfte des russischen Imperialismus. In erster Reihe interessiert an der Ausbreitung des Imperiums sind der Beamtenadel und die Vertreter der Industrie. Der höhere Beamtenadel, aufgewachsen in den Traditionen russischer Eroberungspolitik, die es verstand seit Jahrhunderten alle Halbjahr ein Gebiet von der Größe Bayerns dem russischen Imperium einzuverleiben, sieht in der weitem Ausdehnung der russischen Herrschaft ein Mittel seinem meist besitzlosen Nachwuchs Ämter und Würden zu verschaffen. Ohne zu erhebliche Gefahr für die Finanzen kann der russische Staat immer neue asiatische Gebiete an sich reißen, da sein Steuersystem, insbesondere das Branntweinmonopol, dafür sorgt, daß der Reichskasse dadurch nicht zu große Opfer auferlegt werden. So erscheint dem höhern Beamtenadel die Ausbreitung des Imperiums als ein Geschäft, das sich für ihn und den Staat bezahlt macht. Für die Vertreter der russischen Industrie handelt es sich bei der imperialistischen Politik um die Eroberung weiter ungewerblicher Märkte. Der russische Industrielle ist Imperialist, weil der schnell emporgeschossenen Moskauer Indu-



strie der innere Markt nicht mehr genügt. Das geringe Wachstum der Aufnahmefähigkeit des innern Marktes schafft für die Erzeugnisse russischer Industrie ein Ausfuhrbedürfnis, das auf Eroberung ungewerblicher Gebiete hindrängt. In weit höherem Maß aber als die Industrie Westeuropas ist die russische Industrie auf staatlich geschützte Märkte angewiesen, weil sie ihrer hohen Produktionskosten wegen auf freien Märkten nicht konkurrenzfähig ist. Als Beispiel dafür sei nur darauf verwiesen, daß nach einem Bericht des russischen Finanzministeriums die Kattune von Manchester im nördlichen Persien, ungeachtet des kostspieligen Transports auf dem Rücken des Dromedars über unglaublich schlechte Wege, mit denen Moskau konkurrieren, obwohl diese teils auf der Eisenbahn teils auf dem billigen Wasserweg dorthin gelangen können. Diesem unangenehmen Zustand vermag sich die russische Industrie mit einem Schlag zu entziehen, sobald das russische Imperium erreicht ist. Soweit nicht schon Verwaltungsmaßnahmen ausreichen der russischen Industrie die westeuropäische Konkurrenz vom Hals zu halten, erreicht man dies leicht und sicher durch die prohibitive Zollgesetzgebung. Kein Wunder also, daß das industrielle Moskau jede Erweiterung des russischen Imperiums im Osten mit Jubel begrüßt. Daß neben dem russischen Industrie- auch das Finanzkapital starke Interessen an der Ausdehnung des Imperiums hat, bedarf keines nähern Nachweises. Mag daher auch der Ausbau der russischen Stellung in Asien ungeheure Mittel erfordern, die zum Teil der russische Steuerzahler aufbringen muß, so sorgt doch das ökonomische Interesse der politisch einflußreichsten Klassen dafür, daß der historische Gang russischer Eroberungspolitik in Asien, dem wir uns jetzt zuwenden wollen, keine Unterbrechung erleidet.

Wie wichtig es ist bei einer Prüfung der russischen Auslandspolitik die ökonomischen und historischen Triebkräfte, die zur Erweiterung des Imperiums drängen, nicht außer acht zu lassen, zeigt ein Artikel des Genossen Ledebour über den russischen Imperialismus, der jüngst die Runde durch die Parteipresse machte. Ganz kritiklos gibt darin Ledebour die alarmierenden Ansichten wieder, die der berühmte Asienreisende Sven Hedin in seiner jüngst veröffentlichten Schrift *Ein Warnungsruf*, die Propaganda für eine Verstärkung der schwedischen Rüstungen macht, geäußert hat. Ledebour sieht schon die Zeit kommen, in der Skandinavien das Schicksal Polens und Kaukasiens teilen wird. Ich weiß nun nicht, welche Beweggründe Sven Hedin zur Veröffentlichung jener Schrift bestimmt haben. Jedenfalls war aber die russische Presse nicht im Unrecht, wenn sie den Teil seines Warnungsrufs, der die angeblichen russischen Gelüste auf Schweden schildert, als ein Produkt politischer Phantastik zurückwies. Was könnten die politisch maßgebenden Schichten der russischen Gesellschaft durch die Eroberung der skandinavischen Halbinsel, die doch nur auf dem Weg eines europäischen Krieges zu erreichen wäre, denn eigentlich gewinnen? Neue Absatzgebiete für die russische Industrie lassen sich dort nicht eröffnen. Ganz im Gegenteil. Durch Einbeziehung Skandinaviens in die russische Zollgrenze entstände der russischen Industrie ein gefährlicher Gegner, und was das bedeutet, weiß man in Moskau sehr wohl zu schätzen, da man dort an dem einen Lodz gerade genug hat. Allerdings ist es richtig, daß Rußland durch territoriale Eroberungen das Weltmeer zu erreichen sucht. Ganz falsch aber ist es, daß es den Russen vollkommen gleichgültig sei, nach welchem Teil des Weltmeers sie vordringen. Das russische System der

Schiffahrtsstraßen, die geographische Lage der führenden Industrien weisen die russische Eroberungspolitik gebieterisch nach dem Süden hin. Schon Mendelejew erklärte, daß die russische Industrie mit der Westeuropas nur dann konkurrieren kann, wenn sie sich mehr im Süden Rußlands konzentriert, in der Nachbarschaft der Schwarzerde, der Kohlenbergwerke und des Mittelmeers. Es hat daher einen guten Sinn, wenn der Russe Konstantinopel die *Zarenstadt* nennt und die Beherrschung der Dardanellenstraße als erstrebenswertes Ziel betrachtet. Übrigens ist auch in keiner Periode der russischen Geschichte die greifbare Absicht Skandinaviens dem russischen Imperium einzuverleiben zutage getreten. Paul I. wollte allerdings im Bund mit Napoléon I. territoriale Eroberungen in Westeuropa ohne Rücksicht auf die ökonomischen Interessen des Adels erzielen und hat dabei seine begehrliehen Blicke wohl auch auf Skandinavien geworfen. Die Folge war ein Aufstand derjenigen, die sich durch seine Auslandspolitik in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet sahen, bei der der Selbstherrscher niedergeschlagen und erdrosselt wurde. Auf die Pfade Pauls I. begab sich am 12. Oktober 1808 sein Nachfolger Alexander I., als er mit Napoléon I. das geheime Übereinkommen abschloß, das Europa in ein französisches und ein russisches Machtgebiet schied. Obwohl dies Übereinkommen Rußland die Möglichkeit gab Schweden niederzuwerfen und Finnland dem russischen Imperium einzuverleiben, führte dieser große Erfolg doch nicht zur Fortsetzung jener nach Westen gerichteten Eroberungspolitik. Die ökonomischen Interessen erwiesen sich abermals stärker als der Wille des Selbstherrschers. Da Alexander I. die Verschärfung der Kontinentalsperre und die Rücknahme einer Verordnung, die den französischen Waren den Eingang in Rußland versperrte, nicht zugestehen durfte, erfolgte der Bruch mit Napoléon, der 1812 zum Krieg führte. Noch weit mehr als vor 100 Jahren liegt aber heute die Eroberung Skandinaviens außerhalb der Richtlinien russischer Eroberungspolitik. Die Vermehrung der Bevölkerung des Zarenreichs um 8 Millionen demokratisch gesinnter, nicht slawischer Westeuropäer, die durch geschichtliche und kulturelle Bande mit den zarenfeindlichen Bewohnern Finnlands und der Ostseeprovinzen verbunden sind, wäre für die innere Sicherheit des Reichs eine so große Gefahr, daß die russischen Imperialisten wirklich nicht recht klug sein müßten, wenn sie auf eine Eroberung Skandinaviens hinsteuern würden, lediglich um auf diesem Weg den Atlantischen Ozean zu erreichen.

Auf dem Boden der Wirklichkeit bewegt sich dagegen Ledebour, wenn er die Aufmerksamkeit der Partei auf die russischen Machterweiterungsgelüste in Asien lenkt. Er erzählt uns, daß das internationale Proletariat allen Grund habe »gegen die zarische Beutesucht und die zarischen Umtriebe ein Veto einzulegen«. Das ist meines Wissens schon mehrfach geschehen. So hat die sozialistische Internationale in Kopenhagen eine geharnischte Resolution gegen die zarischen Umtriebe in Persien angenommen. Der Erfolg war gleich null. Wir dürfen uns eben der Einsicht nicht verschließen, daß durch sozialistische Resolutionen, selbst wenn sie von internationalen Kongressen angenommen werden, der russische Imperialismus sich nicht schrecken läßt. Mit einiger Aussicht auf Erfolg wird man ein »Veto« gegen »zarische Umtriebe« nur einlegen können, wenn man zu positiven Vorschlägen für eine sozialistische Auslandspolitik gelangt, zu Vorschlägen, die eine konkrete Lösung der großen Fragen der Weltpolitik im sozialistischen Sinn

enthalten. Die bloße Negation der bürgerlichen Weltpolitik durch das perhorreszierende Schlagwort *Imperialismus* bringt uns keinen Schritt weiter. In Asien liegen jetzt die Dinge so, daß durch den kriegsschwängern Gegensatz zwischen Deutschland und England das russische Reich in die Lage versetzt ist seine Macht und seinen Einfluß in Persien, in Türkisch Armenien, in Chinesisch Turkestan und im östlichen Asien zu festigen, überall, wo seine Grenzen mit denen ihrer Auflösung entgegeneilenden asiatischen Staaten zusammenstoßen. Der Entscheidungskampf um den Besitz Asiens, der durch den japanisch-russischen Krieg in weite Ferne gerückt schien, hat tatsächlich schon begonnen. Immer deutlicher tritt zutage, daß die asiatischen Staaten, das persische, osmanische und chinesische Reich, ihre niedrigere Zivilisationsstufe angesichts der unwiderstehlichen Gewalt einer höhern Zivilisation nicht aufrecht erhalten können, aber auch nicht über die moralischen Kräfte verfügen sich die demokratischen und technischen Errungenschaften Westeuropas anzueignen. Keines der drei Reiche besitzt ausreichende Widerstandskraft gegenüber einem Angriff einer europäischen Großmacht. Am deutlichsten tritt dies bei Persien in die Erscheinung. Wehrlos liegt das Reich infolge der von der russischen Diplomatie geschürten Revolution in Permanenz, die alle Kräfte des Landes verzehrt hat, zu den Füßen seiner Feinde. Schon heute ist Persien kaum mehr als ein russisches Protektorat. Freilich darf man sich nicht einbilden, daß die Vorherrschaft Rußlands in Persien gewissermaßen über Nacht eingetreten ist. Auf persisches Gebiet führt die russische Eroberungspolitik bis auf Peter den Großen zurück. Was jetzt in Persien geschieht, ist lediglich die Konsequenz einer 200 Jahre umfassenden historischen Entwicklung. Das Rußland Nikolaus' II. bringt lediglich mit modernen Mitteln das zum Abschluß, was das Petrinische Rußland in Angriff nahm.

Kurz zusammengefaßt, stellt sich die russische Eroberung Persiens wie folgt dar: Die wilde Anarchie, in die das persische Reich 1722 durch den Aufstand der Afghanen verfiel, bestimmte Peter den Großen ein Heer nach Persien zu schicken. 3 persische Provinzen am Kaspischen Meer: Gilan, Masenderan und Astrabad, die fruchtbarsten des Reichs, wurden im selben Jahr von den Russen annektiert. 12 Jahre lang währte dort ihre Herrschaft, bis sie 1735 von Nadir Schah, einem zum Monarchen avancierten Räuberhauptmann, der im blutigen Bürgerkrieg sich ganz Persien unterwarf, vertrieben wurden. Dieser Mißerfolg führte zu einer halbhundertjährigen Ruhepause. Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts nimmt Katharina II. das Werk Peters des Großen wieder auf. Ihr Heer wendet sich 1796 gegen Persien und erobert die unter persischer Oberhoheit stehenden Gebiete an der Westküste des Kaspischen Meers. Dieser zweite russische Erobererzug gegen Persien fand aber bald durch den Tod der Kaiserin ein Ende. Aber schon 1801 überzieht ihr Nachfolger Paul I. den Schah Feth Ali mit Krieg. Sein gewaltsamer Tod, der zu einem Frontwechsel der europäischen Politik Rußlands führte, bleibt auf Persien ohne Einfluß. Alexander I. besetzt das von den Persern unterworfenen Georgien und macht dieses Gebiet 1802 zu einer russischen Provinz. Unaufhaltsam erstreckt nun das Zarenreich sein Imperium über die persischen Grenzdistrikte. In dem Jahrzehnt 1804 bis 1813 werden die persischen Provinzen Gandscha, Schirwan, Lenkoran und Karabagh erobert. Ein von den Persern 1826 unternommener Versuch die an Rußland verlorenen Gebiete zurückzugewinnen endet mit einem völligen Mißerfolg. Grausam wird der Aufstand

der Perser in den eroberten Provinzen unterdrückt; siegreich überschreitet das russische Heer den Araxes und dringt bis Täbris vor, das 1827 von den Russen besetzt wird. Im Frieden von Turknantschei /1828/ mußte Persien die Provinzen Eriwan und Nachitschewan an Rußland abtreten. Wichtiger als dieser Gebietszuwachs war für die russische Diplomatie der Zuwachs an Einfluß in Persien, den dieser Krieg ihr verschafft hatte. Lockend eröffnete sich der russischen Politik die verführerische Aussicht auf dem Landweg über Persien den Indischen Ozean zu erreichen. Erschreckt durch die Erfolge der russischen Waffen, spannt jetzt aber England seine Kräfte aufs äußerste an, um die Moskowiter von den indischen Gewässern fernzuhalten. Es beginnt nun jene bis zum Ende des 19. Jahrhunderts reichende Epoche, in der der russische Rubel dem britischen Sovereign in Teheran den Rang streitig zu machen sucht. Zweimal hetzt Rußland die Perser auf Herat, um dieses Bollwerk auf der Straße nach Britisch Indien dem russischen Einfluß zu erschließen. Ende der vierziger Jahre ist der Einfluß der russischen Partei in Teheran bereits so erstarkt, daß Rußland ohne Schwertstreich die persischen Häfen Rescht und Astrabad zu strategischen und kommerziellen Zwecken ausgeliefert erhält, wodurch das Kaspische Meer in einen russischen Binnensee verwandelt wird. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts gehen die staatlichen Hoheitsrechte Persiens allmählich auf Rußland über. 1900 und 1901 besorgt Rußland der persischen Regierung eine Anleihe von etwa 72 Millionen Mark und verpflichtet Persien bis zu ihrer Amortisation keine anderen Anleihen in anderen Ländern aufzunehmen. Als Gegenleistung kommen sämtliche Zölle, mit Ausnahme der des Persischen Golfs, unter russische Kontrolle. Gleichzeitig verzichtet Persien bis 1910 auf sein staatliches Hoheitsrecht Eisenbahnen zu bauen. Dagegen baut Rußland in Nordpersien große Chausseen zu kommerziellen und strategischen Zwecken, die von russischen Truppen bewacht werden. Dank diesen russischen Chausseen wird die Konkurrenz Manchesters in Nordpersien ausgeschaltet, und der persische Exporthandel über Rußland geleitet. Über die Rolle, die der russische Rubel bei der persischen Revolution spielte, sind wir schlecht unterrichtet. Immerhin ist so viel klar, daß es das eifrige Bestreben der russischen Sachwalter in Teheran war diese in Permanenz zu erhalten. Die tatsächliche Anarchie, die eine Folge dieser Dauerrevolution war, gestattete Rußland die wichtigsten Städte des nördlichen Persiens militärisch zu besetzen. Wie die Finanzen und der Verkehr Persiens so befindet sich auch die bewaffnete Macht zurzeit unter russischer Kontrolle, da die Gendarmendienste verrichtenden persischen Kosaken, die erst neuerdings wieder um 700 Mann verstärkt worden sind, ebenfalls unter dem Kommando russischer Offiziere stehen. Nachdem die Reform der persischen Finanzen durch den Engländer Morgan Shuster an dem Widerspruch Rußlands gescheitert ist, befinden sich die wichtigsten Hoheitsrechte unangefochten in den Händen der zarischen Regierung. Daran ändert auch der russisch-englische Vertrag von 1907 nichts, der Persien in eine russische Einflußzone im Norden, eine englische im Süden und eine dazwischen liegende neutrale teilt. Tatsächlich erstrecken sich die finanziellen, militärischen und polizeilichen Machtbefugnisse des Zarenreichs weit über die russische Einflußsphäre hinaus. Rußland ist Persien gegenüber die befehlende Schutzmacht, die die heimische Staatsgewalt, nachdem sie sie der wichtigsten Hoheitsrechte entkleidet, vorläufig aufrecht erhält, um den Bewohnern den Übergang in die neuen Verhältnisse zu erleichtern. Ob die einheimische Regierung sich absolutistisch oder parlamentarisch

gibt, ist dabei von geringer Bedeutung, da die Vertreter Rußlands immer weitere staatliche Befugnisse für sich in Anspruch nehmen und der persischen Staatsgewalt nur untergeordnete Rechte übrig lassen. Rußland behandelt Persien heute nach den selben Grundsätzen, wie England seine Schutzstaaten in Indien, die ganz allmählich ihrer staatlichen Existenz verlustig gingen.

Von Kaukasien aus dringt Rußland heute aber nicht nur in Persien vor sondern sucht auch in **Türkisch Armenien** Einfluß zu gewinnen. Auch hier gilt, sein Vordringen dem Indischen Ozean. Wie im Osten Kaukasiens sich das zarische Imperium auf Kosten des persischen Reichs unaufhaltsam ausdehnte, so im Westen auf Kosten des türkischen. Anderthalb Jahrhunderte sind vergangen, seit die ersten Russen kaukasisches Gebiet betraten. Den Weg dorthin eröffnete ihnen Katharina II., die ihre Truppen bis an die Tore Konstantinopels führte. 1774 fiel das nördliche Kaukasien an Rußland. Im unermüdlichen Kampf gegen die kaukasischen Völkerschaften schiebt Rußland sein Imperium gegen **Türkisch Armenien** vor. Von 1803 bis 1824 werden die kaukasischen Gebiete Mingrelien, Imeretien und Abchasien Rußland einverleibt. Da bricht 1828 der zweite türkische Krieg aus. Paskewitsch erstürmt die armenische Festung Kars und schlägt den Feind bei Achalzych. Siegreich dringen die Russen bis Erserum vor, das ihnen 1828 in die Hände fällt. Freilich mußten sie in der Folge das eroberte Land wieder räumen und sich mit dem Erwerb der Küste des Schwarzen Meers vom Asowschen Meer bis Sankt Nikolaja begnügen. Abermals neuen Gebietszuwachs auf Kosten der Türkei bringt den Russen der dritte türkische Krieg, der 1877 ausbricht. Wieder wird die armenische Festung Kars mit stürmender Hand genommen. Durch die Einverleibung des nördlichen Teils von **Türkisch Armenien** mit den Städten Kars, Ardahan und Batum war der Weg betreten, der den russischen Doppeladler über Armenien, Kurdistan und Mesopotamien an den Persischen Golf führen soll. Auf diesem historischen Hintergrund gewinnen die Nachrichten, daß Rußland seine kaukasischen Truppen mobilisiert, erst die richtige Bedeutung. Zunächst wird freilich die zarische Diplomatie nach persischem Muster dafür Sorge tragen, daß auch im osmanischen Reich ihr die Revolution in Permanenz (für die der albanische Aufstand bereits einen vielversprechenden Auftakt bildete) den Weg ebnet. Erst wenn die Widerstandskraft der Türkei durch die inneren Wirren gebrochen ist, wird die klug abwartende russische Diplomatie aus ihrer Reserve heraustreten.

Wenden wir uns jetzt dem **chinesischen Reich** zu, das mehr als ein Fünftel der ganzen Bevölkerung der Erde umfaßt, so sehen wir, wie auch hier der russische Imperialismus die ungeheure Gunst der Lage geschickt auszunutzen versteht. Vom Westen und Norden aus bedroht heute russische Eroberungslust das chinesische Reich. Im Westen ist es **Chinesisch Turkestan**, dessen Eroberung Rußland durch die Besetzung von Kuldcha, das von 1871 bis 1881 schon einmal der russischen Staatshoheit unterstand, langsam vorbereitet. Sowohl das russische wie das chinesische Turkestan war ursprünglich ein Teil des gewaltigen Mongolenreichs, das Timur im 15. Jahrhundert in Kämpfen voll wilder Grausamkeit gegründet hatte. Nach dem Tod Timurs /1405/ zersplitterte sich Turkestan in viele kleine Gebiete und war jahrhundertlang der Tummelplatz räuberischer Nomadenscharen, bis schließlich in **Ostturkestan** das **chinesische** und in **Westturkestan** das russische Imperium für asiatische Begriffe leidlich geordnete Zustände schuf. Die russischen Eroberungen

in Westturkestan, die mit dem Namen des Generals von Kauffmann aufs engste verknüpft sind, vollzogen sich zunächst auf Kosten der kleinen selbständigen Fürsten. Sie erregten im industriellen Moskau um so größern Jubel als sie ein weites, wirtschaftlich sicheres und politisch gefahrloses Absatzgebiet der russischen Industrie erschlossen. 1868 geriet der Emir von Buchara unter russische Oberhoheit, 5 Jahre später ereilt den Chan von Chiwa das gleiche Schicksal, 1884 unterwarfen sich die Turkmenen von Merw, 1891 wird das Pamirgebiet besetzt, und 1871 erfolgte der erste Zusammenstoß mit den Chinesen, die schon 100 Jahre früher Ostturkestan ihrem Imperium unterworfen hatten. Geschickt nutzten die Russen die Empörung des unter chinesischer Oberhoheit stehenden Chans von Kaschgar dazu aus, um Kuldtscha zu besetzen, das sie freilich 1882 an China wieder zurückgaben. Seit dieser Zeit betrachtet Rußland jedoch das ganze chinesische Turkestan als seine natürliche Einflußsphäre, und sein erneutes Vordringen nach Kuldtscha zeigt, daß es die Zeit zur Ernte gekommen sieht. Wie in Chinesisch Turkestan so ist auch in der Mongolei Rußland heute zu territorialen Expansionsbestrebungen entschlossen. Die Gebiete, die das Zarenreich dem chinesischen zu entziehen gedenkt, sind etwa 10mal so groß wie das Deutsche Reich, reich an prächtigen Feldern und Naturschätzen. Auch hier erfordert das Verständnis der russischen Politik eine Bloßlegung der historischen Triebkräfte. Auf den weiten, fast menschenleeren Gebieten, wo heute im Norden die chinesischen Nebenländer die ostsibirischen Territorien berühren, stieß die russische Eroberungslust Jahrhunderte hindurch auf keinen Mitbewerber. Unaufhaltsam konnte sich das Zarenreich bis zum Stillen Ozean ausdehnen, ohne irgendeinen Konflikt heraufzubeschwören. Wer hätte auch Rußland um Gebiete beneiden sollen, die nur als Verbrecherkolonien verwertbar schienen? Es verdient in diesem Zusammenhang hervorgehoben zu werden, daß das östliche Sibirien nicht von der Staatsgewalt sondern auf eigene Faust von Kosaken erobert und zum Teil gegen den Willen der Regierung seit dem 17. Jahrhundert von Russen besiedelt wurde.<sup>1)</sup> Hier im Osten ist die russische Eroberungspolitik auch sehr jungen Datums. Sie geht nur bis 1849 zurück, in welchem Jahr zum erstenmal russische Kriegsschiffe vor der Amurmündung erschienen. 5 Jahre später erfolgte der erste bewaffnete Vorstoß von Nertschinsk aus gegen das chinesische Amurgebiet, der aber bei den Chinesen keinen Widerstand auslöste. In aller Freundschaft fand eine Grenzregulierung statt, die das ganze Gebiet am linken Ufer des obern und mittlern sowie beide Ufer des untern Amur von der Mündung des Ussuri an den Russen überließ. Für das weitere Vordringen Rußlands auf chinesischem Gebiet gab der Sieg Japans über China den Anstoß. Als die Japaner die chinesische Armee niedergeworfen hatten, drangen die Russen in die Mandschurei. 1896 mußte ihnen China Zollerleichterungen für ihre Industrieprodukte einräumen, und der im selben Jahr abgeschlossene Eisenbahnvertrag gab Rußland das Recht die Mandschurei mit einem Netz von Eisenbahnen zu überziehen. Als 1901 der mandschurisch-sibirische Bahnbau vollendet war, stand Rußland in Ostasien auf dem Gipfel seiner Macht. Rußland war durch seine kontinentale Politik die vorherrschende Macht in Asien geworden. Überraschend schnell war in Erfüllung gegangen, was Stanley, der große koloniale Sachkenner, seinen Landsleuten vorausgesagt hatte. Was nutzt euch Wei-hai-wei, rief Stanley voll patriotischer Erregung

<sup>1)</sup> Über die Besiedelung Sibiriens siehe den interessanten Artikel Schippels *Sibirien als Siedlungskolonie* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 914 ff.

aus, wenn Peking die Endstation der Eisenbahn von Sankt Petersburg ist? Mit Schiffen und Landungstruppen seid ihr nicht imstande die Chinesen vor den russischen Zumutungen zu schützen, und von Peking ist die Eisenbahn leichter und schneller bis Hongkong durchgeführt als sie von Moskau bis Port Arthur zu bauen war. Denkt daran, daß, wenn Rußland vermöge seiner Eisenbahnanschlüsse erst China unterworfen hat, das britische Asien bald nachfolgen muß.

Die Gefahren, die Stanley zum Beginn des 20. Jahrhunderts für das britische Asien drohend am Zukunftshorizont emporsteigen sah, hatten die englischen Staatsmänner schon lange beunruhigt. Schon vor der Fertigstellung der sibirisch-mandschurischen Bahn waren die englischen Diplomaten bemüht gewesen zwischen Britisch Asien und Russisch Asien *deutsche Puffer* einzuschieben. Diesem Zweck diente zum Beispiel das Yangtseabkommen zwischen England und Deutschland. Will man den Wert, den Deutschland als Puffer für England in Ostasien erlangen konnte, recht verstehen, so darf man nicht an die deutschen Schiffe und Landungstruppen in Ostasien denken. Für diese galt das, was Stanley von der englischen Wehrmacht in Ostasien gesagt hatte: daß man nämlich mit Schiffen und Landungstruppen den russischen Vormarsch nach Peking nicht aufhalten könne. Im Gegensatz zu England konnte aber Deutschland dem Zarenreich gegenüber seine asiatischen Interessen durch einen Einfall in das europäische Rußland zur Geltung bringen. Hierin lag für England der Wert Deutschlands als Puffer zwischen sich und Rußland in Ostasien. Da nun aber Deutschland von der russischen Politik nicht loszueisen war, was seine Weigerung das Abkommen über die Aufrechterhaltung des territorialen Besitzstands in Ostasien auch auf die Mandschurei auszudehnen klar erkennen ließ, so entschloß sich die britische Regierung ein anderes Eisen ins ostasiatische Feuer zu legen. Trotz der Bedenken, die sich einem Bündnis mit einer ostasiatischen Macht entgegenstellten, schloß England am 30. Januar 1902 mit Japan ein gegen Rußland gerichtetes Defensivbündnis. Nun hatte England einen *Degen* in Asien gegen die allrussische asiatische Hegemonie. Zu Hilfe kam dem britischen Imperialismus dabei der Umstand, daß der Anspruch Rußlands auf Vorherrschaft und der Anspruch Japans auf Gleichberechtigung in der Tat unversöhnlich waren. Dieser Gegensatz drängte zu einem Krieg und konnte nur durch einen Krieg entschieden werden. Nach Japans Sieg über Rußland ging eine tiefe Bewegung durch die asiatischen Reiche. Die Revolution in Persien kündete das Erwachen der Demokratie in Asien an. Nach dem kläglichen Ende der persischen Revolution und dem Zusammenbruch der jungtürkischen Herrschaft unter dem Ansturm der albanischen Insurgenten wird man aber trotz des Sturzes der Mandschudynastie die asiatische Demokratie als einen Faktor gegen den Vormarsch des russischen Imperiums in Asien kaum mehr in Rechnung stellen können. Auf der andern Seite eröffnet das Abkommen Rußlands mit Japan neue Perspektiven. Englands *Degen* gegen die russische Eroberungspolitik ist damit schartig geworden, und zwar in einem Augenblick, wo drei asiatische Reiche durch das Dunkel innerer Wirren und durch die stürmische See erregter Leidenschaften ihrem Untergang entgegensteuern.

In mancher Hinsicht ist zurzeit Englands Lage in Asien Rußland gegenüber ähnlich der, die zu Beginn des Jahrhunderts bestand. Die erregte Beurteilung, die das transpersische Bahnprojekt im englischen Oberhaus erfuhr, er-

innert vielfach an die Warnungsrufe Stanleys vor der Fertigstellung der sibirisch-mandschurischen Bahn. Doch diesmal scheinen die englischen Staatsmänner die russische Gefahr weniger ernst anzusehen und nur dafür sorgen zu wollen, daß Deutschland bei der Aufteilung der asiatischen Reiche leer ausgeht. Mit dazu trägt freilich der Umstand bei, daß heute Japan als gleichberechtigte Macht neben Rußland steht. Es ist jedoch nicht recht einzusehen, was England dabei gewinnen sollte, wenn Rußland und Japan gemeinsam die chinesischen Nebenländer an sich reißen und über das eigentliche China ihr Protektorat errichten. Die Schutzherrschaft über Arabien, die England bestenfalls gewinnen kann, ist wohl kaum als ein genügendes Äquivalent für den Verlust seiner Position in Persien und die Bedrohung seines indischen Besitzes durch Rußland anzusehen.

Kein Zweifel: Nicht mehr in Afrika sondern in Asien erheben sich die imperialistischen Vulkane, die Europa mit glühenden Lavaströmen zu überziehen drohen. Bei der Abwendung der von dort drohenden Gefahren sollte sich die deutsche Sozialdemokratie nicht auf die Annahme wirkungsloser Protestresolutionen beschränken sondern Richtlinien einer Politik zu gewinnen suchen, die zugleich dem industriellen Ausfuhrbedürfnis Deutschlands und der kulturellen Hebung der asiatischen Völker dient.

XX

## KASPAR SCHMIDT · DIE SOZIALDEMOKRATIE UND DIE POLITIK IN BAYERN



IT dem 11. Parteitag der bayrischen Sozialdemokratie, der vom 3. bis zum 5. August in Landshut stattfand, konnte die Partei das 20jährige Jubiläum der Beteiligung an der bayrischen Landespolitik feiern. In der Geschichte eines Volks sind 20 Jahre eine sehr kurze Spanne Zeit. Um so mehr fallen die Erfolge, die die bayrische Sozialdemokratie seit ihrem ersten Parteitag in Regensburg im Juni 1892 zu verzeichnen hat, ins Gewicht, und sie machen es jedermann deutlich, daß die sozialdemokratischen Bestrebungen mehr darstellen als eine »Volkskrankheit«, wie der Minister Freiherr von Hertling meinte, daß sie auch weder durch Gewaltmittel noch durch Intrigen aufgehalten, geschweige denn unterdrückt werden können. Wie bescheiden nehmen sich heute die 67 Delegierten des Regensburger Parteitags gegenüber den rund 190 Delegierten in Landshut aus und die 16 Seiten Text des Regensburger Verhandlungsprotokolls gegenüber den 158 des vorigen. Fortschritt auf allen Seiten: in der Zahl der Abgeordneten sowohl als auch in der Zahl der sozialistischen Wähler: 1893, bei der ersten Landtagswahl, an der sich die bayrische Sozialdemokratie mit Erfolg beteiligte, 125 952 Stimmen und 5 sozialdemokratische Abgeordnete, 1912 dagegen 331 503 Stimmen und 30 Abgeordnete. In Regensburg rüstete seinerzeit die Partei zum Kampf, um sich den Eintritt in das Landesparlament zu erzwingen. Dieser war gegen die beiden großen Parteien, Zentrum und Liberale, gerichtet, die beide bestrebt waren die Sozialdemokratie vom Landtag fernzuhalten und die eine Stütze in dem damaligen indirekten Wahlsystem besaßen, das auf der Volkszählung von 1875 fußte. Unsere Genossen gaben sich daher keiner großen Hoffnung hin. Sprach doch sogar der unentwegte alte Kämpfer Gabriel Löwenstein in seinem Referat die Ansicht aus: »Eine größere Anzahl von Vertretern in den Landtag zu bringen ist allerdings nicht möglich. Darum



handelt es sich auch nicht. Hauptsächlich ist es uns darum zu tun im bayrischen Landtag zum Wort zu gelangen.« Und tatsächlich brachte es die Partei unter dem alten Gesetz das erste Mal nur auf 5, das zweite Mal auf 11 und das dritte Mal auf 12 Vertreter.

Seit ihrer Beteiligung an den Landtagswahlen erachtete es die Sozialdemokratie für ihre Hauptaufgabe das alte unzeitgemäße Wahlgesetz durch ein modernes, gleiches und geheimes zu ersetzen. Bei ihrem ersten Wahlgesetzentwurf, gleich nach ihrem Eintritt in die Kammer im Jahr 1893, erklärten sich sowohl die Liberalen als auch das Zentrum gegen eine Änderung des geltenden Wahlgesetzes, und es bedurfte jahrelangen unermüdlichen und zähen Ringens, bis ein greifbarer Erfolg erzielt wurde. Die ausdauernde und geschickte Agitation und Propaganda der Sozialdemokratie zwang schließlich das Zentrum als erste größere Partei den Widerstand gegen das veraltete Wahlgesetz aufzugeben, während die Liberalen noch auf ihrem frühern Standpunkt stehen blieben und den ersten Entwurf ablehnten. Die Folge dieser neuen veränderten Situation war das bekannte taktische Zusammengehen der Sozialdemokratie mit dem Zentrum bei den Landtagswahlen von 1905, das darauf hinausging eine Zweidrittelmehrheit für ein neues Wahlrecht zusammenzubringen. Das war ein neues, ungewohntes Vorgehen, das aber, besonders in Bayern selbst, richtig verstanden, unter den gegebenen Umständen für notwendig erkannt und dementsprechend gewürdigt wurde. Gewiß fehlte es nicht an Stimmen, die sich dagegen wandten und schädliche Folgen für die Sozialdemokratie prophezeiten. Meines Wissens ist von diesen Prophezeiungen nichts eingetroffen, auch eine Schädigung der sozialdemokratischen Partei infolge dieser angeblich zur Vermumpfung führenden und die klaren Ziele und Bestrebungen der Sozialdemokratie verwässernden Kompromißpolitik ist nicht bemerkt worden. Im Gegenteil hat sich die Wahlbeteiligung unserer Parteikreise unter dem neuen Gesetz sehr gehoben, obwohl es nicht allen Grundsätzen des Parteiprogramms entspricht und nur durch ein wahltaktisches Zusammengehen mit dem Zentrum zustande kam.

Auf dem diesjährigen bayrischen Parteitag spielte wieder das Zusammengehen der Sozialdemokratie mit einer bürgerlichen Partei die Hauptrolle in der Diskussion, nämlich das Wahlabkommen mit den Liberalen und den beiden Bauernbundorganisationen zum Zweck der Schwächung des Zentrums. Auch dieses verdankt seine Entstehung ganz besonderen Umständen und war durch das provokatorische Verhalten des Zentrums gegen die Sozialdemokratie und die Auflösung des bayrischen Landtags veranlaßt worden.<sup>1)</sup> Es war nach Lage der Dinge ebenso notwendig und geboten wie das damalige zur Erlangung eines modernen Wahlrechts und stand ihm an Wichtigkeit kaum nach. Es wurde durch den Selbsterhaltungstrieb der Sozialdemokratie erheischt: handelte es sich doch um Beseitigung der ultramontanen Mehrheit mit ihrem beispiellosen Denunziations- und Bevormundungssystem, um die Sicherung des Koalitionsrechts, die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten, besonders der Beamteten. Alles dies stand auf dem Spiel, wenn es nicht gelang dem Zentrum, das immer mehr bestrebt ist Bayern zu einer römischen Provinz zu machen, Verluste beizubringen. Hierzu bot aber das Wahlabkommen mit

<sup>1)</sup> Siehe Timm *Die Bedeutung der bayrischen Landtagswahlen 1912 und Nach den bayrischen Landtagswahlen 1912*, ferner meinen Artikel *Hat sich das Wahlabkommen bei den bayrischen Landtagswahlen bewährt?* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 1. Band, pag. 84 ff., 215 ff. und 481 ff.

anderen Parteien die einzige Möglichkeit. Wenn das Ziel das Übergewicht des Zentrums zu beseitigen trotzdem nicht ganz erreicht ist, so lag das daran, daß die Zentrumspartei die Machtmittel des Staates vorwiegend in der Hand hat, und das gegenwärtige Wahlgesetz dem Zentrum besonders zugute kommt. Wenn unter diesen Umständen die Zentrumsmehrheit beim ersten gemeinsamen Ansturm bis auf 6 heruntersank, so ist das ein nicht hoch genug zu bewertender Erfolg. Geschadet hat der Sozialdemokratie das gemeinsame Vorgehen nicht, der Gewinn von 9 Mandaten hat aber ihre Macht nicht unwesentlich gestärkt. Das war auch die Meinung der übergroßen Mehrheit des Landshuter Parteitags, der das Wahlabkommen billigte. Nur 17 von 187 Stimmen waren dagegen.

Damit dokumentierte der Parteitag, daß die heutige Sozialdemokratie über die *großen Ideen* des Handwerksburschenkommunismus aus den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hinaus, und daß die Katastrophentheorie überwunden ist, die den Gedankengang sozialdemokratischer Neulinge so leicht beherrscht, und die man neuerdings wieder in die Partei einzuschmuggeln versucht. Die Sozialdemokratie begnügt sich heute nicht mehr mit bloßer *Propagierung* der sozialistischen Ideen in den Parlamenten; sie ist schon längst dazu übergegangen diese so weit wie möglich zu *verwirklichen*. Negationspolitik zu treiben ist ihre Sache nicht mehr. Sobald sie dazu imstande war, hat sie sich rege an positiver Arbeit in den Parlamenten beteiligt. Und je mehr ihre Macht und ihr Einfluß auf Grund vermehrter Mandate wächst, desto mehr wächst auch ihre positive Mitarbeit in den Parlamenten. Herauszuholen, was an Vorteilen für die Arbeiter in politischer, wirtschaftlicher und geistiger Beziehung herauszuholen ist, muß die Losung der Partei sein. Wenn wir dabei die Hilfe bürgerlicher Parteien in Anspruch nehmen müssen, so ist das wirklich nicht so schlimm. Und wenn durch die Beteiligung am Präsidium unter Übernahme der damit zusammenhängenden Verpflichtungen noch mehr Erfolge zu erzielen sind, so dürfen wir auch da nicht versagen. Die Mehrzahl der Parteigenossen versteht dies und stimmt dem zu, wenn es auch einigen *Prinzipienfesten* nicht in ihre Schablone paßt. Der Landshuter Parteitag hat recht gehandelt, als er so entschied.

Die bayrische Sozialdemokratie sieht sich einer Reihe gesetzgeberischer Aktionen gegenüber, zu denen sie naturgemäß Stellung zu nehmen hat. So steht eine Änderung des Armen- und Heimatgesetzes, der Gemeindeordnung, des Gemeindebeamtengesetzes, des Lehrgesetzes usw. vor der Tür. Das eine oder das andere Gesetz wird bereits den nächsten Landtag beschäftigen, und es wäre Aufgabe des Parteitags gewesen sich zu diesen Fragen zu äußern. Aber die Erledigung der geschäftsmäßigen Organisations- sowie der brennendsten Tagesfragen ließ nicht mehr Zeit für weiterliegende Dinge übrig. Von vielen Seiten wurde eine Änderung der Organisationsgliederung verlangt; auch mußte die Beratung eines neuen Kommunalwahlprogramms, die von dem vorletzten Parteitag auf den diesjährigen verschoben worden war, wiederum von der Tagesordnung abgesetzt werden. Es wurde deshalb die Abhaltung eines außerordentlichen Parteitags für das nächste Jahr beschlossen.

Falsch wäre es auf diesem nur die territoriale Neueinteilung der Organisation zu behandeln, wie vielfach gewünscht wurde. Nebst der Änderung des Gemeindewahlprogramms und Beratung der in Aussicht stehenden Gesetzesänderungen harren noch weitere Probleme der Lösung. So ist beispielsweise in

der letzten Zeit die Agitation für Abschaffung der bayrischen Reichsratskammer, dieses sonderbaren Zerrbildes einer parlamentarischen Körperschaft, ganz von der Tagesordnung verschwunden. Es geht hier ähnlich wie mit der Änderung des preußischen Dreiklassenwahlrechts: Die Kräfte sind zersplittert, es erfolgt kein gemeinsamer Angriff; die eine Partei zieht dahin, die andere dorthin, die dritte wieder nach anderer Richtung. Das Zentrum ist gegenwärtig wahrscheinlich für unveränderte Beibehaltung der Institution, sonst für kleine Änderungen, die Liberalen für eine Reformierung, und die Sozialdemokratie für strikte Abschaffung des Oberhauses. Unter solchen Umständen geschieht überhaupt nichts, sondern alles bleibt beim alten. Da ist doch die Frage aufzurollen, ob hier nicht eine Änderung der Taktik vorzunehmen ist. Die Ansicht (die lange die Geister beherrschte) das preußische Dreiklassenhaus durch Nichtbeteiligung an den Wahlen von selbst unmöglich werden, es in sich verfaulen zu lassen ist schließlich als absurd aufgegeben worden. Das preußische Dreiklassenparlament verfault nicht. Ebenso wenig macht sich die bayrische Reichsratskammer von selbst unmöglich. In Landshut ist diese Frage gar nicht erwähnt worden. Es wäre daher wünschenswert, daß dies auf der Tagung im nächsten Jahr geschieht. Da diese in die landtagsfreie Zeit fällt, kann sie besser vorbereitet werden, und es könnte ihr dann auch etwas mehr Zeit zu ihrem eigentlichen Zweck, zur Behandlung der bayrischen Politik und ihrer Methoden, bleiben.

XX

## MAX SOKAL · VON ZIERKUNST UND ARBEIT



EUTE beginnt die Bohèmegebärde der Kunst, mit der ein Philisterium der Vergangenheit hätte verscheucht werden sollen, sich zu entzerren. Ein unbedingtes Eigenbewußtsein will ihr Klarheit schaffen, und es war auch an der Zeit. Die Fratze des Prinzips, die den Vertretern der gezügelten Ordnung zur Abschreckung entgegeng gehalten wurde, wurde schließlich zum bleibenden Ausdruck, und die Schablone der herzlich begrüßte Anlaß für die Popularisierung geistigen Elends. Während sich eine neue Abschichtung künstlerischer Sondertendenzen vollzog, waren die Masken einer abgelegten Garderobe an die große Öffentlichkeit verhandelt worden. Man fürchtete kunstunverständlich zu sein, wenn man die neue Pose nicht verteidigte, und man erblickte so in ihr den Ausdruck der Zeit. Während die künstlerische Arbeit neuem Gestalten nachsann, wurde die Schablone in den Massen entfesselt. Der *Stil* wurde zu einem Mittel der Volksbeglückung erhoben. Die Güter sind versagt; so sollten es die Linien tun.

Die hohe Kunst ist heute vielfach Besitzfolge und -mittel geworden. Die Massen, die um die Ruhe des Augenblicksminimums kämpfen, sind dem Bedürfnis entfremdet über den drückenden Tag hinaussehen zu wollen. Der Staat gibt dem Künstler die Unabhängigkeit nicht oder nur halb, und nur die langsame und mühsame Arbeit vereinzelter Bestrebungen versucht die Spalte zwischen Volksempfinden und Kunst zu schließen. Aber diese Arbeit ist schwer. Die Wandlungen des künstlerischen Ausdrucks, die ein so großes Getöse im Kreis der um jeden Preis Beteiligten auslösen, daß der naive Erstlingsblick ein geistiges Bedürfnis zu spüren glaubt, während wenig anderes die Feder zu den Worten treibt als die Pein nicht geistreich genug zu sein, werden ein Zeitvertreib für eine kunstbesorgte Minorität. Der Abfall wird dann dem

Volk gependet. Während die Feinschmecker der Linie und der Farbe in kritischen Genüssen schwelgen und über neue Formulierungen ihrer inneren Erlebnisse brüten, wandern die Mißgeburten ihrer nutzlosen Freiheit in ungezählter Vervielfachung in die ohnmächtige Öffentlichkeit.

Ein aufmerksamer Gang durch eine Arbeitsstadt von heute gibt diesen Abstraktionen Wahrheit und Wirklichkeit. Der Blick kann über all diese in sinnlosen Formen erstarrte Lächerlichkeit nicht hinwegkommen. Reihe an Reihe starren trostlos und grundlos verunstaltete Fassaden auf einen zwecklosen Weg. Wie wenig Freude in diesen erstarrten Formen. Niemand will die nackte Wahrheit sagen, daß für die Sträflinge der städtischen Massenberufe nichts da sei, um ihr Dasein zu heben, und so lügt die Schablone ein Mehr vor, als ob dieses Mehr ein Wunsch und nicht bloß eine hingeworfene Verächtlichkeit wäre. Indes, glücklich schon der, über dessen Haupt sich auch nur ein verunstaltetes Dach schließt. Der Müde denkt nicht an Lüge und an den Betrug der Augen. Die Obdachlosigkeit wohnt weit und breit, während in der City eifrig an den kunstgerechten Auswüchsen der neuesten Ornamentik gearbeitet wird, und alle Arbeitskraft bei Putz und Schmuck gefesselt bleibt.

Die Zweckkunst, wie man das betastende Spiel mit dem künstlerischen Ausdruck heute nennt, und das Kunstgewerbe unterliegen in ihrer Verwendung der freien Disposition des Besitzes, wie jede andere Produktion. Man spreche also ja nicht von einer Freiheit dieser Arbeitsart. Unfrei wie jede Arbeit ist auch sie. Ihre Erlösung von dem Wüten des Klischees ist eine Reinlichkeits-sache, ihre Ökonomisierung eine Notwendigkeit.

Es ist müßig Worte über die Ertötung des Lebens durch die Schablone zu verlieren. Der flüchtige Blick, der an Erdachtem hängend ohne Besinnen über die Bilder der Straßen hingeleitet, fühlt die groben Angriffe auf sein Auge vielleicht nicht so unmittelbar, aber auch er verfängt sich zuweilen in eine Schlangenlinie, die den Triumph des Geistes über die Materie darstellen soll, oder er wird von den längst erstarrten Formen unbewußt bedrückt. Diese Verquickung von *künstlerisch* genannter Zierarbeit mit den Gebrauchsgegenständen des täglichen Lebens ist nichts als ein Mangel an Sachlichkeit. Die Forderungen des Lebens werden nicht erfüllt, aber sie werden mit spielerischen Farcen umschlängelt. Die Nebensächlichkeit wird zur Aufgabe, und diese zur Begleiterscheinung. Die Sorge um äußere Zutaten ersetzt die Zweckbefriedigung. Bei solcherlei Verfahren hat man immer an einander Rückhalt. Der Alltag, der seine Vervollkommnung in der Verplattung des Außergewöhnlichen sucht und findet, entreißt der Kunst den ihr jeweils besondern Ausdruck, oder was er sonst dafür ansieht, und versucht sich mit den ihm fremden Resten so herzurichten, daß man sehe, es gehe ihm nichts ab. Die Häuser sind schlecht, aber sie sind verziert. Wenn das Äußere eines Hauses nichts weiter sagt als Fenster, Tor und Dach, hat kein Blick Grund haften zu bleiben und ist frei. An Gebrauchsgegenständen (und das Haus ist ein solcher) muß man vorbeisehen können, nicht sie ansehen müssen. Die anmaßende Hohlheit findet sich in ihren Dingen wieder. Jeder Tisch muß eine Art *Individualität* haben, sonst steht er nicht. Die Dinge ringeln sich in der selbstgefälligen Art ihrer Schöpfer in sich zusammen.

In Wien ist jetzt mit dem Sieg eines Neuerers ein Kampf beschlossen worden, der mehr als anderthalb Jahre um die *glatte Fassade* eines Hauses tobte.

Aber die durch das Wiener Ästhetentum beeinflusste Öffentlichkeit sieht und bekämpft oder verteidigt nur die Fassade dieses Hauses, aber nicht die prinzipielle Bedeutung der Frage. Eine kleine Gruppe der Bevölkerung hat die unmittelbare Bedeutung der Frage allerdings erkannt, das waren die sogenannten *Stukkaturer*, und ihre Beschwerden bewirkten, wie es hieß, die feindselige Haltung der städtischen Behörden gegen die allzuglatte Fassade.

Der Architekt Adolf Loos, der dieses Haus gegenüber der Hofburg baute, hat eine arge Zeit hinter sich, und er hat einen großen Erfolg errungen, wenn man bedenkt, daß er die glatte Fassade behauptet und die niederträchtige Art, mit der in Wien hinterrücks und um die Ecke herum gestritten wird, überwunden hat. Die Fassade seines Hauses, dessen Unterteil marmorbekleidete Geschäftsräume birgt, ist im obern Wohnteil ganz glatt und ohne jede Verzierung. In einem Vortrag, den der Architekt in einem der größten Wiener Säle vor einem dichtgedrängten Auditorium hielt, erzählte er von der Geschichte seiner Qualen und von der widerspruchsvollen, planlosen Haltung der Behörden gleichwie der Öffentlichkeit. Er erinnerte an die vergessene Selbstverständlichkeit, daß die Bauordnung, die man dazu benutzt hatte, um ihm Schwierigkeiten zu machen, wie alle Bauordnungen seit jeher keinen andern Sinn hatte als der Geschmacklosigkeit, nicht aber den der Schmucklosigkeit zu wehren, und daß sie nur der Protzerei steuern sollten, gerade wie die ehemaligen Kleiderordnungen. Schließlich überstand Loos die Kampagne gegen das Haus, die von der Presse und dem Publikum sehr kriegerisch geführt wurde, dank seiner unerschütterlichen Hartnäckigkeit so ehrenvoll, daß die ziellose Übertreibungswut verstummen mußte, und nunmehr die offizielle Öffentlichkeit das Haus in Schutz nimmt. Jetzt steht dieses Haus unberührt auf einem der ersten Plätze Wiens. Es hat den ästhetischen Zungenkampf überstanden. Aber die bedeutungsvollere Seite des Problems ist dem Publikum entschlüpft worden, und niemand hat es eine grobe Entstellung genannt, daß diese neue Architektur auf den Tummelplatz ästhetischer Spitzfindigkeiten verwiesen wurde, da doch ihre besondere Bedeutung in dem Kampf gegen eine nutzlose, geisterstickende Arbeit liegt.

Man begreift nicht, wie der Öffentlichkeit das klar gesetzte Wort von Adolf Loos unterschlagen werden konnte, das den Ausgangspunkt seiner Bauweise bildet: *Ornament und Verbrechen*. Unter diesem Titel hat Loos in mehreren Städten einen Vortrag gehalten, in dem die Anhaltung zur ornamentierten Arbeit ein Verbrechen genannt wird. Dieser scharfen Fassung wird sofort der Einwand von der schwierigen Definition des *Ornaments* entgegengesetzt werden. Die Ausartung des *Ornaments* und die *Ausschmückung* von Gebrauchsdingen ist aber so arg, so leicht zu beobachten und auch so weitverbreitet, daß der Kampf noch viel niederrungen hat, bis er an die Grenzen kommt. Mangelt es hier an einer kunstgerechten Definition, so wird trotzdem jeder begreifen, worum es geht, und die es am besten begreifen, werden keine Definition gelten lassen. Es geht darum, ob jede Arbeit getan werden muß, wenn sie bezahlt wird, und ob geisttötende Arbeit erhaltenswert ist. Es geht darum, daß zwei glatte Häuser besser sind, wenn man die Häuser braucht, als ein kostbar geschmücktes und teuer aufgeputztes. Es geht darum, daß, ehe das Besteck den Tisch verschönt, der Tisch anderer, wenn auch ungedeckt, Speisen tragen muß. Es geht um die Planlosigkeit der Arbeit in einer Gesellschaft, die ihre Kulturhöhe allein an der Bezwingung der Materie (oder auch

an ihrer Mißhandlung) mißt und Menschen geringer achtet denn je. Erkannten Wahrheiten zum Trotz und unter der bewährten Führung der Indolenz wandelt die Gegenwart alle alten Wege. Die Freiheit der Wenigen ist die Knechtschaft der Vielen. Kein Unternehmen wird eine Ausgabe wagen, ehe es nicht die Lebensbedürfnisse unmittelbarer Art stillen kann. Gleichwohl treiben alle Gemeinschaften im Rahmen ihrer Einrichtungen allen möglichen Aufwand unter allen möglichen unsinnigen Vorwänden, ehe ihre Mitglieder überhaupt nur leben können. Aber wenn nicht die Not die Menschen einander nahe bringt, verspüren sie sehr wenig von dem ihnen vermeintlich oft genug verdeutlichten Empfinden für Mitmenschen. Die offenbarsten Notwendigkeiten des Lebens werden den Wehrlosen verweigert, und die Arbeitskräfte, die sie ihnen schaffen könnten, werden zur Erschaffung einer Welt mit einander an Nutzlosigkeit wetteifernder Überflüssigkeiten gefesselt gehalten. Ein Stil, der sich dem Zweck darbietet und die Kunst nicht durch Heranzerrung zu einer ihr wesensfremden Verwendung mißbraucht, ist in seiner programmatischen Einfachheit frei von den schweren Vergehungen einer ohne alle Rücksicht auf die Zweckmäßigkeit herumtappenden Arbeitsweise. Er spart, und einer lahmen Wirtschaft tut Sparen wohl.

In *Ornament und Verbrechen* untersucht Adolf Loos die Arbeitsgruppe des Kunstgewerbes, der Innen- und Außenarchitektur. Wem würde es im Angesicht einer hochgerühmten Geschmacksindustrie wie der Wiens einfallen das Überhandnehmen dieser Produktionsgruppe als wirtschaftliche Störung zu empfinden? Der Ästhet findet bestenfalls dies oder jenes *grauenvoll* und kauft nachher etwas Ähnliches, aber er würde doch brav in den gewerbefördernden Chorus einstimmen, daß so und so viele Menschen ihren Broterwerb gerade darin finden. Wer aber würde es wagen die Bemerkung zu tun, daß der größere Teil der Luxusindustrie auf dem Niveau des Wohltätigkeitsballs stehe, dessen Wohltaten in verschiedenem Belang die Ballgäste genießen, unter der alten wienerischen Devise *Es kummt a Göld unter d'Leut*? Die Wahnvorstellung, das Glück der Menschen sei beschlossen, wenn sie irgend einen Fetzen benähen oder bemalen, ist noch immer nicht beschämend genug, als daß ihr nicht der öffentliche Segen zu teil würde. Aber die Kultur ist so hoch verstiegen, daß sie solche Worte nicht erreichen. Eine erste Tageszeitung sprach kürzlich von einem »Genuß der Anmut«, der den »Wohlstand« begleitet. Sie schweigt über den Genuß der Armut, von dem sie gemessenen Abstand hält. Es fällt der öffentlichen Verantwortung nicht ein sehen zu wollen, daß die Gütererzeugung einer Bedürfnisskala zu entsprechen hat, deren Ausgangspunkt der Bedarf an Lebensmitteln im weitern Sinn ist, das heißt an Mitteln, die das bloße Leben vermitteln sollen. Zuerst muß der Bedarf an Lebensmitteln gedeckt sein. Erst dann kommen die Güter an die Reihe, die den »Genuß der Anmut« vermitteln sollen.

Die gesellschaftlich überflüssige Arbeit ist aber zugleich eine geisterstickende; zumindest zu einem so großen Teil, daß man davon sprechen muß. Es ist doch nicht gleich, ob und welcher Zweck die Arbeit beseelt. Unter sonst gleichen Bedingungen wird die geistige Verfassung eines von der Zweckmäßigkeit seiner Arbeit überzeugten Arbeiters eine andere sein als die eines in den unübersehbaren Arbeitsmechanismus eingekleiteten Menschen, der nicht weiß, was und warum er zu schaffen hat, oder der gar die volkswirtschaftliche Nutzlosigkeit des Arbeitsprodukts kennt.

An dieser Stelle soll nur von einem Teil der Arbeitsverschwendung, von der ornamentierten, der Zierarbeit, von den kunstgewerblichen Auswüchsen die Rede sein. Wenn gar eine längere fachgewerbliche Erziehung darauf verwandt wird neue Linienverschlingungen zu ersinnen, deren Zweck ein künstlerischer Eindruck sein soll und vielleicht nur eine mit Entsetzen gemischte Verblüffung ist, so ist zwischen den Gehirnen des Ornamentersinners und eines Stallknechts, der eine Mistgabel zusammenrichtet, das des zweiten zu wählen. Unsere künstlerisch hohe Kultur ist nichts gegen einen solchen wirklichen Gebrauchsgegenstand. Dies sei trotz aller Entrüstungsgesten über solch einen Vergleich ruhig ausgesprochen. Die Menschen, die an die Arbeitsarten der *hinzu tuenden* Gewerbe gekettet sind, werden dem wahren Zweck aller menschlichen Arbeit zuvörderst lebensnotwendige Güter zu schaffen mehr und mehr entfremdet. Sie vermehren die Masse der durch die immer vehementer um sich greifende Arbeitsfeilung mechanisierten Menschen. Was soll dem gegenüber das geweihte Wort *Einsicht in das Ganze*? Die Menschen, die lediglich unter der Einsicht handeln ihr bißchen Brot zu erwerben, sehen nicht, was sie als Entgelt an Arbeit leisten. Sie tun das Verlangte, solange sie vermögen. *Arbeitsbefriedigung* klingt bei solcher Abstumpfung mehr als Hohn. Wem es nicht klar ist, welches geistige Leiden eine Tätigkeit der Zierarbeit mit sich bringt, der frage doch einen solchen Arbeiter, woran er außer an seine Sorgen und an den Arbeitsschluß während seiner Arbeit noch denkt. Man wird auch nicht behaupten können, daß ein heutiger Durchschnittsarbeiter die allgemein nützliche von der relativ unnützen Produktion nicht zu sondern vermag.

Puritanismus ist kein Schimpfwort. Aus ihm ist alle Größe und Macht geworden, die heute die Welt beherrscht. Und wir hätten allen Grund so lange puritanisch zu sein, bis wir die Mittel haben unser Leben *annützig* zu gestalten.

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

### Genossenschaftsbewegung / Gertrud Davld

**Österreich** Auch in unserm Nachbarland geht es vorwärts, obwohl die Konsumvereinsbewegung dort ebensowenig wie bei uns sich einer freundlichen Förderung von oben herab zu erfreuen hat. Das kürzlich ausgegebene Jahrbuch des *Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine* berichtet über die Fortschritte des Jahres 1910. Ende dieses Jahrs waren dem Verband 512 Genossenschaften angeschlossen, das sind 27 mehr als zu Ende des Vorjahrs. Darunter befanden sich 416 Konsumvereine mit 249 457 Mitgliedern, gegen 388 Vereine mit 224 047 Mitgliedern im Jahr 1909. Der Gesamtumsatz der Konsumvereine belief sich 1910 auf 77,9 Millionen Kronen, wobei ein Reingewinn von 3 269 878 Kronen erzielt wurde. Die Geschäftsanteile der Mit-

glieder betragen 3,8 Millionen, die Reservefonds, Spareinlagen, und Anleihen 7,0 Millionen Kronen. Ferner gehörten dem Verband noch 52 Produktiv- und 14 Wohnungsgenossenschaften an. Zur Statistik berichteten 36 Produktivgenossenschaften mit 2541 Mitgliedern, einem Gesamtumsatz von 5,7 Millionen und einem Reingewinn von 204 000 Kronen. Die Geschäftsanteile hatten die Höhe von 555 000 Kronen, die Reservefonds die von 217 000 erreicht. Wie der Bericht mitteilt, sind die meisten Produktivgenossenschaften noch nicht über die Anfangsschwierigkeiten hinaus; sie lahmbrieren noch an Kapitalmangel. Für die österreichische Großeinkaufsgesellschaft liegen bereits die Ziffern des letzten Jahres vor. Ihr Umsatz stieg von 20 082 752 Kronen im Jahr 1909 auf 22 292 651 Kronen in 1910 oder um 11,0 %. Die Steigerung ist damit wesentlich kleiner als die des Jahres vor-

her. Es wurde ein Reingewinn von 186 407 Kronen erzielt. Im August 1911 bezog die Gesellschaft ihr neues Zentralmagazin in Wien, in dem sich auch die Kaffeerösterei (bis jetzt der einzige Produktionszweig der Gesellschaft) befindet. Am Schluß des Jahres wurden 173 Personen beschäftigt.

Der *Zentralverband* gibt nicht weniger als 5 Organe heraus; eine Folge der Vielsprachigkeit des Landes. Das deutsche Fachblatt *Der Konsumverein* erscheint in einer Auflage von 4650 Exemplaren, das tschechische in einer solchen von 1350 Exemplaren. Das populäre Organ *Der Pionier* wird in 77 000 Exemplaren, die tschechische Ausgabe dieses Blatts in 12 000, die polnische in 2800 Exemplaren hergestellt. Für Böhmen besteht seit dem 1. Juli 1910 ein besonderes Landessekretariat mit 2 Sekretären. Es soll den Rückgang der böhmischen Genossenschaften, die sich infolge separatistischer Streitigkeiten von der allgemeinen Bewegung abzusondern beginnen, aufhalten, was ihm aber bis jetzt nicht gelungen ist.

X Österreich: Der 10. Verbandstag des Genossenschaftstages 1912 Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine fand am 27. und 28. Juni in Graz statt. Er war wegen der ungünstigen Lage des Kongreßorts schwächer besucht als die früheren, nahm aber unter dem Vorsitz des Verbandsobmanns Abgeordneten Dr. Renner einen äußerst anregenden Verlauf. Die beiden wichtigsten Punkte der Tagesordnung waren die Frage der Bau- und Wohnungsgenossenschaften und das Verhältnis der Konsumvereine zur Gewerbeordnung.

Die erste Frage ist dadurch aktuell geworden, daß das österreichische Parlament eine Reihe von Gesetzen beschlossen hat, die als erste Ansätze einer staatlichen Wohnungsfürsorge betrachtet werden können, und die vor allem der gemeinnützigen Bautätigkeit eine Reihe von Erleichterungen bringen. Immerhin bleibt für die Baugenossenschaften noch die schwierige Frage der Kapitalbeschaffung zu lösen. Dr. Renner, der zu diesem Punkt das Referat hatte, begründete eine Resolution, die den Verbandsvorstand auffordert die Fragen einer Organisation der Sparkraft der Bevölkerung, der Beschaffung eines gemeinnützigen Kreditinstituts und den in Deutschland unternommenen Versuch einer Volksversicherung zu studieren und dem nächsten Verbandstag darüber Bericht zu er-

staaten. Der Verbandstag beschloß entsprechend.

Zur Frage *Gewerbeordnung und Konsumvereine* hatte Dr. Frey das Referat. Er wendete sich gegen die in Österreich immer mehr überhand nehmende Praxis der Behörden die Konsumvereine zu gewöhnlichen Handels- und Gewerbebetrieben zu stempeln, sie der Gewerbeordnung zu unterwerfen und in zünftlerischem Interesse allerlei Schikaniereien auszusetzen. Er protestierte auch gegen die unklare und zweideutige Fassung des neuen Genossenschaftsgesetzesentwurfs, durch die diese Praxis der Behörden begünstigt werde. Der Genossenschaftstag schloß sich einstimmig diesem Protest an und nahm außerdem eine weitere Resolution an, durch die die Genossenschaften aufgefordert werden über alle Rechtsfälle, durch die sie geschädigt werden könnten, dem Vorstand Bericht zu erstatten.

In der Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft, die im Anschluß an den Verbandstag stattfand, erstattete der Geschäftsführer Kokrda den Bericht für 1911, dessen Zahlen oben mitgeteilt wurden. Nach kurzer Debatte wurde eine Erhöhung des Stammkapitals von 750 000 auf 1 Million Kronen beschlossen. Die Verteilung des Reingewinns wurde in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Weise vorgenommen; nach Verzinsung der Geschäftsanteile wurde der ganze Überschuß den verschiedenen Fonds überwiesen.

X Landwirtschaftliche Genossenschaften. Vom 11. bis zum 13. Juli fand in Dresden der 28. Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften statt. Sehr im Gegensatz zu den Konsumvereinen erfreuen sich ja die landwirtschaftlichen Genossenschaften der lebhaftesten Anerkennung und Förderung von oben, obwohl ihre Tätigkeit auf gar nichts anderes hinausläuft als die der genossenschaftlichen Aschenbrödel der Gesetzgebung, nämlich auf die Ausschaltung kleiner wirtschaftlicher Existenzen und Organisation der vorher von diesen planlos geleisteten Arbeit. So war also auch dieser Kongreß von einer Reihe von Ehrengästen mit hohen Namen und Titeln besucht. Den Vorsitz hatte der Generalanwalt Geheimrat Haas übernommen, der von schwerer, mehrjähriger Krankheit wieder genesen ist. Unter den Begrüßungsreden ist die des sächsischen Staatsministers Grafen Vitzthum von



Eckstädt erwähnenswert, der darauf hinwies, daß die sächsische Regierung einen durch den letzten Etat auf 9 Millionen Mark erhöhten Fonds zur Gewährung von Darlehen an landwirtschaftliche Genossenschaften bestimmt hat. Der Redner hob ferner in einer gar nicht übel durchdachten Ausführung hervor, daß die Genossenschaften einen Ausgleich zwischen Individualismus und Kommunismus darstellten, worauf ihre Hauptbedeutung in der gegenwärtigen Zeit schwerer sozialer Kämpfe beruhe.

Dem von Generalanwalt Haas erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die Zahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften im ganzen Reich gegenwärtig 26 026 beträgt. Es sind dies 16 735 Spar- und Darlehnskassen, 2373 Bezugs-genossenschaften, 3467 Molkerei-, 3353 sonstige und 98 Zentralgenossenschaften. Davon gehören 20 435 Genossenschaften, die in 41 Bezirks- und Landesverbände organisiert sind, dem Reichsverband an. Die Zentralein- und -verkaufsgenossenschaften des Reichsverbandes setzten im letzten Jahr für 220 Millionen landwirtschaftliche Bedarfsartikel und für 95 Millionen Mark Erzeugnisse ab. Die Zentraldarlehnskassen hatten 1911 einen Umsatz von 303 Millionen Mark, gegen 261 im Vorjahr.

Die Verhandlungen des Genossenschaftstags trugen zum großen Teil einen ausgesprochenen programmatischen Charakter. So hielt Professor Dade einen Vortrag *Die sittliche und wirtschaftliche Kraft der Genossenschaftsbewegung in der deutschen Landwirtschaft*, in dem er für eine politische Einigung der deutschen Landwirtschaft (natürlich im konservativen Sinn) Propaganda machte. Dabei entwickelte er ganz eigentümliche Theorien über die Begrenzung des genossenschaftlichen Gedankens. Er bezeichnete ihn selbst als sozialistisch, meinte aber, daß gegenüber dieser sozialen Tendenz die individualistische nicht zu kurz kommen dürfe. »So würde eine Ausdehnung der genossenschaftlichen Bewegung«, heißt es in der von ihm empfohlenen Resolution, »auf den wichtigsten Faktor der Produktion, den Grund und Boden, also auf den landwirtschaftlichen Betrieb selbst, nicht zu empfehlen sein, weil dadurch die Entfaltung der persönlichen Fähigkeiten des einzelnen Landwirts, seine Selbständigkeit und sein Gefühl der Verantwortung auch gegen seine Familie und gegen den Staat leiden würden und dadurch außerdem der Ackerbau seines urgermanischen

Charakters als des Eigenbetriebs in der Familie entkleidet würde.« Diese Motivierung ist jedenfalls sehr angreifbar. Man kann aus der seitherigen Erfahrung geschöpfte gewichtige Bedenken gegen die genossenschaftliche Bewirtschaftung des Grund und Bodens hegen. Wenn aber tatsächlich der genossenschaftliche Betrieb auch auf diesem Gebiet dem privaten überlegen wäre (und nur in diesem Fall könnte ja seine Einführung überhaupt in Frage kommen), dann dürften derartige ideologische Gründe wie das angeblich gefährdete Verantwortlichkeitsgefühl des Familienvaters oder gar die Rücksicht auf den »urgermanischen Charakter« des Ackerbaus, wobei sich der Herr Professor noch in einem kleinen historischen Irrtum befindet, absolut keinen Gegenstand bilden. Natürlich wurde die vorgelegte Resolution einstimmig angenommen.

Weit schlimmer trieb es der Geheime Oberregierungsrat Dr. Kapp, der über die Bedeutung der öffentlichen Lebensversicherung für die ländliche Bevölkerung unter Mitwirkung der Genossenschaften und ihrer Verbände sprach. Sein Referat war in der Hauptsache ein gerade an dieser Stelle kaum zu erwartender von einer ebenso großen Gehässigkeit wie sachlichen Unkenntnis Zeugnis ablegender Angriff gegen die demnächst ins Leben tretende gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung. Statt sich in dem von Konkurrenzneid getragenen Kampf der privaten Lebensversicherungsgesellschaften gegen die Selbsthilfe der gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Volksmassen unbedingt auf die Seite des Volks zu stellen, machte Herr Dr. Kapp die Regierung scharf gegen die »sozialdemokratische Volksversicherung«, ein Unternehmen, das »auf die Untergrabung unserer Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet« sei, und dem deshalb die staatliche Genehmigung zu versagen wäre. Zugleich empfahl er den landwirtschaftlichen Genossenschaften, um den Abfluß der in der Lebensversicherung zusammenfließenden großen Sparkapitalien in die Großstädte und die Industriezentren zu verhindern, die »Ergänzung der reichsgesetzlichen Zwangsversicherung durch eine auf freier Selbsthilfe beruhende Kapitallebensversicherung im Weg einer großzügig ausgestalteten Volksversicherung.« Wenn also die Arbeiter sich eine Volksversicherung schaffen, so treiben sie Staatsumsturz, wenn die Bauern (etwas sehr *post fe-*

stum) auf die selbe Idee kommen, ja, Bauer, so ist das eben etwas ganz anderes. Nun das Geschrei der privaten Lebensversicherungen auch gegen dieses Unternehmen (vorausgesetzt, daß überhaupt etwas daraus wird) wird den Herrn Oberregierungsrat schon darüber belehren, daß dem Kapitalismus eine staats-treu gefärbte Konkurrenz ebenso unangenehm ist wie eine angeblich rötlich leuchtende. Der Genossenschaftstag nahm die vorgelegte Resolution an.

× **Kurze Chronik** Das preußische statistische Landesamt hat kürzlich eine Übersicht über den

Stand der deutschen eingetragenen Genossenschaften zu Beginn der Jahre 1910, 1911 und 1912 veröffentlicht. Leider ist die Statistik sehr unvollkommen, da sie nur die Zahl der Genossenschaften, nicht aber die der Mitglieder und ebensowenig etwas über die Geschäftsergebnisse bringt. Es bestanden in Deutschland zu Beginn des Jahres 1910 29 437 Genossenschaften, 1911 30 489 und 1912 31 771. Unter den im Jahr 1912 gezählten Genossenschaften befanden sich 18 052 Kredit-, 2117 landwirtschaftliche und 393 gewerbliche Rohstoff-, 1325 landwirtschaftliche und 316 gewerbliche Werkgenossenschaften, 236 Wareneinkaufvereine, 17 Maschinen-, 476 landwirtschaftliche und 109 gewerbliche Magazingenossenschaften, 3878 landwirtschaftliche und 382 gewerbliche Produktiv-, 356 Zuchtviehgenossenschaften, 2321 Konsumvereine, 1176 Wohnungs- und Baugenossenschaften und 115 Vereinshäuser. × Der 9. Genossenschaftstag des *Hauptverbandes deutscher gewerblicher Genossenschaften*, der in Straßburg tagte, betrachtete es als seine Aufgabe Front gegen die Konsumvereine zu machen, die angeblich die ihnen zugewiesene Aufgabe überschritten hätten und zu einer schweren Gefahr für den kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand geworden seien. Es wurde deshalb die Einführung einer Umsatzsteuer für Konsumvereine verlangt. × Auch die *Rahattspaarvereiner*, die im Juli in Stettin ihre Tagung abhielten, wobei 80 Delegierte 425 Vereine mit rund 66 000 Mitgliedern vertraten, konnten es sich natürlich nicht versagen wiederum gegen die Konsumentenorganisationen Sturm zu laufen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird bei der Verabschiedung der Novelle zum Einkommensteuergesetz dahin zu wirken, daß die

in der 1. Kommissionsberatung angenommenen Bestimmungen (durch die den Konsumvereinen die Festsetzung eines bestimmten steuerfreien Rabatts unmöglich gemacht wird) Annahme finden. × Die genossenschaftliche Einigung Frankreichs soll nun endlich Tatsache werden. Die Verschmelzung wird in der Weise vollzogen werden, daß die Einkaufszentrale der neutralen *Union coopérative* in Bordeaux in das Pariser *Magasin de gros des coopératives socialistes et ouvrières* übergeht, wobei aber die Worte *socialistes* und *ouvrières* als Zugeständnisse von der andern Seite fallen sollen. Die beiden Sekretäre sollen zukünftig gemeinschaftlich ihres Amtes walten. Wenn bloß nichts wieder dazwischen kommt!

× **Literatur** Das Verhältnis von Konsumvereinen und Kleinhandel behandelt der Direktor

des *Hauptverbandes deutscher gewerblicher Genossenschaften*, Richard Hetz, Amtsrichter a. D., in einer Schrift, die *Konsumvereine, Kleinhändler und Handwerker* betitelt ist (Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht). Wenn man nicht schon an Angriffe auf die Konsumvereine aus dem Lager der gewerblichen Genossenschaften gewöhnt wäre (sitzt doch der Hauptgesetzemacher gegen die Konsumvereine im preußischen Landtag, der Abgeordnete Hammer, im Ausschuß des genannten Verbands), so würde man diesen Leistungen eines Genossenschafters gegen Genossenschaften mit dem größten Erstaunen gegenüberstehen. Es ist immerhin ungewöhnlich, wenn ein Direktor eines genossenschaftlichen Verbands für die eigentliche Idee der Genossenschaft, für das in ihr liegende höhere Wirtschaftsprinzip keinen Funken von Verständnis hat, wenn er *seine* Genossenschaften empfiehlt und nach Möglichkeit vom Staat gefördert sehen möchte, weil sie Schichten der Bevölkerung, als deren Interessenvertreter er sich fühlt, Nutzen bringen, und andere Genossenschaften, die eben diese Bevölkerungskreise schädigen könnten, obwohl sie für andere weit größere und wichtigere Bevölkerungsschichten von Vorteil sind, in der gehässigsten Weise bekämpft und gesetzliche Maßnahmen gegen sie verlangt, wie sie die überhitzteste Phantasie unserer Konsumvereinstöter noch kaum geboren hat. Jedermann, der eine Sache verfißt, sucht ihr natürlich den Anschein des Rechts zu geben. Auch Hetz.

tut dies, und er schließt dabei folgenden *circulus vitiosus*. Er »stellt zunächst fest«, daß die Konsumvereine nicht in der Lage sind die kapitalistische Wirtschaftsepoche abzulösen und durch die genossenschaftliche zu ersetzen; aus den und den Gründen. »Folglich« ist ihre gegebene Aufgabe die heutige Wirtschaftsordnung nur zu ergänzen (wo sie nämlich reparaturbedürftig ist). »Folglich« überschreiten sie die ihnen zukommenden Aufgaben, wenn sie sich so entwickeln, daß sie die heutige Wirtschaftsordnung in irgendeinem Punkt zu erschüttern drohen. »Folglich« müssen sie dann unterdrückt werden. Es lohnt sich nicht über Beweisgründe, die sich auf so einer Logik aufbauen, ernsthaft zu diskutieren. Nur die Konsequenzen, zu denen der Verfasser kommt, seien erwähnt, teils der Kuriosität halber teils weil es bei der heutigen Art der Mittelstandsretterei gar nicht ausgeschlossen ist, daß über kurz oder lang entsprechende Anträge in den Parlamenten gestellt werden. Von einem direkten Verbot der Konsumvereine will Hetz absehen, weil das zu viel böses Blut machen würde. Dagegen empfiehlt er neben einer Anzahl kleinerer Mittel, wie Verbot des Lieferantengeschäfts, des Verkaufs der selbstproduzierten Waren an Nichtmitglieder, Entziehung der Schankkonzession usw., die weitgehendste steuerliche Bedrängung. Der Antrag Hammer zum neuen preußischen Einkommensteuergesetz, der den festen Rabatt der Konsumvereine zur Steuer heranziehen will, ist ihm nicht weitgehend genug, weil ja die Vereine durch Herabsetzung ihrer Verkaufspreise sich zu einem großen Teil dieser Steuer entziehen könnten. Er verlangt daher statt dessen eine Umsatzsteuer, und zwar eine progressive. Sie soll mit 1 % des Umsatzes bei Vereinen mit unter 40 000 Mark Umsatz beginnen und auf 5 % bei solchen mit über 2 Millionen Mark Umsatz steigen. Da die Konsumvereine leicht 11 % Reingewinn erzielen könnten, so dürfte ein solcher Betrag »nicht als zu hoch erscheinen«. Der Herr will also den größeren Konsumvereinen fast die Hälfte ihres gesamten Überschusses und den kleinsten immer noch 10 % wegsteuern und hält dies noch für sehr bescheiden. Die Krone bildet aber folgender Vorschlag. Damit die Konsumvereine nicht wie die Hamburger Produktion durch Verwandlung in eine Aktiengesellschaft sich der Ausnahmebehandlung entziehen können, soll außerdem durch Gesetz bestimmt

werden, daß auch solche Personenvereinigungen oder Gesellschaften, die den Großbezug oder die Herstellung für Konsumentenorganisationen vornehmen, der Steuer unterworfen werden. Auf dem freien Markt konkurrierende Privatbetriebe sollen natürlich nicht getroffen werden. Die Auslassungen des Verfassers sind hier ausführlich behandelt worden, nicht wegen der tatsächlichen Bedeutung der Schrift sondern nur, um zu zeigen, wie weit der Haß gegen die Konsumvereine heute geht, und welche seltsamen Blüten er treibt.

### Staatssozialismus / Wilhelm Schröder

**Allgemeine Tendenz** Das reichsstatistische Amt brachte Ende Juli 1912 in den *Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs* eine Darstellung der Finanzen des Reichs und der Bundesstaaten, die auf den Vorschlägen für 1911 und den Rechnungsabchlüssen für 1909 beruht. Die darin mitgeteilten Zahlen sind vor allem im Hinblick auf die Lage des Staatssozialismus in der Gegenwart von Bedeutung. Das Reich und die Einzelstaaten haben danach im Jahr 1911 nicht weniger als 9200 Millionen Mark eingenommen und ausgegeben; das macht auf den Kopf der Bevölkerung des Reichs 142 Mark. Zu der Summe von mehr als 9 Milliarden Mark sind noch die in der Reichsstatistik nicht mit angeführten Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden hinzuzuzählen, die nach oberflächlicher Schätzung nicht wesentlich hinter denen des Reichs und der Einzelstaaten zurückbleiben werden. Mehr als zur Hälfte beruhen die Einkünfte auf Erwerb. In dieser Form nehmen Reich und Staat 4842 Millionen Mark ein. Es kommen hierbei in Betracht Eisenbahnen, Bergwerke, Domänen, Forsten, Banken, Post, Telegraph, Lotteriebetriebe, Elektrizitätswerke, Gasanstalten usw. Das Reich ist dabei verhältnismäßig am wenigsten beteiligt, es zieht aus Erwerbseinkünften bei einem Etat von 3,2 Milliarden nur 905 Millionen, während 3937 Millionen auf die Einzelstaaten entfallen; diese 3937 Millionen bilden fast zwei Drittel der einzelstaatlichen Gesamterträge. Der Reinertrag der Bundesstaaten aus den verbenden Anlagen beträgt 270,6 Millionen, der des Reichs beträgt 121,4 Millionen Mark, wovon mehr als zwei Drittel auf Post und Telegraphen entfallen. Im übrigen verteilen sich die Reinerträge aus den Erwerbsunternehmungen auf die einzelnen

größeren Staaten folgendermaßen: Preußen 644,8, Bayern 131,6, Sachsen 54,6, Württemberg 40,9, Baden 25,5 und Hessen 18,1 Millionen. Bei den übrigen Staaten bleiben die Reinerträge hinter 10 Millionen zurück.

Diese Zahlen lassen erkennen, daß heute ohne Erwerbsunternehmungen eine geordnete Staatswirtschaft überhaupt nicht mehr möglich ist. Und da der Erfahrung nach bei Reich, Staat und Gemeinde das Streben nach Erwerbsquellen ständig zunimmt, so gehört die Frage nach der Sozialisierung der Kulturmenschheit im Grunde genommen schon seit mehreren Jahrzehnten überhaupt nicht mehr zu den umstrittenen.

Aber auch die Unantastbarkeit des Privateigentums ist längst nicht mehr das Schibboleth, das die Anhänger der bürgerlichen Ordnung von der umstürzlerischen Sozialdemokratie scheidet. Am meisten hüten noch die Konservativen das ehemals liberale Dogma; doch auch bei ihnen wird manche Stütze unzuverlässig. So läßt sich der Politiker Dietrich von Oertzen, ein Mann, der nicht allein gegen die Sozialdemokratie sondern auch gegen das Reichstagswahlrecht eifrig zu Felde zieht, bei einer nachträglichen Betrachtung des evangelischsozialen Kongresses im *Reichsboten* folgendermaßen aus: »Es muß zugegeben werden, daß hier die Beseitigung der großen Schäden des Privatbetriebs durch *Vergesellschaftung* etwas Bestechendes haben kann. Aber, ganz allgemein gestellt, kann doch auch hier die Frage nach dem Sozialismus nicht bejaht werden. Es gibt auch *Großbetriebe*, zum Beispiel solche, die mit dem Geschmack des Publikums, mit der Mode, zu tun haben, die für Staatsbetrieb ohne Zweifel ungeeignet sind. Dagegen gibt es dann freilich auch andere, bei denen man den Staatsbetrieb nur befürworten, und *Verstädtlichung* oder *Verstaatlichung* mit starkem Recht fordern kann. Sehr richtig ist als Beispiel in Essen der *Kohlenbergbau* genannt worden, mit dessen privater Ausbeutung in der Tat die allergrößten Mißstände verbunden sind. Gibt es denn nun aber (darauf kommt es an) allgemeine Gesichtspunkte, nach denen man die Betriebe scheiden könnte, die sich für Gemeinbetrieb respektive für Privatbetrieb eignen? Die Antwort mag eine zweifache sein. Sozialismus ist erstens am Platz bei allen denjenigen *Großbetrieben*, die ein großes öffentliches Interesse befriedigen. An großen allgemeinen Interessen soll der

einzelne sich nicht bereichern. Und zweitens hat die öffentliche Gewalt alle diejenigen Betriebe selbst zu übernehmen, die ein *Monopol* in Privathand bedeuten. Denn Trusts und Syndikate sind verderbliche Gebilde. Gewiß ist in dieser Frage das letzte Wort noch nicht gesprochen. Aber sie steht so sehr auf der Tagesordnung, daß alle Parteien sich mit ihr abfinden und versuchen sollten ein festes Programm zu gewinnen. Die Verstaatlichung des Steinkohlenbergbaus, die Produktion der Armee- und der Eisenbahnbedürfnisse in eigenen Werken, sind Forderungen, denen konservative Bedenken nicht entgegenstehen.«

Es scheint also, daß man im Lager der Rechten die Depossidierung der Thyssen, Stinnes und Krupp ohne Schmerz ertragen würde.

X X  
**Arbeitslosen-** Für unsere sozialpolitischen **versicherung** Zustände ist die Behandlung, die man auf sogenannter *staatserhaltender* Seite dem Problem der *Arbeitslosenversicherung* angedeihen läßt, recht bezeichnend. Ende Juli wurde in der Presse von einer angeblichen Äußerung des badischen Ministers von Bodman Notiz genommen. Danach soll der *Bundsrat* sich zurzeit mit der Frage der *Arbeitslosenversicherung* befassen, so daß von einem bemerkenswerten Fortschritt auf sozialpolitischem Gebiet die Rede wäre. Die Äußerung des badischen Ministers stände nun allerdings im scharfen Widerspruch zu einer Erklärung, die der Staatssekretär von Delbrück vor einigen Monaten im Reichstag abgegeben hat. Nach Herrn von Delbrück wäre die *Arbeitslosenversicherung*, wenn sie überhaupt in Fluß kommen sollte, nur durch die *Kommune* zu fördern. Die Frage hänge so eng zusammen mit einer Reihe von Aufgaben der Gemeinden, sie sei auch so von deren besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen abhängig, daß an eine andere Lösung als auf kommunaler Grundlage vorläufig nicht zu denken sei. Dem Einwand, daß das Reich dennoch die Sache in Angriff nehmen könne, begegnete der Staatssekretär mit der Wendung, daß für eine solche gesetzliche Regelung zurzeit noch alle Unterlagen fehlten. Ehe die Dinge in den einzelnen Gemeinden nicht weiter gefördert seien, wäre das Reich völlig außerstande auf gesetzlichem Weg der Frage näherzutreten. Nun haben ja einige Gemeinden bereits die *Arbeitslosenversicherung* ein-

geführt, so Straßburg im Elsaß schon vor mehreren Jahren, Schöneberg im Januar 1911 und Stuttgart durch einen Beschluß am 1. August dieses Jahres. Aber diese kommunale Arbeitslosenfürsorge, die der preußische Staatssekretär seiner Angabe nach weiter entwickelt sehen will, stößt in der gesamten konservativen Presse auf eine erbitterte Gegnerschaft. Die Versicherung ist in den erwähnten Gemeinden nach dem sogenannten *Geuter System* eingerichtet. Also die Gewerkschaften erhalten für jeden Fall, in dem sie ein Mitglied bei Arbeitslosigkeit unterstützen, einen Zuschuß; außerdem richten die Gemeinden für die Nichtorganisierten eine besondere Versicherung ein. Nun tritt ein, was niemanden verwundern sollte: Die Nichtorganisierten fühlen sich der Sorge für ihre Familie enthoben und denken nicht, oder nur in Ausnahmefällen, an eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, und die kommunalen Zuschüsse kommen somit zum größten Teil den organisierten Arbeitern zugute. Die reaktionäre Presse bezichtigt daher die Gemeinden der Unterstützung der Sozialdemokratie und bringt so den Philister gegen die Arbeitslosenversicherung überhaupt auf.

Aber noch ein anderer Weg wird von der arbeiterfeindlichen Presse eingeschlagen. Die *Rheinisch-Westfälische Zeitung* ist bekanntlich das Sprachrohr jener Großindustriellen, die nach dem Ausspruch des alten Herrn Bueck die Gewerkschaften mit unerschütterlichem Willen vernichten und niederschlagen wollen. Diese Zeitung bewies nun Ende Juli in einer Erörterung über die Arbeitslosenunterstützung durch Reich oder Kommunen, daß beides überhaupt nicht nötig sei, weil die Gewerkschaften selbst diese Unterstützung längst eingeführt hätten. Es wird kaum anzunehmen sein, daß die *Rheinisch-Westfälische Zeitung* ihre Sinnesrichtung geändert und sich zu der Ansicht bekehrt hat, daß schon um der Arbeitslosenunterstützung willen die Unorganisierten durch das Untermertum den Gewerkschaften zugeführt werden sollten. Der Hinweis des großindustriellen Blattes ist mithin nichts als eine Verlegenheitsloskel; sie soll gleichfalls die öffentliche Meinung gegen die staatliche und kommunale Arbeitslosenunterstützung einnehmen.

×  
**Bayern: Was-**Im bayrischen Abgeordnetenhaus gab es Mitte Juli lebhaftere Erörterungen wegen der Ausnutzung der Wasserkräfte

des Landes. Im Jahr 1910 hatte der Landtag den Ausbau des Walchensees beschlossen: Nicht nur die bayrischen Staatsbahnen sollten auf diese Weise mit elektrischer Kraft betrieben, auch die Industrie des Landes sollte billig mit Elektrizität versorgt werden. Die heutige Regierung verschleppt jedoch diese Angelegenheit und läßt es zu, daß der Berliner Elektrizitätskonzern immer mehr auch in Bayern festen Fuß faßt. In der Kammer der Reichsräte war man bereits so weit die Regierung zum Aufgeben ihres Plans von 1910 aufzufordern; etwas abgeschwächt riet in der Abgeordnetenkommission der Abgeordnete Oser im Namen des maßgebenden Zentrums den Ministern sich in der Sache nicht zu überstürzen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Adolf Müller erhob gegen die Zentrumspartei die Anschuldigung, daß sie heute in dieser wichtigen Frage die Interessen des großen Privatkapitals vertrete. Grundsätzlich halte aber die Sozialdemokratie daran fest, daß die Wasserkräfte nur durch den Staat ausgebaut werden sollen. Es werde dem früheren Verkehrsminister vorgeworfen, daß er die Vorarbeiten verschleppt habe; sei dies der Fall, dann müsse dem Beamten der Prozeß gemacht werden; andernfalls habe er sich gegen derartige Angriffe zu verteidigen. Der Verkehrsminister gab jetzt der Dürre des vorigen Sommers, die die Berechnungen umgestoßen hätte, die Schuld an dem langsamen Fortgang der Arbeiten. Bestimmte Beschlüsse wurden in der Angelegenheit nicht gefaßt.

×  
**KurzeChronik** Ende Juli hat die Abgeordnetenkommission zur Beratung des preußischen Wassergesetzesentwurfs ihre 1. Lesung erledigt. In einem Bericht, den ein Mitglied der Kommission, der Abgeordnete Gerhardus, in der *Kölnischen Volkszeitung* veröffentlichte, heißt es über die Ergebnisse der Beratungen: »Ob die an sich wohl zweifellos richtigen Grundgedanken des Gesetzesentwurfs, wonach: 1. für die Benutzung der Wasserläufe in erster Linie das Gemeinwohl maßgebend sei; 2. im übrigen jedoch die Durchführung nützlicher wirtschaftlicher Unternehmungen jedermann und nach jeder Richtung ermöglicht, und 3. im Fall etwaiger Kollisionen die Benutzung der Wasserläufe in einer den Interessen aller Berechtigten nach billigem Ermessen entsprechenden Weise im Ausgleichsverfahren geregelt

werden soll, in einer die gesamte Volkswohlfahrt gewährleistenden Weise durchgeführt sind, wird weiter zu prüfen sein von den in Betracht kommenden wirtschaftlichen und kommunalen Interessentenkreisen.« X In München tagte am 24. Juni die Hauptversammlung des *Bayrischen Landesvereins zur Förderung des Wohnungswesens*. Zu dem Thema *Wohnungsfrage und Enteignungsrecht* wurde eine Resolution angenommen, die die Unterstützung des Kleinwohnungsbaus durch den bayrischen Staat zwar anerkennt, um so mehr aber bedauert, daß alle Versuche zur Reform des Enteignungs- und Ortsstraßenrechts bisher gescheitert sind. Es wird dann die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß dem Landtag in seiner nächsten Session endlich die seit Jahren verheißenen Vorlagen über das Zwangsenteignungsrecht für Ortsstraßen, Herstellung von Ortsstraßen und Umliegung von Baugrundstücken zugehen werden.

### **Gelstige Bewegung / Wilhelm Hausenstein**

**Rousseau** Man hat unlängst mit zahllosen Gedenkartikeln die 200. Wiederkehr des Geburtstags Rousseaus gefeiert. Die Zahl dieser Artikel soll nun hier nicht um einen weitem vermehrt werden. Aber ich möchte die Aufmerksamkeit der Leser auf ein kleines Buch über Rousseau lenken, dessen 2. Auflage zufällig in einem Augenblick erschien, in dem sie von selbst den Charakter einer Säkularschrift annahm: Ich meine das gediegene Büchlein des Erlanger Philosophen Paul Hensel (*Rousseau / Leipzig, Teubner*). Diese Darstellung entspricht zwar nicht durchweg den Auffassungen und den Interessen, die wir als Sozialisten an das Problem *Rousseau* heranbringen. Manche Linien des Problems, die uns besonders erregen, sind in Hensels Buch nur dünn gezeichnet. Manche fehlen ganz. So vermüßte ich den Nachweis der Beziehungen, die zwischen Rousseaus sozialphilosophischen Normen und der Verfassungsgeschichte seiner Vaterstadt, überhaupt zwischen Rousseaus Abstraktionen und der Wirtschaftsgeschichte, Sozialgeschichte und Psychologie der aufsteigenden bürgerlichen Gesellschaft bestehen. Hettner hat einiges aus diesen Beziehungen sehr hübsch skizziert: er verweist auf Du Crest und Patio, die beiden Genfer Revolutionäre aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, auf die Wandlungen der Genfer Verfassungsgeschichte. Eine Würdigung Rousseaus, die auf das vom

Standpunkt der Dynamik der gegenwärtigen Sozialgeschichte Lebendige, auf die aktuellen Linien des Problems abzielt, mußte unseres Erachtens gerade die historische Determination herausstellen, das Kollektivgeschichtliche an Rousseau; und gerade damit ergäbe sich ja die Möglichkeit Rousseaus Gestalt, das Persönliche wie das Generelle, das Spezielle wie das Absolute an ihr am schärfsten zu profilieren.

Faßt man, wie Hensel zweifellos will, das Problem *Rousseau* als ein aktuelles Problem gegenwärtiger geistiger Bewegung, so ist weiter eine systematische Untersuchung der Stellung Rousseaus zur Eigentumsfrage unumgänglich. Hensel berührt dies Problem zwar mehrfach; und was er aussagt, ist sorgfältig und richtig. Rousseau ist (Hensel hat da unbedingt recht) nicht Sozialist. Aber nun wäre es gerade fesselnd zu sehen, weshalb er trotz sehr bemerkenswerter sozialistischer Ansätze nicht Sozialist geworden ist. Kaum eine Frage ist bei Rousseau bewegender für uns als die nach den gemeingeschichtlichen Ursachen seines Übergangs von ökonomistisch-sozialistischen Denkmotiven zu den Gedankengängen eines formallegalitären Verfassungsliberalismus. Betrachtet man Rousseau aus solchen Interessen heraus (einerlei wie dann die Resultate ausfallen), dann gewinnt er gesteigerte Bedeutung für die politischen Wirklichkeiten, in deren Mitte wir leben, und die wir für das eigentlichste Zentrum des zeitgenössischen Lebens halten.

Es soll nun mit diesen kritischen Andeutungen nicht gesagt sein, daß Hensels Buch eine deutliche Distanzierung des Problems *Rousseau* überhaupt vermischen ließe. Was ich meine, ist dies: Sein Buch vollzieht diese Distanzierung, die im tiefsten Grund doch eine ökonomische, soziale, politische ist, wesentlich nur auf dem Gebiet und in den Formen der geistesgeschichtlichen Abstraktion. Faßt man den Entschluß das Problem *Rousseau* derart einer Transsubstantiation ins rein Geistesgeschichtliche, ja Philosophisch-Systematische zu unterwerfen, dann kann man gewiß mit Fug und Recht sagen, daß Hensels Monographie die wertvollste Konzentration der Frage ist, die Rousseau für die reine Geisteswissenschaft bedeutet. Mit besonderer Schärfe hebt Hensel die methodologische Zweideutigkeit der Geschichtsphilosophie, Sozial- und Rechtsphilosophie Rousseaus hervor: die Verquickung rein historischer, auf wahre oder angebliche Tat-

sächlichkeiten gerichteter Darstellung mit einem normativen, konstruktiven Denken, das ideale Maßstäbe findet. Und mit einer glücklichen Entschiedenheit, die über diese so oft verwirrte (und auch im Zeitalter der exakten Ethnologie noch sehr lebendige) Elementarfrage bei Rousseau eine bestimmte Auffassung mitgibt, entscheidet sich Hensel für eine Ansicht, die in den geschichts- und rechtsphilosophischen Grundgedanken Rousseaus trotz ihrer oft episch-historischen Farbe Deduktionen von normativem Wesen erblickt. Diese Auffassung ist von Rousseau selber zum Überfluß programmatisch akzeptiert. So findet sich bei ihm eine (von Hensel nicht zitierte) Stelle, die deutlich ausspricht: »Es gibt tausend Möglichkeiten, nach denen sich die Menschen historisch vereinigen konnten; aber es gibt bloß eine Möglichkeit sie richtig zu assoziieren. Darum gebe ich in diesem Werk [dem *Contrat*] nur eine Norm, nach der man Gesellschaften bilden sollte, wiewohl in der ganzen Menge der geschichtlich faktischen Assoziationsformen vielleicht nicht eine zu finden ist, die nach den Rechtsmaßstäben meines *Contrat* positiv entstanden wäre. Aber ich suche eben überhaupt nur einen Rechtsmaßstab und rede nicht von geschichtlichen Fakten.«

Sehr gut ist bei Hensel die Darstellung der kollektivistischen Dynamik, die bei Rousseau den Begriff der *volonté générale* beseelt. Rousseau erscheint bei Hensel als ein vollkommen, moderner Denker, wenn er die Expropriation des Individuums als eines denominierten Individuums ablehnt, dagegen eine Expropriation als rechtsgültig anerkennt, die als ein überindividuell, sozialer Akt, als eine kollektive Phase in der Geschichte der Gesellschaft erscheint.

Das Beste an Hensels Rousseaubuch ist die Darstellung der Erziehungslehre. Diese Darstellung zumal ist voll von mitempfindendem Erlebnis, und ich stehe nicht an sie kongenial zu nennen. Dieses Kapitel ist in dieser Form um so wichtiger, als gerade in Rousseaus Pädagogik die meisten auch für uns gültigen positiven Gedanken enthalten sind, die er überhaupt gedacht hat: der Gedanke der Erziehung durch manuelle Arbeit, der Gedanke einer unliterarischen Erziehung, die dem Kind kein von lebendiger Bedeutung entblößtes Wort mitteilt, der Gedanke einer Erziehung, die vom Kind die Affektation ethischer Sentiments fernhält, der Gedanke einer Er-

ziehung nicht durch persönliche Autorität sondern durch eine dem Kind begreiflich gemachte Gewalt sachlicher, objektiver Zusammenhänge im Leben, der Gedanke einer Erziehung zur Einsicht in die Gegenseitigkeit aller menschlicher Leistungen.

× **Kurze Chronik** Ende August findet im Haag der 2. internationale Kongreß für moralische Erziehung statt. Das allgemeinste Programm des Kongresses faßt die Einladung in die Worte: »Der Kongreß wird durchaus keine Propaganda machen weder für irgendeinen Verein noch in irgendeiner Richtung sondern allen, die für Fragen der moralischen Erziehung Interesse haben, welcher Nationalität und Religion sie auch angehören, welche Gesinnung oder Geistesrichtung sie haben mögen, gleiche Gelegenheit eröffnen ihre eigene Meinung kundzugeben und die anderer zu hören.« × Es wird zurzeit ein Aufruf zur Begründung einer *Gesellschaft für positivistische Philosophie* verbreitet. Den Aufruf unterzeichneten unter anderen Forel, Eugen Dietzgen, Freud, Lamprecht, Liszt, Mach, Müller-Lyer, Tönnies, Verworn. Auskünfte erteilt Dozent Baege, Waldow St. 23, Friedrichshagen bei Berlin.

× **Literatur** In einer lebendig geschriebenen Broschüre über *Weltanschauung und Sozialdemokratie* (München, Birk/) gibt Genosse Paul Kampffmeyer (im Sinn der verschiedenen Einzelartikel, die er in den *Sozialistischen Monatsheften* gebracht hat) eine elementare und zusammenfassende Einführung in die Probleme des Verhältnisses des Sozialismus zur Religion, zum physiologischen und zum ökonomischen Materialismus, zu Kant und zum Idealismus. Er weist bei seinen Ausführungen mehrfach zustimmend auf die bekannten Argumentationen Max Adlers hin. Der wertvollste Grundgedanke der anregenden Schrift scheint mir die Betonung des sozialistischen Wirklichkeitsgeistes zu sein.

## WISSENSCHAFT

### Naturwissenschaften / Frida Ichak

**Mutationen** Der Darwinismus und seine Kritik hat die Frage nach der Vererbung erworbener Eigenschaften bei den Tieren in den Vordergrund der Entwicklungslehre gerückt.

Nach den berühmten Versuchen Weismanns hat sich in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Forschern mit der Frage beschäftigt, welchen Einfluß das Soma auf die Keimzellen des Tieres ausübt. Dabei ist es gelungen auf experimentellem Weg ganz überraschende Beispiele der Beeinflussung des Keimplasmas durch das Soma zu erhalten. Interessante Produkte von Tierzucht konnte man unter anderm auf der letzten Hygieneausstellung in Dresden sehen. So ist es zum Beispiel Fischer geglückt nachzuweisen, daß sich durch bestimmte Temperaturen entsprechende Lokalrassen von Schmetterlingen erzeugen lassen. Von der mitteleuropäischen *Vanessa urticae* wurden durch Temperatureinflüsse 4 neue Rassen hervorgebracht: durch Wärme die beiden südeuropäischen Rassen *Vanessa turcica* und *Vanessa ichnusa*, durch Kälte die lappländische *Vanessa polaris* und die nordjapanische *Vanessa connexa*. Ähnliche Versuche mit Hitze, Kälte, Feuchtigkeit und Trockenheit hat Tower an Coloradokäfern angestellt. Das Resultat war überraschend. Ließ man nämlich veränderte thermische und hygroskopische Faktoren auf die erwachsenen Käfer einwirken, so blieben sie selbst zwar unverändert, aber ihre Nachkommen zeigten die selben Merkmale wie die Käfer, die schon als Puppen diesen Einwirkungen ausgesetzt waren. Diese Tatsache konnte nur so erklärt werden, daß sich bei den Käfern die Geschlechtsprodukte erst dann vollkommen entwickeln, wenn die Käfer selbst volle Reife erlangt haben.

Daß das Keimplasma in direkter Abhängigkeit vom Soma steht, zeigten besonders die Versuche von Guthrie an Hühnern. Guthrie verwandte zu seinen Zuchtversuchen Hühner, die in ihrer Farbe vollkommen reinrassig waren. Von den absolut homozygotischen Exemplaren wurden junge schwarze und weiße Weibchen herausgesucht und ihre Eierstöcke vertauscht. Nach Eintritt der Geschlechtsreife wurden dann diese Hühner mit den vertauschten Ovarien gepaart, und zwar so, daß jedes Huhn von einem Hahn derjenigen Farbe befruchtet wurde, von der sein Eierstock stammte, also weiße Hühner mit Eierstöcken von schwarzen und schwarze Hühner mit Eierstöcken von weißen Hähnen. Der größte Teil der Kücken fiel einfarbig aus, von der Farbe des Hahns und des Huhns, zu dem der Eierstock ursprünglich gehört hatte; aber viele Nachkommen waren gefleckt: die Nachkommen

der schwarzen Hühner mit den weißen Ovarien wiesen schwarze Flecken auf, die Nachkommen der weißen dagegen weiße. Diese Zuchtversuche beweisen, daß die Keimzellen vom Körper beeinflusst werden, in dem sie leben; denn wären nur die Keimzellen für die Nachkommenschaft maßgebend, so müßte man in dem geschilderten Fall reine Farben erhalten.

So interessant diese Versuche an und für sich sind, so lassen sich doch keine endgültigen Schlüsse aus ihnen ziehen; denn man kann nicht nachweisen, wie weit die direkte Beeinflussung der Ovarien bei Artsveränderung geht. Interessant sind in dieser Hinsicht die Experimente von P. Kammerer über die Veränderung im Farbenkleid des Feuersalamanders auf schwarzer und gelber Erde. Obwohl eine direkte Einwirkung der Erdfarbe auf das Keimplasma augenscheinlich nicht stattfinden kann, färbte sich doch das Tier immer mehr und mehr schwarz respektive gelb, je nachdem es auf schwarzer oder gelber Erde gehalten wurde, und diese Farbenveränderung trat auch bei den Nachkommen auf. Wir haben hier also einen Fall von ganz außerordentlicher Anpassung vor uns. Kammerer hat auch in anderer Hinsicht bei den Feuersalamandern Veränderungen durch Zucht hervorgebracht. Die Feuersalamander sind in der Weise lebendgebärend, daß die Larven schon im Mutterleib die Eihüllen sprengen und nach der Geburt noch mehrere Monate im Wasser leben. Der Alpensalamander dagegen, dem keine Gewässer zur Verfügung stehen, bringt gleich lungenatmende Salamander zur Welt. Kammerer gelang es nun die Instinkte der Tiere geradezu zu vertauschen: Indem er den Feuersalamander trocken hielt und dem Alpensalamander ein Wasserbecken und feuchte Umgebung darbot, erreichte er, daß eine große Anzahl von Larven des Alpensalamanders frühzeitig ins Wasser stiegen, während der Feuersalamander mit der Zeit lungenatmende Tiere gebarf. Diese Experimente zeigen deutlich den Einfluß der Umgebung auf die ursprünglichen Eigenschaften des Lurchgeschlechts.

X

Kurze Chronik Am 29. Mai ist in Bonn Professor Edward Strasburger, einer der bedeutendsten Botaniker unserer Zeit, gestorben. 1905 wurde Strasburger von der *Linné-Society* in London durch die große goldene Medaille ausgezeichnet. X



In der Schweiz ist im Alter von 71 Jahren der ehemalige Professor an der Universität Lausanne François Forel gestorben. Der greise Naturforscher wurde besonders durch seine Gletscherforschungen und sein 3bändiges Werk über den Genfer See berühmt. X Am Gojenberg bei Bergedorf wurde die neugegründete Hamburger Sternwarte eingeweiht. X Ein Institut für Radiumforschung soll in Warschau errichtet werden. Graf Josef Potocki will die Mittel zur Gründung des Instituts zur Verfügung stellen, falls Frau Curie sich bereit erklärt in dem Institut zu arbeiten. Frau Curie hat vorläufig das Anerbieten abgelehnt, die Gründung des Instituts jedoch befürwortet. X Die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften plant die Begründung eines speziellen Instituts für wissenschaftliche Pflanzenzüchtung in Berlin. X Vom 26. bis zum 31. Juli fand in Prag der 6. internationale Kongreß für Radiologie und Elektrotechnik statt; er war mit einer Fachausstellung verbunden.

X **Literatur** Eine anspruchslose, aber sehr sachliche Einleitung in die *Experimentalphysik* gibt R. Börnstein in der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/. Das Bändchen behandelt die Erscheinungen des Gleichgewichts und der Bewegung; doch ist der Stoff so angeordnet, daß man hier fast lückenlos eine kurzgefaßte Mechanik findet. Die Versuche, auf die sich die Betrachtungen stützen, sind so ausführlich beschrieben, daß man sie leicht nachmachen kann. X In seinem Buch *Aus dem Luftmeer* gibt M. Sassenfeld mehr als die Sammlung, der das Werkchen angegliedert ist (*Dr. Bastian Schmidts Naturwissenschaftliche Schülerbibliothek* /Leipzig, Teubner/), verspricht. Es ist eher ein kurzer Leitfaden der Meteorologie als nur eine Lektüre für Schüler. Faßt man das Buch in diesem Sinn auf, so findet man viel Anregendes. Besonders interessant sind die Mitteilungen des Autors über die Registrierballons oder *ballons sondes*, die ohne Mannschaft automatisch Temperatur, Feuchtigkeit und Druck in verschiedenen Höhen registrieren. Sie sind so eingerichtet, daß bei bestimmter Höhe die Hülle platzt, oder ein Ventil sich öffnet, und der Ballon hinabsteigt. X In wesentlich veränderter 3. Auflage liegt nun K. Kraepelins *Leitfaden*

für den biologischen Unterricht unter dem Titel *Einführung in die Biologie* vor /Leipzig, Teubner/. Es gibt wenige Lehrbücher, die die Vorzüge der Wissenschaftlichkeit mit didaktischer Routine so sehr vereinigen wie dieses. Vor allem ist die Systematisierung des umfangreichen Materials anerkanntenswert. Der Autor fängt seine Betrachtungen mit der Pflanzenwelt an, da sich hier die physikalisch-chemischen Bedingungen des Lebens und die Abhängigkeit von der Umwelt leichter verfolgen lassen als bei der Tierwelt. Auf die Beziehungen der Pflanzen zu einander folgt die Betrachtung der Beziehungen der Pflanzenwelt zur Tierwelt und der Tiere zu einander. Erst nachdem die Erscheinungen des Lebens und die daraus sich ergebenden Gesetze klargelegt sind, wird die eigentliche Biologie (Bau und Lebenstätigkeit der organischen Zelle) behandelt. Der letzte Abschnitt des Buches befaßt sich mit dem Menschen. Einige Kapitel aus der Psychophysik behandeln die Sinnesorgane und -empfindungen, ein kurzer anthropologischer Abriß beschließt das Buch.

### **Psychologie / Else Stoeber - Damm**

**Ausstellung** Aus Anlaß des 5. Kongresses für experimentelle Psychologie, der vom 16. bis zum 19. April in Berlin tagte, hatte das *Institut für angewandte Psychologie und psychologische Sammelforschung* eine interessante Ausstellung veranstaltet, die von Professor Dr. William Stern-Breslau mit einer Ansprache eröffnet wurde. Der Redner erläuterte die Unterschiede zwischen der angewandten Psychologie, der die Ausstellung dienen sollte, und der theoretischen Psychologie. Die angewandte Psychologie richtet ihr Augenmerk auf die Verschiedenheiten des Seelenlebens; sie treibt eine ausgedehnte Sammelforschung, ihre Methode hat eine größere Lebensnähe als die der theoretischen Psychologie, und sie ist geeigneter eine ersprißlichere Arbeitsgemeinschaft zwischen den Psychologen mit den Vertretern der anderen Gebiete herzustellen. Die 1. Gruppe der Ausstellung enthielt Hilfsmittel zur Untersuchung der Individualität von Kindern, Geisteskranken, Primitiven usw.: Fragebogen, Prüfungslisten, Personalienbücher, Materialien für experimentelle Prüfungen. In der 2. Gruppe befanden sich psychologisch bemerkenswerte Erzeugnisse von Kindern, Geisteskranken, Primitiven, Übernormalen; Literarisches, Zeichnungen

gen, Plastiken usw. Da gab es zum Beispiel Serien von Zeichnungen zur Veranschaulichung der verschiedenen Darstellungsformen und Darstellungsgrade oder der zeichnerischen Behandlung eines selbstgewählten Themas durch Schulkinder. Man sah die zeichnerische Behandlung einer Geschichte (meist *Hans Guck in die Luft*) durch deutsche, indische und japanische Kinder, Aquarelle von 10jährigen Kindern zur Veranschaulichung der Verwendung von Farben durch Kinder. Da gab es Zeichnungen von Taubstummen, um die psychischen Folgeerscheinungen der Taubheit zur Darstellung zu bringen. Auch Serien selbstgefertigter Spielsachen veranschaulichten aufs trefflichste die verschiedenen Stufen der Entwicklung der Kinderpsychologie. Professor Stern hatte Prosaerzählungen, Reime und Gedichte, zum Teil Entwicklungsserien, zusammengestellt und erläutert. Kerkerpalimpseste, Wandinschriften und Selbstbekenntnisse gefangener Verbrecher fehlten nicht, die in den Zellen und Geheimschriften von Professor Lombroso gesammelt und veröffentlicht worden waren.

Die 3. Gruppe bestand aus Materialien zum Studium der Ausdrucksformen. Da waren handschriftliche Dokumente bei verschiedenen Arten von geistiger Störung aus der psychiatrischen Klinik von Professor Sommer-Gießen. Von Dr. Levy-Suhl-Berlin waren Versuchsergebnisse über Veränderungen der Handschrift unter dem Einfluß verschiedener Suggestionen ausgestellt. Da sah man Zusammenstellungen von Werken über Physiognomie und Mimik, *Composite-Pictures* von Verbrechern, hergestellt von der Polizeidirektion in Dresden und dem Polizeipräsidentium in Berlin. Mit großem Fleiß und großer Umsicht waren hier also zahlreiche Objekte zusammengestellt, deren Wert sich allerdings nur näherer Betrachtung erschließt.

X

**Psychologen-** Der Psychologenkongreß selbst, der zum erstenmal in unserer Hauptstadt tagte, brachte eine Fülle interessanter und belehrender Vorträge. Professor Dr. Oswald Külpe-Bonn hielt einen Vortrag *Über die Bedeutung der modernen Denkpsychologie*. Er gab einen kurzen Überblick über die Entwicklung der neuern Psychologie, die eine deutliche Tendenz zeigte von physiologischen und die bloße Empfindung betreffenden Untersuchungen zu den Funktionen des höhern Seelenlebens fortzuschreiten. Neue Elemente

des Seelenlebens traten in das alte Schema. Die neuere Denkpsychologie zwang auch zur Anerkennung der nichtanschaulichen Wissensinhalte, was vor allem für manche Anwendungsgebiete der Psychologie wichtig wurde, so für die Ästhetik und die Pädagogik. Es gibt eben auch ein Wissen ohne Anschauung, was die Pädagogik mehr beachten sollte, die besonders seit Pestalozzi nur in der Anschauung das Fundament allen Unterrichts sieht. Die Pädagogik, sagt Professor Külpe, sollte der Übung und Festigung dieser unanschaulichen Wissensinhalte und ihren Verknüpfungen mehr Interesse zuwenden als bisher: das Definieren, Urteilen, Schließen, kurz die formale Bildung sollte mehr in den Vordergrund treten. Professor Müller-Göttingen sprach über *Lokalisation der visuellen Vorstellungsbilder*. Es zeigt sich, daß in der Art und Weise, wie wir ein Gesichtsbild in den Raum stellen, 2 Faktoren zu unterscheiden sind: ein objektiver, sich auf die betreffende Raumstelle beziehender, und ein subjektiver, sich auf die Person beziehender. Daraus ergeben sich unter anderem wichtige Anwendungen für die Lokalisation von Halluzinationen.

Professor Sommer-Gießen behandelte das Thema *Die Kausalitätsvorstellungen und ihre Störungen*. Er unterscheidet im Prozeß dieser Vorstellungen 2 verschiedene Vorgänge. Der eine ist die Kausalsetzung; dieser Teilprozeß ist kein intellektueller Vorgang sondern besteht in der Einfühlung eigener Zustände, zum Beispiel Muskelempfindungen, in das fremde Objekt, wie sie etwa der Billardspieler hat, wenn er die von ihm abgestoßene Kugel mit dem Blick verfolgt. Der andere Teilprozeß ist intellektueller Art und bezieht sich auf die Verbindung der außerlogischen Kausalsätze mit einem objektiven Kausalvorgang. Die Störungen der Kausalitätsvorstellung beziehen sich entweder auf den einen oder andern Prozeß. So findet zum Beispiel bei hochgradiger Idiotie, bei Paralyse usw. keine Kausalsetzung, das heißt keine Einfühlung statt.

Professor Ranschburg-Budapest sprach *Neuere Untersuchungen über die Hemmung gleichzeitiger Reizwirkungen*. In einer Reihe verschiedenartiger Farben-, Ton- oder Formwahrnehmungen fließen die von den gleichen Eindrücken ausgehenden Erregungen zusammen, so daß statt zum Beispiel zweier Eindrücke nur ein einziger wahrgenommen werden kann.

X

Eine Anzahl interessanter Apparate demonstrierte Professor Ach-Königsberg, Apparate, die die Anstellung von Reaktionsversuchen in längeren Serien gestatten. Die sinnreichen, aber komplizierten Apparate sollen den Abfall der Stärke der Willensnachwirkung in der Zeit zu untersuchen ermöglichen und Einblicke in die Lehre vom Temperament geben.

Mit großem Interesse folgte man den Ausführungen Professor Lehmanns-Kopenhagen *Über den Stoffwechsel während geistiger Arbeit*. Jede Bewußtseinserscheinung setzt einen Nervenprozeß voraus und kommt nur durch eine Arbeit des Organs zustande. Die Messung der vom Organismus geleisteten Arbeit ist recht schwierig. Professor Lehmann versucht durch sehr komplizierte Apparate die während einer Sekunde ausgeatmete Kohlensäuremenge vor, während und nach der Arbeit zu bestimmen. Es ergab sich folgendes Resultat: Eine geistige Arbeit bestimmter Art und Größe hat bei dem selben Individuum eine konstante Vergrößerung der ausgeatmeten Kohlensäuremenge zur Folge und entspricht demnach genau wie eine physikalische Arbeit stets einer konstanten Energiemenge. Die Kohlensäureproduktion wird durchweg um so größer, je größer die nach Aufmerksamkeitsspannung gemessene Schwierigkeit der geistigen Arbeit wird.

Über die Bedeutung der Psychologie für die übrigen Wissenschaften gab Professor Marbe-Würzburg ein interessantes eingehendes Sammelreferat. Er verlangte zum Schluß die Errichtung von psychologischen Instituten an allen Universitäten.

Zur Frage der allgemeinen geistigen Leistungsfähigkeit nahm Professor Spearman-London Stellung. Auf Grund von Untersuchungen an 1247 Personen schließt er sich der Theorie des allgemeinen Faktors an, die da besagt, daß die allgemeine geistige Leistungsfähigkeit in allen intellektuellen Leistungen zur Geltung kommt und dadurch die Beziehungen zwischen den einzelnen Fähigkeiten schafft. Eine Stütze findet diese Theorie in der Physiologie, wo jetzt die Ansicht durchdringt, daß jede spezielle geistige Leistungsfähigkeit zwar einerseits auf der Tüchtigkeit der entsprechenden neuronalen Komplexe beruht, andererseits aber auch der Tüchtigkeit der ganzen Hirnrinde einschließlich der Blutzirkulation entspricht. Professor Kresow-Turin demonstrierte einige optische Täuschungen, und Professor Martin aus Kalifornien sprach

über die Lokalisation der visuellen Bilder normaler und anormaler Personen.

Der Prager Professor Kraus behandelte das Problem *Schuld, Unzurechnungsfähigkeit und Geisteskrankheit*. Nach ihm gibt es keine Zustände der Unzurechnungsfähigkeit, abgesehen von der Kindheit und angeborener moralischer Idiotie. Die Konsequenzen, die sich daraus für das Strafrecht ergeben, sind leicht ersichtlich.

Der Vortrag des Professors Schumann-Frankfurt *Einige Hauptprobleme der Lehre von den Gesichtswahrnehmungen* zeigte, wie eine exakte und tiefdringende Analyse die scheinbar einfachsten Prozesse in ihrer Kompliziertheit aufdeckt. Es ergab sich unter anderm zur Evidenz, daß bei Größenwahrnehmung und Vergleich dem Urteil eine wichtige Rolle zukommt.

Von besonderem Interesse für die Psychiater waren die Ausführungen M. Wertheimers-Frankfurt *Über experimentell-psychologische Analyse einiger hirnpathologischer Defekte*, in denen er eine neue Auffassung der Alexie darlegte.

Professor Peters-Würzburg berichtete über eine statistische Untersuchung zur Frage der Vererbung intellektueller Fähigkeiten. Es zeigte sich durchweg ein Zusammenhang zwischen den Leistungen der Kinder und denen ihrer Eltern und Großeltern.

Von anderen Vorträgen sei noch der Vortrag V. Madays-Prag *Die Psychologie der Berufswahl* erwähnt. Die meisten Menschen wählen ihren Beruf nicht nach ihrem Wunsch sondern nach äußeren Umständen, woraus innere Unstimmigkeiten entspringen, die sich in einer Reihe von Reaktionen Luft machen. Die kindlichen Berufswünsche lassen sich unter 3 Rubriken unterbringen: Lust an der Ortsveränderung (Kutscher, Schaffner), Kampflust, technisches Interesse; diese letzten beiden, von Vortragenden als die beiden großen Kulturfaktoren bezeichnet, streiten sich um die Vorherrschaft in der Seele des Kindes.

Eine Übersicht über die psychologischen Methoden der Intelligenzprüfung gab Professor Stern-Breslau. Unter *Intelligenz* versteht er die allgemeine Fähigkeit sich geistig neuen Eindrücken anzupassen. Neben der Binetschen Methode erwähnt er die anderen Arten der Intelligenzprüfung und mahnt zur Vorsicht, da dieses ganze Gebiet noch jung ist.

O. Pfungst-Berlin gab einige phonographische Demonstrationen *sprechender Hunde*. Es handelt sich hier weder um

sinnvolles noch papageienmäßig nachahmendes Sprechen sondern vielmehr um ein unterdrücktes Bellen, wie es manche Hunde zeigen. In diese Lautäußerung werden die betreffenden Wörter hineingehört; von *sprechenden* Hunden kann also keine Rede sein.

× **Kurze Chronik** Der nächste Kongreß für experimentelle Psychologie findet in 2 Jahren in Göttingen statt. × Der treffliche pädagogische Schriftsteller, Dr. F. W. Foerster, hat seine Stellung als Privatdozent an der Universität und am Polytechnikum in Zürich niedergelegt, nachdem ihm der Erziehungsrat gegen den Vorschlag der Fakultät und der Hochschulkommission die Erweiterung seiner *venia legendi* auf das Gesamtgebiet der Pädagogik verweigert hatte. Foerster, ein Sohn des Berliner Astronomen, hatte sich wegen seiner Verurteilung in einem Majestätsbeleidigungsprozeß nur in Zürich habilitieren können. × Unter dem Vorsitz des Professors Dr. Sommer fand in Gießen der 1. Kongreß für Familienforschung, Vererbungs- und Regenerationslehre statt.

## KUNST

### Dichtkunst / Max Hochdorf

**Novellen** In ihrem neuen Buch *Jens Himmelreich* /München, Langen/ erzählt Karin Michaelis die Tragödie des adligen Zuchtstiers, der seinen Besitzern viel Geldsegen brachte. Damit ließen sie den Sohn Pastor werden, und der Sohn findet, daß ein Zuchtstier ein Gott ungemüßliches Wesen sei. Und Vater und Mutter werden Opfer des unsittlichen Stiers durch Himmelsfügung oder durch Gemeinheit des Schicksals. Karin Michaelis versteht solche Humore viel besser als das pathetische Gerede, und die vielen Schrollen, Scheinheiligkeiten und Mysterien, die sie sonst noch aufdeckt, sind wahrlich Skizzen von sehr großem Talent.

*Die Narren der Liebe* /München, Langen/, von denen Richard Huldsciners Novellen erzählen, sind zum Beispiel ein Mörder und Madonnenmaler oder ein in Werthergefühlen weinender Jüngling. Der Mörder malt das Gesicht der Geliebten, fürstet sie zur Gottesjungfrau und geht hierauf fröhlich in den Tod. Der Jüngling ist ein Deutscher, aber in Italien mit Sonne durchglüht, und als er nach dem halbtalientischen Trient

auf die Brautfahrt geht, begegnet es ihm, daß er mit dem eben nach Italien reisenden Herrn Goethe ins Gespräch kommt. Huldsciners Geschichten sind sehr sorgfältig geschrieben, mit einer leisen, wohl gewollten Altmodisheit. Der Dichter gefiel sich da einmal in halbpoetischen Träumen.

Das *Tagebuch eines bösen Buben*, einer echten Yankeeerange, läßt der *Delfinverlag* in München verdeutschen und mit allerhand sehr lustigen Zeichnungen ausstatten. Dieser Schorsch ist ein Gesinnungsbruder der unvergeßlichen Brüder Max und Moritz, und er schreibt sich sein eigenes Tagebuch in seiner eigenen Orthographie. Er ist noch viel schnoddriger und unverbesserlicher als seine deutschen Kameraden.

Mit der Manier seiner ersten Arbeiten schreibt Willy Speyer weiter kleine Skizzen, die ein wenig ironisch über die Lebensdinge plaudern. Er ist bei all seiner scheinbaren Vornehmheit der Gefahr nicht ausgewichen aufs gewaltsam Erregende abzusehen. Was sich zwischen einem Prinzen, einer Kokotte und einem Kellner im *cabinet particulier* begibt, das hat einmal Felix Salten in einem gut pointierten Einakter skizziert. Es ist fast die gleiche Geschichte bei Speyer, nur daß an die Stelle des Prinzen ein Herzog tritt. (*Der Herzog, die Kokotte und der Kellner* /München, Langen/). Die Geliebte des Herzogs ist die Schwester des Kellners, der Herzog und Schwester bedient, der seiner Schwester in den Mantel hilft, als sie zum Herzog schlafen geht usw.

Der Wiener Alfred Polgar will aus der Ruhe, aus der Unbeweglichkeit vor dem stürmischsten Leid seine Ironie begründen. Seine Novellen sind eigentlich nur Aphorismen in novellistischer Form. Wenn er so ein Bändchen *Hiob* /München, Langen/ nennt, dann will er auch einen Witz machen; denn sein Hiob müßte nach seiner Moral ein Glücksgünstling sein, und er wurde doch ein Elendsjämmerling. Da unter tausend Aphorismen höchstens einer gelingt, sind auch alle Polgarschen Aphorismen-novellen nicht so gut wie das erste, mit Recht an den Beginn gestellte Stück.

Ein Weltenerfahrer, der in Agypten und in der afrikanischen Wüste die Menschen und Pflanzen kennt, ist Willy Seidel. Er erzählt aus solchem Wissen die Leidenschaftsgeschichte *Der Garten des Schuiban*, die mit Gift und Tod verklingt, aber auch Fröhlicheres meldet. /Leipzig, Inselverlag/. Sein Ta-

lent ist der großen ethnischen Novelle nicht gewachsen. Dagegen erzählt er das Erlebnis friedlicher Europäer im Märchenhaus eines orientalischen Sonderlings mit gutem Humor.

× **Kurze Chronik** Der parnassische Lyriker Léon Dierx, der von seinem Volk zum Dichterrfürsten gewählt worden war, ist in Paris gestorben. Es fand eine neue Fürstwahl statt, bei der Paul Fort erkoren wurde. × Der ständige Sekretär der Stockholmer Akademie, E. D. af Wirsin, der bei der Verteilung der Nobelpreise die Hauptrolle spielte, ist, 70 Jahre alt, gestorben. × Theodor Reinach hat 400 Verse einer unbekanntenen Sophoklestragödie entdeckt, die dem Sagenkreis des Hermes entnommen ist. × Erich Schmidt hat der Berliner Akademie Mitteilung von nachgelassenen Tagebüchern Otto Ludwigs gemacht. Entwürfe und Fragmente sind sehr zahlreich in diesen Aufzeichnungen. Sie enthalten Pläne zu einem *Saul*, zu einer Yorcktragödie, zu einem Andreas Hofer-Stück, zu einem *Arminius*, und anderes mehr. × Der Verlag Julius Zeitler in Leipzig, der in sehr zarter Ausführung das *Deutsche Garten*-Buch einer englischen Dame veröffentlichte, bringt auch den Nachklang des Werks *Der einsame Sommer*: leise Stimmungen unter Blumen und säuselnden Bäumen. × J. Potapenko hat das sehr interessante Problem vom Zusammenbruch langjähriger, ungestörter Ehen durch ein einziges Ereignis sehr welt- und menschenklug gelöst und einen ergreifenden Roman zum Eheproblem geliefert. Der Roman gewährt auch belehrende Einblicke in das Gesellschaftsleben Petersburgs (*Vom Schiffbruch der Ehe* /Wien, Rosner/). × Viktor Wall ist eher ein Historiker als ein Dichter, und so ist die Geschichte *Der Kreuzweg* /Berlin, Fleischel/, die er dem Aufstieg und Verfall eines Wiener Kleinbürgers widmet, ein etwas trockener Roman, aber ein durch allherhand Zeitanspielungen merkwürdiges und lesenswertes Buch. × *Chadschi Murat*, ein nachgelassener, in russisch-türkischer Kriegerromantik spielender Roman Tolstojs, ist in Fischers *Bibliothek zeitgenössischer Romane* aufgenommen worden. × Nicht minder gut ausgestattet ist Tolstojs Jugendbuch *Die Kosaken*, das Ullstein in einer sehr zu begrüßenden neuen Serie *Auslandsbücher* bringt. Zu dieser Volksaus-

gabe hat Bruno Wille eine gut unterrichtende Einführung gegeben. Erzählungen der Selma Lagerlöf, vereinigt unter dem Titel *Unsichtbare Bande*, gehören zur gleichen Sammlung; ferner Maupassants *Bel-ami* und das berühmte, erquickende Musterbeispiel englischen Humors, Jerome K. Jeromes *Drei Mann in einem Boot*. × Bruno Wolfgang bereichert die *Kleine Bibliothek Langen* mit einem Bändchen seiner lustigen, ironischen Skizzen *Hexentanz*. × Ganz in den Ton der *Kleinen Bibliothek Langen*, in diese leichte, manchmal gruselige, manchmal artig frivole Art, passen auch die Bändchen Josef Conrads *Das Biest*, Barbara Rings *Zwei Jahre später*, Hermann Wagners *Sieg der Dummheit*. Alles sehr unterhaltsame, nie törichte, nie philisterhafte Lektüre. × Hermann Stegemann geht in den Bahnen der gehobenen Familienliteratur und schildert in seinem Roman *Thomas Ringwald* /Berlin, Fleischel/ einen prachtvollen, noch im hohen Alter zur großen Lebens- und Liebestat fähigen Mann. Ringwald hat zu Beginn des Greisenalters die Wahl zwischen politischem Ruhm und baldigem Tod. Und er wählt das erste. Schilderungen von Überschwemmungen, von bewegten Stadtratssitzungen, von lyrischen Konzerten und Sommerfesten geben dem Buch die malerische Abwechslung. Daß keiner der Charaktere durchlebt sondern alles nur literarisch behandelt, sehr geschickt behandelt ist, mindert den Wert solcher Bücher kaum. × Paul Oskar Höcker hat für die Ullsteinsche Romanbibliothek den *Fasching* verfaßt, ein Unterhaltungsbuch, das mit seiner Tantenplauderei, mit seiner Prinzenromantik und Künstlerbummelerei alle naiven Leser höchlichst ergötzen wird.

× **Literatur** Nachdem Björnstjerne Björnson in Aulestad Grundbesitzer geworden war, schickte er seine Tochter Bergliot, heute Frau Bergliot Ibsen, nach Paris. Bergliot sollte dort Gesang studieren, und nicht nur der Segen des Vaters begleitete sie sondern auch dessen sehr zärtliche, lange und belehrende Briefe. Alles, was so vom Jahr 1887 bis 1890 zwischen Vater und Tochter an Gedanken und Entdeckungen ausgesprochen wurde, ist wertvollstes menschliches Dokument. Bergliot war in Seelennöte geraten, sie wußte nicht, wohin ihr Herz zu wenden. Wohl noch nie hat ein Va-

ter Worte gesagt, die an Aufrichtigkeit und tiefsehender Frauenkenntnis den Björnsonschen gleich wären. Björnson schildert seinen Sommermorgen und auch seinen Winterschneemorgen. Er gibt über Gesang und Musik die feinsten Urteile ab und achtet dabei so weit die Freiheitsrechte seiner Tochter, daß sein Takt wie ein befeuerndes Beispiel erscheint. Vielleicht sind diese Briefe Björnstjerne Björnsons an seine Tochter Bergliot Ibsen /Berlin, S. Fischer/ kostbarer als ein ganzer Band seiner Poesie. Und noch ein anderes: Briefe von Dichtern an ihre Geliebten und Freunde sind unzählig auf uns gekommen. Solche Aussprache zwischen Vater und Kind wurde selten gehört, und sie gewinnt deshalb Bedeutung als Zeugnis eines sehr tiefen ganz und gar auf Wahrheit beruhenden Verhältnisses.

## KULTUR

### Landwirtschaft / Arthur Schulz

**Liberaler Agrarliteratur** Die agrarpolitische Parteiliteratur des deutschen Linksliberalismus ist weder besonders groß noch besonders wertvoll. Gerade das umfangreichste Werk dieser Gattung, Georg Gotheins als *Materialsammlung immerhin schätzbares Agrarpolitisches Handbuch* /Berlin, Liebherr & Thiesen/ kann als Erkenntnisquelle am wenigsten uneingeschränkt empfohlen werden. Lesenswerten Artikeln pro innere Kolonisation und kontra Fideikommissbildung stehen zu viele handelspolitische Aufsätze gegenüber, aus denen allzusehr ein gewisser Doktrinarismus spricht. (Siehe über Gotheins Ansichten meinen Artikel *Freihandel in der Landwirtschaft in den Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 1. Band, pag. 168 ff.)

Im Vergleich zu Gotheins Handbuch bedeutet die Schrift des bekannten elsässischen Landwirts und Landtagsabgeordneten Alfred Wolf-Hunsbach *Die Stellung des Bauern in der deutschen Wirtschaftsentwicklung* /München, Nationalverein/ einen Fortschritt gerade auch in handelspolitischen Fragen. »Hier scheint mir«, schreibt der Führer der fortschrittlichen Volkspartei Elsaß-Lothringens, »eine Art historisch-kritischer Überlegenheit mehr am Platz als leidenschaftlicher Streit prinzipienfester Theoretiker, die ihre Hypothesen um jeden Preis verteidigen. Ich kann hierin Brentano und anderen nicht folgen, die ihr Freihandelsideal als sichtbaren Weg-

weiser in weiter Ferne aufstellen und verteidigen mögen. Wir, die wir auf dem steinigem Weg des politischen Werktags gehen, tun besser mit den Tatsachen dieses Werktags zu rechnen. Der Doktrinarismus im deutschen Liberalismus hat uns schon so viel auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet (Versicherungsgesetze und Freisinn und anderes) geschadet, daß wir daraus gelernt haben sollten.« Gegenüber Gothein, mit dessen Darlegungen er nicht in allen Punkten einig sei, erklärt Wolf, daß »weite Kreise des Liberalismus auch in der fortschrittlichen Volkspartei heute geneigt sind dem Zollgedanken zwar keine prinzipiellen, aber praktische Zugeständnisse zu machen. . . . In einem Punkt herrscht volle Einigkeit, daß nämlich der sofortige Übergang zum Freihandel von keiner Seite gefordert wird. In diesem Sinn ist es richtig, daß es ausgesprochene Freihändler heute nicht gibt. . . . Die Prophezeiungen der Gegner des Zolltarifs, Handelsverträge würden sich überhaupt nicht abschließen lassen mit solchen Zöllen, und wenn doch, nur solche, die unserer wirtschaftlichen Entwicklung die schwersten Schädigungen bringen würden, sind nicht entfernt in dem Umfang Wahrheit geworden, in dem sie damals erhoben wurden. Unsere Industrieentwicklung hat ihren Fortgang genommen, die Ziffern der Ein- und Ausfuhr sind weiter gestiegen, der prophezeite große Krach ist nicht gekommen. Auch die in Aussicht gestellte schwere Schädigung der Bauerninteressen durch Verschlechterung der Kaufkraft der Masse ist nicht eingetroffen.« Die Zölle hätten auch nicht, wie angekündigt, allein dem Großgrundbesitz genützt. »Die Abnahme bei den Betrieben von über 20 Hektar um insgesamt 1 324 519 Hektar von 1895 bis 1907 widerspricht der Annahme, daß Zölle unbedingt der Konzentration der größeren Betriebe zugute kommen.« Infolge dieser Erfahrungen sei »der Zollfanatismus im wesentlichen zu Ende und seine nochmalige Entfaltung dürfte den Reaktionen recht schwer fallen, aber fast ebenso schwer die Schaffung einer elementaren Stimmung für freie Wirtschaftspolitik.«

Verständigerweise tritt Wolf für die gänzliche Abschaffung aller Futtermittelzölle, dagegen für Aufrechterhaltung der Vieh- und Fleischzölle ein. Bei Aufhebung der letzteren müßte infolge der Einfuhr des argentinischen Frostfleisches ein Preissturz eintreten, der für

den Bauern ohne weiteres ruinös wäre. Dagegen eröffne bei Aufrechterhaltung der Vieh- und Fleischzölle »die bisherige Entwicklung der deutschen Viehzucht die bestimmte Aussicht, daß es dem Bauern gelingen wird den inländischen Bedarf an Fleisch zu decken, unter dem Vorbehalt natürlich, daß gewisse Hemmungen in der Bodenbesitzverteilung und Produktionskostenhöhe wegfallen«. Man möge deshalb »nicht immer das Gebiet als Tummelplatz erregter Stimmung wählen, das des deutschen Bauern Arbeitsfeld darstellt«. (Siehe hierzu meinen Artikel *Prairievieh- und Frostfleisch-einfuhr oder Eigenfleischversorgung?* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 1. Band, pag. 97 ff.)

Recht nachdenkliche Worte findet Wolf auch gegen das oft gehörte Argument, daß die Aufhebung der Getreidezölle gerade den ausübenden Landwirten durch Herabdrückung der Bodenpreise nützen werde. »Eins wird unseren Landwirten nie in den Kopf gehen, daß das Steigen der Güterpreise für die Landwirtschaft schlimm sei. Gerade mit dem sachlich zutreffenden Argument, daß höhere Grundstückspreise nur dem Verkäufer oder Verpächter zugute kämen, nicht aber den Käufern, Erben oder Pächtern, läßt sich nichts ausrichten beim besser gestellten Bauern. Steigende Güterpreise erhöhen das Gefühl der Existenzsicherheit, sinkende das der Unsicherheit. Es spielen hier starke suggestive Empfindungen eine große Rolle, mit denen zu rechnen ist und die eine direkt ökonomische Wirkung ausüben. Es ist für mich nicht der geringste Zweifel, daß eine plötzliche Herabsetzung der Getreidezölle auch die Bodenpreise des Bauernlands zum Sinken brächte, und zwar nicht nur in den Betrieben, die überschüssiges Getreide absetzen, sondern auch in den anderen. Eine merkwürdige Annahme, die sich indessen auf Kenntnis der eingewurzelten Stimmung stützt, als ob gute Getreidepreise ohne weiteres Blüte der Landwirtschaft zur Folge hätten... Die Katastrophe eines allgemeinen Bodenpreissturzes... träfe auch den Bauernstand, der zu hohen Preisen übernommen, geerbt und gepachtet hat, und die Folgen eines solchen Sturzes sind unabsehbar.«

Mit dem sachkundigen Inhalt der Schrift kontrastieren an einigen Stellen Urteile und Behauptungen, die sich nicht aufrechterhalten lassen. In der Politik des Freiherrn von Wangenheim glaubt der Verfasser den Geist der »alten gerissenen

Bauernleger« an der Arbeit zu sehen. Er sollte aber billigerweise anerkennen, daß gerade Freiherr von Wangenheim schon seit vielen Jahren ein ziemlich weitgehendes und in seiner Klasse leider recht seltenes Verständnis für die Notwendigkeit der Bauernansiedlung bewiesen hat. Unzutreffend ist auch Wolfs Behauptung, daß »die Halbblutzucht wesentlich Domäne des Großgrundbesitzes« sei. Im Gegenteil, die Aufzucht der jungen Milchtärpferde liegt ganz überwiegend in den Händen der Bauern, und von ihnen kauft der Großgrundbesitz geeignete Jährlinge und Zweijährige, um sie nach kurzem Training den staatlichen Remontekommissionen vorzustellen (siehe diese Rundschau, 1911, 2. Band, pag. 723 ff.). Solche Schwächen und Irrtümer können indessen an dem im ganzen günstigen Urteil über die Schrift des volksparteilichen Politikers nichts ändern. Sie ist ein bemerkenswertes Dokument jener durch alle Parteien gehenden geistesgeschichtlichen Entwicklung, die Wolf selbst konstatiert und würdigt, indem er schreibt: »Ein Stück des Agrarstaatsideals werden wir in alle Industriezukunft retten müssen, und es ist nicht uninteressant, daß auch Sozialdemokraten neben Freunden in unseren Reihen mehr als früher die Notwendigkeit betonen unsern Bestand an Landvolk und Ackerkultur höher einzusetzen in die wirtschaftliche Zukunftsrechnung unseres Volkes als es bisher geschah.«

×  
**Landarbeiter** Wie recht Wolf hat, wenn er den Bauern glücklich preist, der mit arbeitsfähiger Familie seinen Betrieb führen kann, sieht man ein, wenn man das vom Direktor des Arbeitsamts der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg, Heinrich Szagunn, bearbeitete, leider etwas spät publizierte Enquetewerk *Die landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse in der Provinz Brandenburg im Jahre 1905* /Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht/ studiert. Nach den sorgfältigen Erhebungen der Landwirtschaftskammer fehlten 1905 in Brandenburg 64 853 landwirtschaftliche Arbeiter, nicht weniger als der 5. Teil der zum Betrieb unbedingt erforderlichen Arbeitskräfte. Ganz im Niedergang begriffen ist das Scharwerkerinstitut. Während vor 40 Jahren die Hofgängerstellung noch ziemlich allgemein war, hielten 1905 nur 2879 Arbeiterfamilien (10 %) noch Hofgänger. Von den 178 895 ständigen landwirtschaftlichen Arbeitern in der ganzen

Provinz standen 60 429 (34 %) in dem jugendlichen Alter von 14 bis 20 Jahren. Meistens schon vor dem 20. Lebensjahr beginnt der Abfluß der Arbeiter nach der Stadt; auch der Eintritt in das Heer ist für viele der Anlaß den ständigen Wohnsitz in der Stadt zu nehmen. Von den über 14 Jahre alten Kindern der vor-handenen Arbeiterfamilien haben sich 20 622 anderen Berufen zugewandt, und zwar 7784 dem städtischen Gesindedienst, 4760 dem Handwerk, 4235 der Industrie, dem Handel und Gewerbe, 1008 dem Beamtenstand und 2835 anderen nicht landwirtschaftlichen Berufen. Davon wohnen 8266 in Berlin und 2957 in anderen Großstädten. (Über ver-wandte Erhebungen der pommerschen Landwirtschaftskammern siehe diese Rundschau, 1911, I. Band, pag. 284 ff.) 30 % aller ständigen Arbeiter befanden sich auf der letzten Stelle unter 1 Jahr, 23 % 1 bis 2 Jahre. Diesen *Zugvögeln* und nicht seßhaften Elementen standen immerhin noch 17 % gegenüber, die länger als 5 Jahr auf einer Stelle tätig sind. Szagunn meint, daß die Nichtseßhaftigkeit der Arbeiter die Nichtseßhaftigkeit der Landwirte zur Folge hat und eine der Ursachen bildet, weshalb der landwirtschaftliche Besitz von Hand zu Hand wandert.

In der ganzen Provinz wurden 1905 23 425 ausländische Wanderarbeiter beschäftigt, von denen 67 % Polen aus Rußland, 22 % Polen aus Galizien, 5 % Ungarn und je 3 % Ruthenen und Deutsche aus dem Ausland waren. Ganz unberechtigterweise verläßt sich Szagunn auf Rußland als die Hauptquelle unseres ausländischen Wanderarbeiterbedarfs. Die »ungeheuren Massen slawischer Bauern, die dort unter andauernden Hungersnöten zu leiden haben,« glaubt Szagunn für unsere Landwirtschaft noch mehr verwendbar machen zu können. Allein diese Massen dürften infolge der auch nach Stolypins Ermordung energisch betriebenen Agrarreformen, sobald sie nach Auflösung der unhaltbaren *Obschtschina* einmal Privateigentümer ihres Bodens geworden sind, in der Steigerung der Produktivität und Rentabilität ihres Landes ihre Lebensaufgabe suchen und für die Wanderarbeit nach Deutschland nicht mehr zu haben sein. Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber werden daher rechtzeitig Anstalten treffen müssen, um die inländische Landarbeiterschaft vor weiterer Abbröckelung zu bewahren und sie wieder zu vermehren. Das wird sich aber durch die

von Szagunn vorgeschlagenen Mittel, die an sich harmlose Prämien-gewährung und die schon nicht mehr harmlose Beschränkung der Freizügigkeit der Kinder und Jugendlichen, nicht erreichen lassen. Auch die Aussicht auf Erwerbung eines kleinen Eigentums in spätem Alter dürfte schwerlich genügen. Wirklich helfen kann nur eine möglichst umfangreiche Bauernkolonisation und eine sie ergänzende sozial einwandfrei gestaltete Landarbeiteransiedlung (siehe meinen Artikel *Sozialdemokratie, Landarbeiter-gewerkschaft, Landarbeiteransiedlung* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 790 ff.).

Eins der kleinen Mittel zur Milderung des Landarbeitermangels ist die Organisation der Rückwanderung jener deutschen Familien, die sich zum Teil schon vor Jahrhunderten in Polen und Rußland, besonders in Wolhynien und an der Wolga angesiedelt haben, seit mehreren Jahren aber wegen Verlustes alter Privilegien und wegen wirtschaftlicher Notstände ihre bisherigen Wohngebiete verlassen. Der *Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer* in Berlin vermittelt den unbemittelten Rückwandererfamilien Instmannsstellen, den bemittelten (es sind das etwa 20 %) Landarbeiter- und Bauernrentengüter. Über die bisherigen beachtenswerten Erfolge seiner Tätigkeit berichtet dieser Verein in einer im Selbstverlag veröffentlichten Broschüre *Deutsche Rückwanderer*. Wer wie ich in Posen und Westpreußen, wo allein die Ansiedlungskommission bisher etwa 4000 Rückwandererfamilien mit Land ausgestattet, und in Ostpreußen, wo die *Landgesellschaft* gleichfalls einige Hundert ansässig gemacht hat, zahlreiche Wirtschaften deutscher Rückwanderer gesehen hat, kann nur wünschen, daß möglichst viele dieser zum größten Teil tüchtigen Familien unserer Volkswirtschaft zurückgewonnen werden.

×

**Kurze Chronik** Die internationale Gartenbauausstellung, die im Juni dieses Jahres in der Londoner Vorstadt Chelsea stattfand, zeigte mir, daß die Züchtung und Pflege edler Blumen, vielleicht die nationalste Kunst des Inselvolks, in England in hoher Blüte steht, und daß auch der Anbau früher und feiner Gemüse heute auf den britischen Inseln nicht mehr so rückständig ist wie zu der Zeit, als Fürst Peter Krapotkin den englischen Farmern und Gärtnern die Kanalinseln Frankreich, Belgien und Holland als



Muster vorhielt. Immerhin tragen diese Länder auch heute noch viel zur Versorgung des berühmten und sehr sehenswerten Blumen-, Obst- und Früchtemarkts in *Covent Garden* bei. × Auch der deutsche Feldgemüsebau leidet beträchtlich unter der überlegenen Konkurrenz der durch bessere Technik und niedrigere Arbeitslöhne begünstigten Belgier und Holländer. Die preußische Regierung hat sich daher neuerdings zu verstärkter Förderung dieses bisher arg vernachlässigten Betriebszweigs entschlossen. × Die *Deutsche Gesellschaft für Züchtungskunde* hielt ihre diesjährige Wanderversammlung in Halle ab, um den in der Welt einzig dastehenden *Haustiergarten*, eine Gründung Julius Kühns, kennen zu lernen. Aus diesem Anlaß veröffentlichte Professor Simon von Nathusius im Verlag von Schaper in Hannover einen mit 52 Abbildungen ausgestatteten Leitfaden, in dem er die Kühnschen Sammlungen und Kreuzungsexperimente vom Standpunkt der heutigen Züchtungslehre und der an Gregor Mendel anknüpfenden Erblichkeitsforschung würdigt.

### **Kolonisation / Gerhard Hildebrand**

**Arbeiterfrage** Die von Egon Freiherrn von Dalwigk zu Lichtenfels bei Dietrich Reimer in Berlin veröffentlichte Broschüre *Dernburgs amtliche Tätigkeit in allgemeinen und seine Eingeborenenpolitik in Deutsch Ostafrika im besondern* ist nicht damit abgetan, daß man sie als Beitrag zur Psychologie des kolonialen *Junkertums* bezeichnet. Die *junkerliche*, das heißt die patriarchalische Auffassung vom Arbeitsverhältnis ist im Deutschland der Gegenwart sicherlich dem Untergang geweiht, und wenn es auch in den verlorenen Winkeln des deutschen Ostens Tagelöhnerschichten gibt, mit denen der einzelne Gutsbesitzer noch heute sehr junkerlich-patriarchalisch verfährt, so sind das nur abbröckelnde Inseln in der Flut wachsenden proletarischen Selbstbewußtseins, die zu stützen niemand ein Interesse haben kann, der die Flut nicht nur als unüberwindlich sondern auch als größten Kulturfortschritt ansieht. Ich bin daher nach Durchsicht zahlreicher Preßstimmen mit großem Mißtrauen an die Lektüre der Dalwigkschen Broschüre herangegangen, ja mit Verwunderung darüber, daß ein Mann wie der Konsul Vohsen, der an der Spitze der deutschen Kongoliga steht, eine Broschüre mit derartig *reak-*

*tionären* Ansichten überhaupt in seinem Verlag publizieren könne. Doch mußte ich mich davon überzeugen, daß Dalwigk nur den Niederschlag von Erfahrungen gibt, die fast jeder Europäer nach längerem Verkehr mit den afrikanischen Negern mitteilt. Im Durchschnitt äußern sich alle Europäer nach längerem Aufenthalt in den Kolonien dahin, daß der Neger heute noch einer festen Leitung bedarf, daß freilich ebenso auf der andern Seite jede Ungerechtigkeit, jede Brutalität sich durch Fortlaufen der Neger oder durch noch größere Unannehmlichkeiten bestraft macht. Es versteht sich, daß diese Selbstregulierung des Verhältnisses zwischen Negern und Europäern nur so lange vorhält als der Neger die Möglichkeit besitzt in sein Dorf zurückzukehren oder sich unerkannt respektive ungehindert von einem andern Europäer anwerben zu lassen. Jede Eingeborenenpolitik, die ihm diese Möglichkeiten nimmt, die also darauf ausgeht den Negern die eigene Scholle zu rauben, sie zu einer übermäßig langen Dauer ihres Arbeitskontrakts zu zwingen und sie einer Kontrolle zu unterwerfen, die den Wechsel ihres Arbeitsverhältnisses über den bloß launenhaften Kontraktbruch hinaus ungebührlich erschwert, ist deshalb ohne weiteres zu verwerfen. Aber im allgemeinen ist in allen deutschen Kolonien nicht mit einem Überangebot von Arbeitskräften sondern mit Arbeitermangel zu rechnen, und solange dieser Zustand dauert, wird in der Praxis, namentlich bei ausreichender Kontrolle durch die schon aus politischen Gründen zur Vorsicht genötigte Verwaltung, das patriarchalische System seine für den Neger günstigeren Seiten stärker zur Ausbildung bringen als seine ungünstigen, kulturhemmenden. Zurückzuweisen ist die Behauptung des Freiherrn von Dalwigk, daß die Regierung verpflichtet sei den Pflanzern Arbeiter zuzuführen und sie dadurch vor dem Ruin zu bewahren: Einmal, weil es weiße deutsche Untertanen seien, die ihr Leben und ihre Gesundheit aufs Spiel setzen, um den afrikanischen Boden der deutschen Kultur zu erschließen, dann, weil die Regierung besonders dazu aufgefordert habe. »Gewarnt sind die Pflanzern niemals worden, und das wäre Aufgabe der Regierung gewesen, wenn man sie ihrem Schicksal überlassen wollte.« Mit diesen Maximen kämen wir allerdings zur Einführung der Zwangsarbeit, über die übrigens Dalwigk zu streiten für zwecklos hält, »da

keine Regierung bei den jetzt in Deutschland herrschenden Ansichten einen solchen Arbeitszwang einführen kann». Aber auch die indirekten Mittel die Neger zur Arbeit zu erziehen können nicht unter dem Gesichtspunkt einer Verpflichtung der Regierung gegenüber den Pflanzungsbesitzern betrachtet werden. Die Frage, ob der deutsche Ansiedler oder die Pflanzungsgesellschaft an irgendeinem Punkt in den Kolonien genügend Arbeitskräfte findet, gehört zu den Vorfragen, die ebenso wie die Landfrage, die Kapitalfrage, die Klima-, Verkehrs- und Absatzfrage vor der endgültigen Niederlassung erledigt sein müssen und Privatsache des einzelnen Unternehmers sind. Die Regierung kann nur Dienste leisten, die im Interesse der allgemeinen Landeskultur liegen, nicht solche, die dem einzelnen Unternehmer jede Verlegenheit und jedes Risiko ersparen. So kann auch der Arbeitsmarkt nur in dem Grad beeinflusst werden, in dem beispielsweise die Einführung einer Hütten- oder Kopfsteuer durch die finanziellen Bedürfnisse der Kolonie gerechtfertigt ist, oder in dem die Schaffung von Verkehrsmitteln und einer gut funktionierenden Arbeitsvermittlung das Angebot von Arbeitskräften belebt sowie an die Stellen der stärksten Nachfrage leitet. Aber wollte die Kolonialverwaltung es als ihre Pflicht betrachten alle deutschen Ansiedler und Pflanzungsgesellschaften mit der von ihnen beanspruchten Anzahl von Arbeitern zu versorgen, dann würde eine endlose Treiberei die notwendige Folge sein.

Die Klagen Dalwigks über das Treiben der Inder in Ostafrika mögen berechtigt sein, aber wenn er, wie es scheint, das Übel mit der Wurzel ausgerottet sehen möchte, dadurch daß den Indern die Existenz in Deutsch Ostafrika bis zur Unmöglichkeit erschwert wird, so vermißt man zunächst einmal greifbare Vorschläge, kommt aber schließlich doch auch zu dem Ergebnis, daß mit Radikalmitteln nichts geholt ist. Er gibt selbst zu, daß es nicht an den Indern allein liegt, wenn der Neger im Kleinhandel nach allen Regeln der Kunst über den Löffel barbiert wird, denn »die *Deutsch Ostafrika-Linie* und die *Deutsch Ostafrika-Gesellschaft* zwingen die Inder den Reis zu einem solchen Preis abzugeben, daß dieser kaum für die Neger zu erschwingen ist«. Meiner Erinnerung nach sind es gerade indische Großhändler gewesen, die durch Organisation direkter Reistransporte das Monopol der ge-

nannten Gesellschaften gelegentlich durchbrochen haben. Ferner ist nicht zu übersehen, daß der ostafrikanisch-indische Handel eine große Zukunftsbedeutung besitzt und sich weder hüben noch drüben ohne indische Vermittlung im höchstmöglichen Maßstab entwickeln kann. Endlich mag es wohl für Deutsch Ostafrika zutreffen, »daß die Inder, die nach Afrika kommen, durchschnittlich zum Auswurf ihrer Rasse gehören«, aber keineswegs zum Beispiel für Natal, wo sich die Zahl der Inder von 41 000 im Jahr 1891 auf über 141 000 im Jahr 1911 vermehrt hat, und wo die Inder in der Zuckerfabrikation und sonstigen Gewerbebezweigen eine Leistungsfähigkeit aufzuweisen haben, die die Neger bei weitem nicht erreichen. Man wird ihnen also im deutschostafrikanischen Kleinhandel gewiß auf die Finger sehen müssen, sie aber zur Entfaltung des indisch-afrikanischen Überseehandels und vielleicht auch mancher afrikanischen Produktionszweige nicht entbehren können. Außerdem ist zu beachten, daß jede ungebührliche Behandlung der Inder in Ostafrika auch auf die Beziehungen des deutschen Handels in Indien ungünstig zurückwirkt. Die südafrikanische Inderfrage gehört nicht zu den geringsten Verlegenheiten der Londoner Zentralregierung, da hier die *Autonomie* der südafrikanischen Union ständig mit den Interessen des Gesamtimperiums in Konflikt gerät. Hier ist einer der Punkte, an dem es sich zeigt, daß mit bloßer patriarchalischer Bevormundung der Neger nicht alles getan ist, daß die Küsten neger vielmehr auch geistig und moralisch zu einer gewissen Widerstandsfähigkeit gegen Halsabschneiderei erzogen werden müssen.

×  
**Südkamerun** Die Handelskammer für Südkamerun hat unter dem Titel *Der Handel in Südkamerun in den Jahren 1908 bis 1911* einen 280 Druckseiten starken Bericht herausgegeben /Berlin, Dietrich Reimer/, der zum Teil als Verteidigungsschrift, in noch höherem Grad als temperamentvolle Anklageschrift gegen die »Herren vom grünen Tische« im Kolonialamt und im Reichstag zu wirken bestimmt ist. Zu verteidigen und zu rechtfertigen gibt es allerdings in Südkamerun allerlei, was uns *Humanitätsdustern* im Mutterland an den Zuständen Südkameruns nicht gefällt, und wofür wir in der Regel die Kautschukfirmen, ihre Angestellten und Agenten verantwortlich zu machen ge-

neigt sind. Daß nach dieser Richtung hin eine Verständigung auf recht bedeutende Schwierigkeiten stößt, mag durch die bloße Anführung folgender Stelle des Berichts beleuchtet werden: »Will man die Konsequenzen der zu Hause gepredigten Humanität ziehen, so bleibt den Europäern nichts anderes übrig als die Kolonie sofort zu verlassen und die Eingeborenen ihrem frühern Zustand zurückzugeben. Beim Zusammentreffen einer hohen Kultur mit primitiven Naturvölkern (und dieser Gegensatz drückt dem Südkamerunhandel sein Gepräge auf) läßt sich die Schonung des einzelnen Eingeborenen nicht durchführen. Diese Schonung hat zur Voraussetzung, daß die Kolonisation bei ihrem Vordringen auf das langsame Wachstum der Aufnahmefähigkeit des Eingeborenen Rücksicht nimmt. Das Tempo der Kolonisation wird aber nicht von Eingeborenen sondern von Europäern angegeben. Wenn sogar die öffentliche Meinung zu Hause nach einer *schnellen Entwicklung* der Kolonien verlangt, so darf sie sich den unvermeidlichen Konsequenzen dieser Forderung nicht verschließen.« Solchen Auffassungen gegenüber, die bei den Kameruner Südfirmen traditionell vorherrschen, gilt es allerdings zu Hause die Ansprüche an eine schnelle Entwicklung der Kolonie nicht zu überspannen und den Sonderinteressen des Handels in einer verständigen Verwaltung und Kontrolle ein Gegengewicht zu schaffen, damit die Rücksicht auf die Aufnahmefähigkeit der Eingeborenen und das ihnen mögliche Tempo des Fortschritts nicht zu kurz kommt. Im übrigen braucht die hier zutage tretende Differenz zwischen den Auffassungen kein Hindernis für die Würdigung der Leistungen, Bedürfnisse und Wünsche des Südkameruner Handels zu sein, der doch auch seinerseits anerkennt, daß mit dem schließlich unausbleiblichen Rückgang der natürlichen Kautschukbestände die selbständige Produktion der Eingeborenen mehr und mehr das Rückgrat der Südkameruner Kolonialwirtschaft werden muß.

Es läßt sich nicht leugnen, daß durch die Richtung, die die Mittellandbahn auf das obere Njong- und Dumegebiet hin bekommen hat, die Einflußzone des Hafens von Kribi bedeutend eingeschränkt wird. Die in der Handelskammer für Südkamerun vereinigten Firmen von Kribi plädieren deshalb dringend dafür die Mittellandbahn nicht über den Njong hinaus fortzuführen und

statt dessen ihre Hauptlinie über Jaunde, Dengdeng und Kunde nach dem Nordosten bis zur südlichen Schiffsahrtsgrenze des zum Chari-Tschad-System gehörigen Logone weiterzuführen. Da sie sich hierfür auf wichtige Gründe und auf die Zustimmung unparteiischer Gouverneure und Schutztruppenoffiziere berufen können, ist dieser Vorschlag zum mindesten noch ernster Prüfung wert. Für sich selbst beanspruchen die Kameruner Südfirmen eine Eisenbahn von Kribi nach Dongo an der obern Schiffbarkeitsgrenze des zum Ssanga gehörigen Dscha (Ngoko). Ursprünglich ist ja wohl die Absicht vorhanden gewesen die Verbindung mit dem obern Ssangasystem von Duala-Edéa aus mit der Mittellandbahn herzustellen. Dies ist namentlich deswegen noch heute ein sehr beachtenswerter Plan, weil die Bahn von Duala bis zum Njong nun einmal da ist und die Verbindung mit dem Ssangasystem viel schneller erreichen kann als ein von Kribi aus erst vollständig neu zu erbauender Schienenweg. Denn auch die Schnelligkeitsfrage spielt jetzt nach der bedeutenden Vergrößerung Südostkameruns aus politischen wie wirtschaftlichen Gründen eine Rolle. Deshalb wäre zu erwägen, ob man nicht den Südkameruner Bedürfnissen in der Weise entgegenkommen kann, daß man die Mittellandbahn zwar nicht nach Dongo zum Dscha, aber weiter nördlich durch das Quellgebiet des Dscha und Bumba im Gebiet von Lomie nach Nola an der obern Schiffbarkeitsgrenze des Ssanga führt. Der Bumba wird bis in die Gegend zwischen Lomie und Posten Plehn hin ebenfalls für schiffbar gehalten, so daß hier neben dem Ssanga noch ein weiterer natürlicher Zubringerweg für diese Trasse zur Verfügung stehen würde. Einer Südbahn Kribi-Ebolowa-Akoafim bliebe dann immer noch für später die Aussicht auf eine Weiterführung nach Dongo, falls es sich nicht als zweckmäßiger erweisen sollte sie zur Aufschließung des neuerworbenen Kameruner Südgebiets zu benutzen und sie zu diesem Zweck nach dem Iwindostromsystem zu leiten.

Südkamerun ist abgesehen von seinem Kautschukreichtum, der eine planmäßige Kultur wahrscheinlich auch noch in Konkurrenz mit Ceylon und Malakka gestatten wird, ein Ölpalmengebiet erster Ordnung. Daneben läßt sich dort Reis- und Zuckerrohrkultur im großen Umfang (zum Export) betreiben. Die Bevölkerung steckt allerdings noch in tief-

ster Barbarei, so daß Menschenfleisch vielfach sehr geschätzt wird. Aber das besagt schließlich nicht viel, wenn man sich die außerordentlich schnelle Umwandlung der nicht weniger barbarischen, wenn auch politisch bereits besser organisierten Aschantibevölkerung binnen weniger Jahrzehnte britischer Herrschaft vergegenwärtigt. Zur Kenntnis des Landes, seiner Bewohner und der wirtschaftlichen Zukunftsmöglichkeiten bringt der Südkameruner Handelsbericht viel gutes Material.

× **Brasilien:** Unter den von Deutschen verhältnismäßig stark besiedelten 3 südlichsten brasilianischen Bundesstaaten ist der mittlere, Santa Catharina, bis in die Gegenwart hinein am wenigsten vorwärts gekommen. Während sich in den Nachbarstaaten Parana und namentlich Rio Grande do Sul mit fortschreitender Siedelung bedeutende Binnenverkehrswege erschlossen, blieb Santa Catharina mit Ausnahme einer kleinen Minenbahn im äußersten Süden ohne Schienen. Sein wichtigster oder wenigstens bester Hafen Sao Francisco liegt in der äußersten Nordostecke auf einer Insel, der nächstbeste Hafen Florianopolis (Desterro) zwar dem mittleren Teil des Staates vorgelagert, aber ebenfalls auf einer Insel, und der demnächst in Frage kommende Hafen Itajahy in der Nähe der bedeutendsten deutschen Kolonien lohnte die Ausbaukosten nicht, solange das Hinterland nicht durch Eisenbahnbau erschlossen wurde. Hierfür aber besaß der Staat nicht die Mittel und der Bund kein Interesse, auch das private Kapital hielt zurück. Die Folge war, daß die Siedelung kaum über 100 Kilometer landeinwärts ging, und das ganze ausgedehnte Hinterland bis zu den argentinischen Misiones hin eine fast völlig menschenleere Einöde blieb. Die erste Wendung zum Bessern kam, als im Jahr 1906 eine deutsche Studiengesellschaft gegründet und 1907 in die *Santa Catharina-Eisenbahngesellschaft* umgewandelt wurde, die eine 75 Kilometer lange Bahn von Blumenau an der obren Schifffahrtsgrenze des Itajahy bis zur Hansakolonie baute. Aber die Aussichten dieser kleinen Stichbahn blieben angesichts der geschilderten Verhältnisse ungünstig, solange sich nicht die brasilianische Bundesregierung für die Unterstützung des Unternehmens interessierte. Dies Interesse ist aber erst in den allerletzten Jahren durch ganz eigentümliche Umstände

erweckt worden. Brasilien hat im Lauf der letzten Jahre die politische und wirtschaftliche Bedeutung der großen Durchgangsbahnen erkannt. Den einzigen Verkehrsweg zwischen Nord und Süd bildete bis vor nicht langer Zeit der Ozean. Die Verhältnisse drängten schließlich zur Schaffung einer binnenländischen Bahnverbindung, in erster Linie zwischen Rio de Janeiro respektive Sao Paulo und Rio Grande do Sul, dann aber auch zwischen dem brasilianischen System und Paraguay, Argentinien und Uruguay. So kam es vor Jahr und Tag zur Vollendung einer großen Durchgangsbahn Rio de Janeiro-Montevidео, die auch den Staat Santa Catharina zwischen Uniao da Victoria im Norden und Alto Uruguay im Süden auf eine Länge von 363 Kilometer quer durchschneidet, ein menschenleeres Hinterland in 300 bis 400 Kilometer Entfernung von der Küste. Natürlich kann diese Bahn vom großen Durchgangsverkehr allein nicht existieren, und es blieb der Bundesregierung nun weiter nichts übrig als sich auch für die Herstellung der Anschlüsse zu interessieren. Innerhalb des Staates Santa Catharina kommen hauptsächlich 2 große Ostwestbahnen in Frage. Im Norden die Linie Sao Francisco-Uniao da Victoria, die aus politischen Gründen schließlich bis Paraguay durchgeführt werden soll, und in der Mitte die Fortsetzung der Santa Catharina-Eisenbahn. Diese Bahn wird von der Bundesregierung übernommen und auf deren Rechnung von der deutschen Gesellschaft ausgebaut, und zwar im Osten von Blumenau bis zur Itajahymündung, deren Hafen nun endlich ausgebaut werden soll, im Westen bis zum Kreuzungspunkt mit der Nordsüdbahn und dann weiter bis zur Mündung des Rio Pepiry Guassu in den Uruguay, das heißt bis zum Zusammentreffen des Uruguay mit der argentinischen Grenze. Die ganze Länge der Santa Catharina-Eisenbahn einschließlich der zunächst in Aussicht genommenen Zweiglinien wird 1000 Kilometer betragen. Das Baukapital bringt die Bundesregierung durch eine 4prozentige Goldanleihe auf, deren ersten Teilbetrag von 48 Millionen Mark die *Santa Catharina-Eisenbahngesellschaft* übernimmt, die natürlich auch den Bau selbst herstellt und den Betrieb der Bahn bis 1971 pachtet. Dies ist die erste größere Beteiligung deutschen Kapitals am brasilianischen Bahnbau, wichtig nicht nur durch die mit ihm der deutschen Industrie gesicherten Aufträge sondern auch durch

die endliche Erschließung eines brasilianischen Staates, in dessen Küstengebieten bereits viel deutsche Arbeit geleistet, dessen Entwicklung aber bisher durch die Ungunst der Verhältnisse stark hinter der der Nachbarstaaten zurückgeblieben ist. Man darf das Zustandekommen dieses Vertrags wohl als Beweis dafür ansehen, daß die brasilianische Regierung sich von der Grundlosigkeit ihres lange gehegten Mißtrauens gegen deutsche Betätigung in Südbrasilien überzeugt hat und in Zukunft unsere Landsleute nicht schlechter zu behandeln gedenkt als die Angehörigen anderer Nationen, die in Brasilien kolonisationsartige Arbeit leisten.

× **Kurze Chronik** Der Außenhandel von Deutsch Ostafrika erreichte im vergangenen Jahr die Summe von 45 891 642 Mark gegen 38 658 777 Mark im Jahr 1910. Auf die Ausfuhr entfielen 22 437 760 Mark gegen 20 805 394 Mark im Jahr 1910. × Der Außenhandel von Kamerun stieg von 45 404 174 Mark im Jahr 1910 auf 49 778 397 Mark und in der Ausfuhr von 19 923 667 auf 21 250 883 Mark. × Der Außenhandel von Togo erreichte 1911 die Höhe von 18 937 582 Mark gegen 18 039 244 Mark im Vorjahr, die Ausfuhr stieg von 7 222 123 auf 9 317 552 Mark. × Die Einnahmen der im Betrieb der Ugandabahn befindlichen Schiffahrt auf dem Viktoriassee betragen im Verkehr mit den Häfen von Deutsch Ostafrika 1909-1910 728 104 Rupien, 1910-1911 bereits 1 008 739 Rupien gleich rund 1,4 Millionen Mark. × Der Außenhandel von Deutsch Neuguinea ist von 7 325 184 Mark im Jahr 1910 auf 9 251 991 Mark im vergangenen Jahr gestiegen, darunter die Ausfuhr von 3 593 110 auf 4 002 850 Mark. × Der Außenhandel von Samoa betrug 1911 8 456 221 Mark gegen 6 996 107 Mark im Vorjahr. Die Ausfuhr stieg von 3 528 760 Mark auf 4 389 983 Mark. × Nur der Handel Deutsch Südwestafrikas hat im vergangenen Jahr einen Rückgang gehabt, im ganzen von etwas über 79 Millionen auf 73 875 202 Mark und in der Ausfuhr von 34 691 371 auf 28 573 247 Mark. Der Rückgang ist durch die Abnahme der Diamanten-, der Kupfer- und Bleierzausfuhr verursacht. Tierische Produkte zeigen im ganzen eine Tendenz zum Ansteigen. × Die Kameruner Nordbahn (160 Kilometer) hat in ihrem 1. Betriebsjahr vom 1. April bis Ende 1911 eine Gesamteinnahme von

380 432 Mark erzielt. Die Ausgaben für den Betrieb erreichten 319 642 Mark (84 % der Einnahme), so daß ein Betriebsüberschuß von 60 790 Mark übrigblieb. Mehr als der 4. Teil der Einnahme entfiel auf den Personenverkehr, und zwar benutzten nicht weniger als 87 079 Eingeborene die Bahn. Im Güterverkehr gingen 76 von 100 Tonnen nach der Küste, ein Beweis für die starke Wirkung der Bahn auf die Ausfuhr. × Die Vorbereitung der Kongo-Sangha-Ubangi-Expedition des *Kolonialwirtschaftlichen Komitees* zur Erforschung der Wasserverhältnisse von Neukamerun wird so betrieben, daß die Ausreise im Dezember erfolgen kann, um die Periode der abnehmenden Wasser bis zum Niedrigwasserstand (Januar bis April) auszunutzen. × Ein im *Tropenpflanzer* zustimmend abgedruckter Artikel der *Deutschen Lebensmittelzeitung* über den Bananenhandel in der Südsee weist auf die ständig wachsende Aufnahmefähigkeit des westlichen Nordamerika und des australischen Commonwealth für Bananen und auf die günstige Lage auch Samoas neben anderen Südseeinseln für die Aufnahme dieses Produktionszweigs hin. Daß die Entwicklung der deutschen Südseegebiete zu wesentlichen Teilen vom Aufschwung der großen pazifischen Märkte abhängt, war schon seit langem erkennbar. Neuerdings sprechen verschiedene Anzeichen dafür, daß sich diese Kombination allmählich anbahnt. × Die Rhodesia-Katanga-Eisenbahn erhält nun endlich im Lauf dieses Jahres ihre Fortsetzung von Elisabethville nach Kambove (162 Kilometer), worauf im nächsten Jahr die Strecke Kambove-Bukama (320 Kilometer) begonnen werden soll, deren Fertigstellung für 1914 in Aussicht gestellt wird. Zwischen Bukama und Kongolo verkehrt ein Dampfer.

× **Literatur** Einen *Wirtschafts-atlas der deutschen Kolonien* /Berlin, Dietrich Reimer/ hat Professor Dr. M. Eckert auf dem deutschen Kolonialkongreß 1910 angeregt und im Auftrag des Vorstands der *Deutschen Kolonialgesellschaft* mit Unterstützung der bekannten Kolonialkartographen Paul Sprigade und Max Moisel bearbeitet. Der Atlas umfaßt 52 Blatt und ist ein wertvolles Hilfsmittel zur Einführung in die deutsche Kolonialkunde. Der Landkartenteil enthält außer einer Weltkarte »zur Übersicht der politischen Verteilung der

Erde und einer Isochronenkarte der Erde mit Darstellung der wichtigsten Eisenbahn- und Postdampferlinien nebst den Zonen, die von Berlin aus auf schnellstem Weg in gleichen Zeitabschnitten erreicht werden, eine politische Karte von Afrika und je eine Karte der einzelnen afrikanischen Kolonien Deutschlands, der Südseekolonien insgesamt und des Pachtgebiets Kiautschou einschließlich des Bereichs der Schantungseisenbahn: Hierzu kommen dann außer Stadtplänen von Lome, Duala, Daressalam usw. zahlreiche Spezialkarten, aus denen eine Vorstellung über die Bevölkerungsdichtigkeit, die Gesundheitsverhältnisse für Europäer, die Niederschläge, die allgemeinen wirtschaftlichen Grundlagen (Ackerbau, Viehzucht, Tsetsegefahr, Plantagengebiete), über die Verteilung der Nahrungsmittelpflanzen, der Faserpflanzen, der Öl, Kautschuk und Gummi liefernden Pflanzen und über das Vorkommen von Mineralien zu gewinnen ist. An die Spezialkarten schließen sich graphische Darstellungen über die Entwicklung des Welthandels, des deutschen Außenhandels, spezieller deutscher Einfuhrprodukte (Baumwolle, Kautschuk, Kakao, Palmkerne und Kopra) und über den Außenhandel der einzelnen deutschen Kolonien, den deutschen Anteil daran, ihre Hauptausfuhrprodukte. So weit wie möglich werden die graphischen Darstellungen für eine 10jährige Periode (1900 bis 1909 respektive 1901 bis 1910) gegeben. Aus dieser Aufzählung ergibt sich, daß der Atlas sehr reichhaltig ist. Er erfüllt seinen Zweck so vollkommen wie es der derzeitige Stand der landeskundlichen Forschung und ihr erstmaliger Niederschlag in einem Wirtschafts atlas nur eben zulassen. Im einzelnen muß man freilich bei der Benutzung des Atlas eine gewisse Vorsicht beobachten. So nimmt sich die Schiffbarkeit des obern Benue und seiner Nebenflüsse auf der Kameruner Karte recht stattlich aus. Tatsächlich ist der Strom ganz 2 Monate im Jahr bis Garua aufwärts für Dampfer passierbar, und alle übrige Schiffahrt im deutschen Benuegebiet beschränkt sich auf einen bescheidenen Boots- und Kanuverkehr. Für den obern Njong in Südkamerun, der als Zubringer für die Mittellandbahn in Frage kommt, berechnet Emil Zimmermann gelegentlich seiner Durchreise (im April des Jahres) bei 200 Betriebstagen die Höchstleistung auf 8000 Tonnen stromab und 6000 Tonnen stromauf mit dem Hinzufügen,

ob diese Höchstleistung erreicht werde, könne erst die Zukunft zeigen. Schiffbarkeit ist also in Afrika ein sehr relativer Begriff, und ähnlich sind alle übrigen Angaben, namentlich auch die der Spezialkarten, jeweils mit einem Körnchen Salz zu genießen. Trotz dieser überall festzuhaltenden Bedingtheit kann der Atlas noch über den unmittelbaren Darstellungszweck hinaus zur Auffrischung, in manchen Fällen sogar als Quelle kolonialwirtschaftlicher Anregungen dienen, besitzt also eine sehr weitgehende Brauchbarkeit.

## DIVERSA

### Neuerscheinungen

**Bibelausgaben** Es ist zu bemerken, daß in unseren Tagen, in denen von zwei Seiten: von der monistischen *Aufklärung* und von der vergleichenden Religionswissenschaft, die Grundlagen der biblischen Religion unterminiert werden, gleichwohl ein besonderes, aus dem Gefühl stammendes Bedürfnis nach näherer und innigerer Beschäftigung mit der Bibel sich zeigt. Man sieht das auch an der Tatsache, daß gerade in den letzten Jahren eine Reihe neuer Bibelausgaben erschienen ist. Ich meine damit nicht die von den Bibelgesellschaften zu kirchlich-propagandistischen Zwecken hergestellten Drucke. Ich meine vielmehr Ausgaben, die von neutralen oder einer entschieden modernen Richtung angehörenden Verlegern veranstaltet werden, die die *Heilige Schrift* nur als Werk für sich, keinesfalls als Stütze einer kirchlichen Organisation nehmen. Was ist es, daß die Bücher der Bibel, trotz aller naturwissenschaftlichen und historischen Gegenbeweise, mit unseren Empfindungen unauflöslich vereinigt? Als Epos kann der Bibel Homer zur Seite gestellt werden, die Ethik kann man auch im Stoizismus suchen, und der Nimbus des Alters muß mit anderen, mit babylonischen und ägyptischen Schriftstücken geteilt werden. Es ist also nicht das einzelne, überhaupt nicht irgendein bestimmtes Moment, das der Bibel ihre einzige Stellung verleiht. Es ist vielmehr die Gesamtheit, die das ganze menschliche Leben umfaßt: alle seine Gefühle, Wünsche, Hoffnungen, sein ethisches Wollen, auch die Lust am Gegenständlichen, die Freude an der künstlerischen Form; dazwischen die trockenen Rechtsbeziehungen, Vorschriften über Dinge, die unserm Gesichtskreis längst entrückt, ja kaum mehr vorstell-

bar sind. Und alles zusammen von dem Reiz, den nur etwas ausüben kann, was uns von frühesten Jugend auf vertraut ist. Für die Worte dieser Urkunde haben Tausende von Menschen ihr Leben gelassen. Ein Jahrhundert folgte dem andern, die Menschen und die Anschauungen wurden andere, aber diese Schrift blieb bestehen, wurde einer Generation von der andern übergeben und von jeder mit immer neuer Bedeutung übernommen. Die blutvollen Erzählungen von den Patriarchen, den Richtern und den Königen wirken auf das Gemüt, auch wenn der Verstand sich von naiver Gläubigkeit längst abgewandt hat, und die Stimmung des Alten Testaments (wie sie in Hauptmanns *Hirtenlied* liegt) übt seinen verjüngenden Zauber auf jeden nicht rationalistisch Verhärteten. Die Leidenschaft und sittliche Erhabenheit der Propheten, die die Geistesreligion gegründet haben, führt auch heute noch auf jene Höhe der Ethik, die eine Einheit von Gesinnung und Tat erfordert. Die prophetische Religion, die ihren zweiten Niederschlag dann nach jahrhundertelanger Wirkung und Entwicklung im Neuen Testament und in der gleichzeitigen nichtkanonischen jüdischen Literatur findet, hat das sittliche Handeln zum religiösen Postulat gemacht, und diese Errungenschaft ist der Menschheit bis heute nicht wieder verloren gegangen. Ihre Quelle aber findet man in jenen alten Büchern. Wenn in den letzten Jahrzehnten versucht wurde die Religionsurkunden anderer Völker an deren Stelle zu setzen, so soll gewiß nicht verkannt werden, daß überall eine religiöse Entwicklung stattgefunden hat, die den unmeßbaren Wert der menschlichen Seele in allen Völkern zeigt. Gleichwohl versteht man es, daß dem universellsten Künstler unserer Tage (der eben starb), daß dem August Strindberg, wie er am Schluß seines Lebens in seinem *Blaubuch* sich gesteht, die heiligen Schriften der andern im letzten Grunde zu »einfach« und »fremd« waren, und daß er schließlich alles beiseite warf und »Jesaja, Hiob und den Psalter« las. Strindberg kann auch nicht finden, »daß die Heiligkeit der Bibel durch die neuen Entdeckungen verringert wird«. In der Tat: Wer die bibelkritische Literatur aufmerksam liest, findet, daß bei aller Parallelität, ja Gleichheit mit andern, bei aller Berührung und Durchsetzung von andern, doch in der Bibel ein Eigenes bleibt, das auf eine, dem andern unbekanntes Höhe führt. Das gerade macht die starke Einheit der Bibel, die sie bei aller Atonisierung ihrer

Bestandteile durch die minutiöse Quellscheidung, wie sie die scharfsinnige Arbeit der modernen Theologie zustande gebracht hat, trotz der Widersprüche im Kleinen doch als ein mit innerer Notwendigkeit zusammengehöriges Ganze erscheinen läßt.

Ein wirkliches und letztes Eindringen in den Gehalt und den Sinn der biblischen Schriften kann natürlich nur geschehen, wenn man sie in den Ursprachen liest. Aber gerade für die Deutschen ist in der Lutherschen Übersetzung ein Werk geschaffen, das an Fülle des Lebens selbst neben dem Original bestehen kann. Das kräftige, ruhige und leidenschaftliche Hebräisch des Alten und das durch das Eindringen der Volkssprache sich merkwürdig verjüngende Griechisch des Neuen Testaments sind von Luther in ein Deutsch von unvergleichlicher Erhabenheit und Wärme gebracht worden. Über den Wert der Lutherbibel kann hier nichts mehr ausgesagt werden. Wenn sie aber als Kunstwerk heute so dasteht wie früher, so ist sie doch, wie nachgerade jeder weiß, in der Genauigkeit durch die Forschung der Zwischenzeit überholt. Man denkt jetzt historischer, und so sehr man sich gegen ein Überwuchern des kritischen Geistes schützen muß, der mit allen spitzfindigen Deduktionen oft gerade gegen einfache Tatsachen blind ist, die von der Empfindung als selbstverständlich begriffen werden, so sehr ist es zu begrüßen, wenn auf der andern Seite durch diese Kritik auch der allegorisierende Überzug späterer Jahrhunderte, der die natürliche Quelle des wirklichen Lebens verdeckt, wieder entfernt wird. Es ist erfreulich, daß man heute doch schon so ziemlich allgemein das *Lied der Lieder* als das nimmt, was es ist: als die ewige Poesie der Liebe zwischen Mann und Weib in einzigartiger Form, nicht als einen blassen Freundschaftsschemen oder gar als Lobgesang zum Ruhm einer Kirche. Der konkreten Sprache Luthers widerstreitet an sich solche Allegorisierung durchaus; nur durch die moderierenden Überschriften, die der Lutherbibel beigegeben sind, wird jener Schein ermöglicht.

Die Neuausgabe der Lutherschen Übersetzung der *Heiligen Schriften*, die der in vieler Hinsicht verdienstvolle Verlag von Georg Müller in München in 4 Bänden besorgt hat, hat mit dem Usus jener Überschriften vernünftigerweise gebrochen. Diese Ausgabe gibt den Lutherschen Text wieder, zu dem ja auch die Empfindung stets greifen wird, während

der kritische Verstand die vortreffliche Kautzsch-Weizsäcker'sche Textbibel nehmen wird, die in größtmöglicher Genauigkeit den gegenwärtigen Stand der Bibelwissenschaft widerspiegelt. In der äußern Form gibt die Müllersche Ausgabe die *Heiligen Schriften* als ein Erzeugnis der Weltliteratur. Die Absätze nach Versen und die dadurch notwendig werdende traditionelle Spaltung der Seiten sind weggefallen, der Text geht in fortlaufender Erzählung weiter. Man kann das Ganze lesen wie man ein gutes Buch liest, in das man sich vertieft, und das man immer wieder in Stunden der Stimmung zur Hand nimmt. Die Ausstattung der 4 Bände ist von schöner Einfachheit: gar kein kirchlicher Habitus, ohne den man sich eine Bibel sonst kaum vorstellen konnte. Ein klarer Druck, ohne Ziererei, ein gutes Papier, ein großes und dabei handliches Format: so sind die Bände recht geeignet wirklich von dem Leser in Gebrauch genommen zu werden. Der Müllersche Verlag, der schon öfter seine guten Instinkte bei Neuausgaben bewiesen hat, zeigt hier, wie man die Bibel auch als Werk der erzählenden Kunst genießen kann, ohne daß sie von ihrer sittlichen Würde einbüßt. Die Müllersche Bibel ist ein wirkliches Gebrauchsbuch, und es wird sicher sehr viele geben, die sich diese Bände zu dauerndem Besitz anschaffen werden.

Ein anderes Gesicht zeigt die große Ausgabe, die vom Verlag George Westermann in Braunschweig unter dem Titel *Die Bücher der Bibel* veranstaltet wird, und von der bisher nur der 1. und der 6. Band erschienen sind. Sie will alles vereinigen, was die Bibel bieten kann: künstlerischen Genuß, wissenschaftliche Erkenntnis und religiöse Erbauung. F. Rahlwes hat die einzelnen Bücher mit Einleitungen versehen, die deren Charakter skizzieren und auch einiges über den geschichtlichen Zusammenhang mitteilen. Dem Text selber ist die Übersetzung von Eduard Reuß zugrunde gelegt, doch sind auch die Fortschritte mit berücksichtigt, die die Bibelwissenschaft in den beiden Jahrzehnten seit dem Erscheinen der Reuß'schen Arbeit gemacht hat. Die Erforschung der hebräischen Metrik, die seitdem ein großes Stück weitergediehen ist, legte dem Herausgeber die Notwendigkeit nahe den rhythmischen Charakter namentlich der eigentlich poetischen Teile stärker hervortreten zu lassen: eine Arbeit, die seinem feinen Verständnis größtenteils gut gelungen ist. Neu und eigen-

artig, aber innerlich vollständig berechtigt, ist die Einteilung des Ganzen nach dem Charakter der einzelnen Stücke. So umfaßt der 1. Band unter der Überschrift *Überlieferung und Gesetz* den sogenannten *Hexateuch*, also das Fünfbuch Mose und das Buch Josua; der 6. Band führt den Titel *Die Liederdichtung* und enthält die Psalmen, die sogenannten *Klagelieder Jeremias* und das *Lied der Lieder*. Was aber dieser Ausgabe ihre besondere Bedeutung gibt, das ist ihr Äußeres. Sie ist in einer schöngezeichneten Antiqua gesetzt, die poetischen Stellen in Versanordnung, ohne jede Kapiteileinteilung, dagegen mit neuen Obertiteln, die das Ganze in eine Reihe einzelner Erzählungen, Gedichte usw. gliedern. Über die Zeichnungen E. M. Liliens, der es versucht hat Bilder aus dem Geist des Alten Testaments zu schaffen, soll hier nichts ausgesagt werden, da man schon über solch ein Unterfangen, je nachdem man überhaupt die Dichtung der Bibel einer Steigerung durch Illustrationen für fähig hält oder nicht, verschiedener Meinung sein wird. Mit vollendeter Sorgfalt ist das Buch gedruckt, mit zum Teil sehr schönen roten Initialen und Titelseiten, in Quartformat und auf wundervoll gelblichem Papier. Ein relativ einfacher Pergamenteinband, ohne jede Überladung, umschließt das Buch. Der Verlag Westermann schafft hier eine Bibelausgabe, für die das meist mißbrauchte Epitheton *monumental* wohl zutrifft, wenn man von ihm den Beigeschmack des Unhandlichen, Steifen und bewußt Pathetischen entfernt. Wenn diese Gesamtausgabe abgeschlossen ist, wird das, was sie bedeutet, noch hier im Zusammenhang besprochen werden.

So hätten wir die ganze Bibel jetzt in neuer Gestalt, nachdem schon vor einiger Zeit der *Inselverlag* mit einem dünnen, billigen Auswahlband (von der Art seiner übrigen schönen Editionen) den Anfang damit gemacht hatte die Bibel der Literatur einzugliedern. Gerade diejenigen, die durch das gesalbte Äußere der üblichen Bibelausgaben verhindert werden sie unbefangen zu lesen, werden den Verlegern, die dieses unternahmen, Dank wissen und gleichzeitig ihr Augenmerk auf die Wiedererstarkung des religiösen Gefühls richten, die, ob man sie nun begrüßt oder beklagt, jedenfalls beachtet zu werden verdient, und die auch die erneute Beschäftigung mit den Urkunden der alten, historischen Religion mit be-

JOSEF BLOCH